



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht April 2015

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

30. März 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), peterhowell – iStock (S. 5),
JiSign – Fotolia (S. 9), xtock – shutterstock (S. 12),
Tigger11th – Shutterstock (S. 13), Gergely Zsolnai –
Shutterstock (S. 14), Kletr – Shutterstock (S. 15),
symbiot – Shutterstock (S. 16), galam – Fotolia (S. 18),
kmit – Fotolia (S. 19), paul prescott – Shutterstock (S. 20),
Sam D’Cruz – 123rf (S. 21), Aleksandar Mijatovic –
Fotolia (S. 22), arindambanerjee – Shutterstock (S. 23),
freshidea – Fotolia (S. 25), Xseon – Shutterstock (S. 26),
nikkytok – Fotolia (S. 30), izusek – iStockphoto (S. 32)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	10
Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen	12
Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt	14
Partner Indien – Perspektiven 2015	19
Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland	25
II. Wirtschaftliche Lage	33
Internationale Wirtschaftsentwicklung	34
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	36
III. Übersichten und Grafiken	49
1. Gesamtwirtschaft	50
2. Produzierendes Gewerbe	58
3. Privater Konsum	66
4. Außenwirtschaft	68
5. Arbeitsmarkt	70
6. Preise	72
7. Monetäre Entwicklung	76
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	78
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	80

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Verbesserung der Investitionstätigkeit in Deutschland gehört zu den Schwerpunkten unserer Wirtschaftspolitik. Dabei geht es sowohl um die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für öffentliche Investitionen als auch um die Schaffung wachstumsfreundlicher Rahmenbedingungen. Wenn zum Beispiel Unternehmen von unnötiger Bürokratie entlastet werden, dann führt auch das zu mehr Investitionen, Innovationen, Wertschöpfung und Beschäftigung. Eine moderne Wirtschaftspolitik muss also darauf achten, dass den Unternehmen keine unnötigen administrativen Pflichten auferlegt werden. Ich begrüße es deshalb sehr, dass das Bundeskabinett am 25. März 2015 ein deutliches Zeichen für weniger Bürokratie gesetzt hat.

Das Paket, das wir geschnürt haben, besteht aus zwei Elementen: Zum einen haben wir ein von mir vorgelegtes Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg gebracht. Dort haben wir Maßnahmen zusammengezogen, die schnell umsetzbar sind und direkt bei den Unternehmen ankommen. Wir haben uns dabei besonders auf Existenzgründungen, den Mittelstand und Unternehmen in der Wachstumsphase konzentriert. Diese werden fortan von Buchführungs-, Aufzeichnungs- und Mitteilungspflichten in Höhe von gut 744 Millionen Euro pro Jahr entlastet. Das heißt: mehr Zeit und Geld für das Wesentliche – Investitionen, neue Produkte und Beschäftigung. Und das nicht einmalig, sondern auf Dauer.

Einige Beispiele:

- ▶ Künftig sollen mehr kleine Unternehmen als bisher von bestimmten Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreit werden. Dazu sollen die einschlägigen Grenzbeträge für Umsatz und Gewinn im Handelsgesetzbuch bzw. der Abgabenordnung um jeweils 20 Prozent auf 600.000 bzw. 60.000 Euro steigen. Existenzgründungen haben wir besonders im Blick, wenn wir sie erst später in der Wirtschaftsstatistik heranziehen. Dafür heben wir auch dort die schon vorhandenen Schwellenwerte an. Zum ersten Mal erproben wir diese Idee auch in der Umweltstatistik. Und auch die so genannte Intrahandelsstatistik, die von vielen Unternehmen als besonders belastend empfunden wird, greift künftig erst ab einem höheren Umsatz.
- ▶ Ein weiteres Bündel von Entlastungen betrifft die Energiewirtschaft. Hier sollen Berichtspflichten im Rahmen des Biogasmonitorings vereinfacht und reduziert werden.

- Der Gesetzentwurf enthält auch Maßnahmen aus dem Steuerrecht. So werden beispielsweise bestimmte Mitteilungspflichten über den Kirchensteuerabzug reduziert. Bislang wurden jedes Jahr von Banken und Genossenschaften Millionen von Standardschreiben hin- und hergeschickt, in denen über einen Abruf des Religionsmerkmals beim Bundeszentralamt für Steuern informiert wurde; die Briefe wurden dann in der Regel ungelesen abgeheftet. Künftig wird es ausreichen, den Kunden nur noch einmal zu informieren.

Ich lade Sie ein, einen Blick in das Gesetz zu werfen. Wir haben den Entwurf auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie veröffentlicht. In den kommenden Wochen arbeiten wir gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag daran, das Gesetz noch in diesem Sommer zu beschließen. Die wichtigsten Entlastungen können dann ab dem nächsten Jahr gelten.

Mit dem zweiten Teil des von mir angestoßenen Entlastungspakets reagieren wir auf eine Sorge, die ich von vielen Unternehmen immer wieder höre: Es könne nicht sein, dass die Zahl der neuen Regelungen die wegfallenden Gesetze und Verordnungen immer weiter deutlich übersteige. Diese Einschätzung teile ich voll und ganz. Deswegen haben wir nun eine Bürokratiebremse nach dem Prinzip „One in, one out“ auf den Weg gebracht: Wo neue Belastungen entstehen, müssen an anderer Stelle binnen eines Jahres Belastungen im gleichen Umfang abgebaut werden. Um dies zu erreichen, greifen wir auf den Instrumentenkasten zurück, der in den letzten Jahren zur Abschätzung der Folgekosten von Gesetzen und Verordnungen entwickelt wurde. Im Ergebnis schaffen wir mit „One in, one out“ einen klaren Rahmen, um den Aufwuchs von Bürokratie zu begrenzen und einen echten Mentalitätswechsel herbeizuführen.

Um an dieser Stelle etwaigen Missverständnissen vorzubeugen: Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck. „One in, one out“ soll nicht heißen, dass die Politik aufhört zu gestalten. Die Umsetzung von Vorhaben der Koalitionsvereinbarung sollen weder inhaltlich noch zeitlich ver- oder behindert werden. Aber in Zukunft wird jedes Ministerium sehr genau prüfen müssen, welche Vorteile die Wirtschaft von den konkreten Maßnahmen hat, und ob durch eine neue Regelung nicht eine alte überflüssig wird. Ich bin sicher, dass der Normenkontrollrat uns bei diesem wichtigen Schritt gewohnt konstruktiv begleiten wird.

Weitere Elemente des Eckpunktebeschlusses zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie vom 11. Dezember 2014 sollen zügig realisiert werden. So wird die Umsetzung der neuen europäischen Vergaberichtlinien in das deutsche Recht genutzt, um das öffentliche Beschaffungswesen einfacher und anwenderfreundlicher zu gestalten. Im Energiebereich wird bis 2017 ein zentrales Register für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft bei der Bundesnetzagentur eingeführt, mit dem Melde- und Informationspflichten gebündelt, reduziert und vereinfacht werden. Um Unternehmen von zusätzlichen Meldepflichten zu entlasten, werden auch bereits vorhandene Verwaltungsdaten stärker genutzt. Die notwendigen Weichen werden im Rahmen der derzeitigen Novellierung des Energiestatistikgesetzes sowie der geplanten Modernisierung des Bundesstatistikgesetzes gestellt.

Bürokratieabbau muss übrigens auch auf europäischer Ebene stattfinden. Von leistungsfähigen Verwaltungen und einem geringen Erfüllungsaufwand können gerade auch Unternehmen in jenen Ländern profitieren, deren konjunkturelle Erholung weiterhin eher schleppend verläuft. Um diese und weitere Herausforderungen und Ansätze zur Stärkung der demokratischen Legitimation und des wirtschaftlichen Wachstums der Europäischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu diskutieren, habe ich am 24. Februar 2015 hochrangige Vertreter aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu einer Europakonferenz eingeladen. Ein Artikel des vorliegenden Monatsberichts fasst die wesentlichen Ergebnisse dieser Veranstaltung zusammen.

Auch bei der Lektüre der übrigen wirtschaftspolitischen Beiträge und Analysen wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

GeoBusinessCONGRESS: Die digitale Welt der Geodaten – Wirtschaftliche Chancen erkennen und nutzen



Kongress der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie am 15. April 2015 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.



Geodaten sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie werden fast täglich von jedermann genutzt, ob über eine App im Smartphone oder über ein Navigationssystem. Für die Wirtschaft spielen Geodaten eine wichtige Rolle: Sie helfen, Geschäftsprozesse zu optimieren, und ermöglichen Innovationen. Geodaten verfügen damit über ein enormes wirtschaftliches Potenzial.

Am Mittwoch, den 15. April 2015, von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr, dreht sich im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unter dem Titel „Die digitale Welt der Geodaten – wirtschaftliche Chancen erkennen und nutzen“ alles um das wirtschaftliche Potenzial dieser Daten. Warum sind sie wichtig und was kann man mit diesen Daten als Unternehmer überhaupt anfangen? Diese Fragen sollen im Laufe des Tages im Rahmen von zwei Workshops beantwortet werden.

Frau Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, eröffnet den Kongress mit einer Keynote.

Mehr Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden Sie auf folgender Website:



http://bit.ly/GeoBusinessCONGRESS_2015

Workshop 1 „Geodaten auch für mein Unternehmen? Chancen erkennen und nutzen“: Teilnehmer erfahren, was Geodaten sind, wer sie braucht, wo sie zu finden sind und wie man sie optimal für sein Unternehmen einsetzen kann.

Workshop 2 „Geodaten in der Praxis“: Teilnehmer vertiefen ihre bestehenden Kenntnisse und entdecken, was Geodaten leisten können. Unternehmen stellen vor, wie sie mit Geodaten arbeiten und z.B. Karten damit visualisieren.

Kontakt: Uta Böhner
Referat: Mittelstand Digital

Stromkabel NordLink wird bis 2019 gebaut

NordLink ist ein Meilenstein bei der Umsetzung der Energiewende und ein weiterer Schritt für die europäische Strommarktintegration.

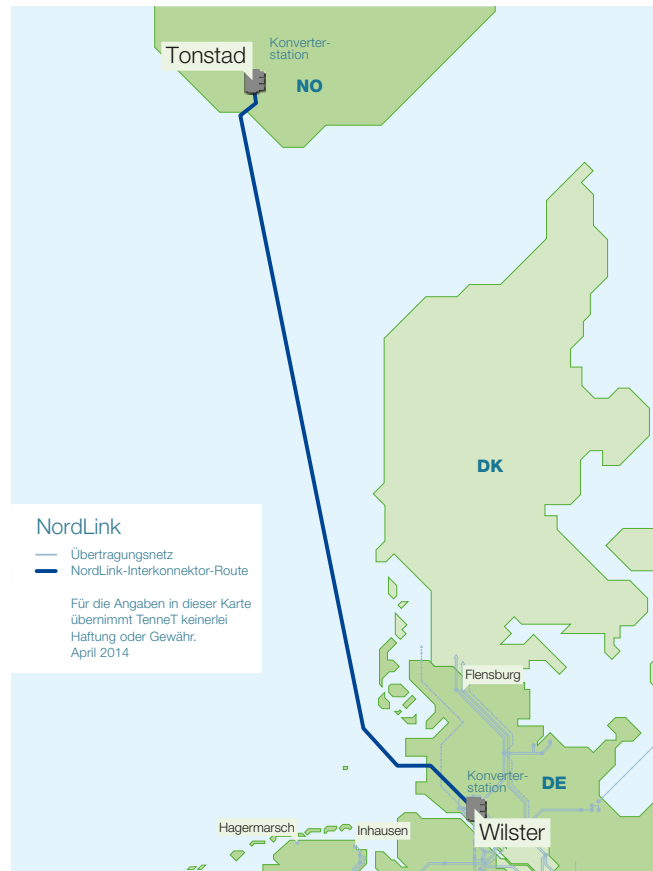
Durch die neue Stromleitung zwischen dem schleswig-holsteinischen Wilster und dem norwegischen Tonstad werden der deutsche und der norwegische Strommarkt erstmals direkt verbunden.

Die zugrunde liegende Investitionsentscheidung haben die drei beteiligten Unternehmen am 10. Februar 2015 getroffen. Am Konsortium sind zu jeweils 50 Prozent der norwegische Übertragungsnetzbetreiber Statnett sowie die DC Nordseekabel GmbH & Co. KG beteiligt. Die DC Nordseekabel verantwortet Genehmigungen und Bau auf der deutschen Seite; der Übertragungsnetzbetreiber TenneT und die KfW IPEX-Bank halten jeweils 50 Prozent der Geschäftsanteile. Die Finanzierung des Projekts mit einem Investitionsvolumen von ca. 1,5 bis 2 Milliarden Euro ist nach Aussage der Unternehmen gesichert. Die Aufträge für die Verlegung des Kabels und den Bau der Konverterstationen sind bereits vergeben.

Mit einer Länge von insgesamt rund 620 km – davon rund 520 km als Unterseekabel auf dem Grund der Nordsee – wird NordLink länger sein als das bestehende NorNed-Kabel zwischen den Niederlanden und Norwegen, das bislang als längstes Seekabel der Welt gilt. Die Übertragungsleistung wird mit 1.400 Megawatt etwa so hoch sein wie die Leistung eines größeren Kernkraftwerks. NordLink wird durch deutsches, dänisches und norwegisches Hoheitsgebiet in der Nordsee verlaufen.

Die technische Umsetzung darf als durchaus anspruchsvoll bezeichnet werden. Allein die Bauzeit wird etwa drei Jahre betragen. In der norwegischen Nordsee treten maximale Meerestiefen von über 400 Metern auf. Das Projekt wird über Jahre die weltweite Kabelproduktionskapazität der Hersteller zu über 50 Prozent auslasten.

NordLink wird in Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ) ausgeführt. Solche Gleichstromleitungen eignen sich besonders für Verbindungen über lange Strecken, da die Leistungsverluste geringer sind als bei der Drehstromübertragung. HGÜ-Leitungen kommen bereits bei der Anbindung deutscher Offshore-Windparks zum Einsatz. Die zur Umwandlung von Gleich- in Drehstrom (und umgekehrt) notwendige Konverterstation wird im schleswig-holsteinischen Wilster errichtet.



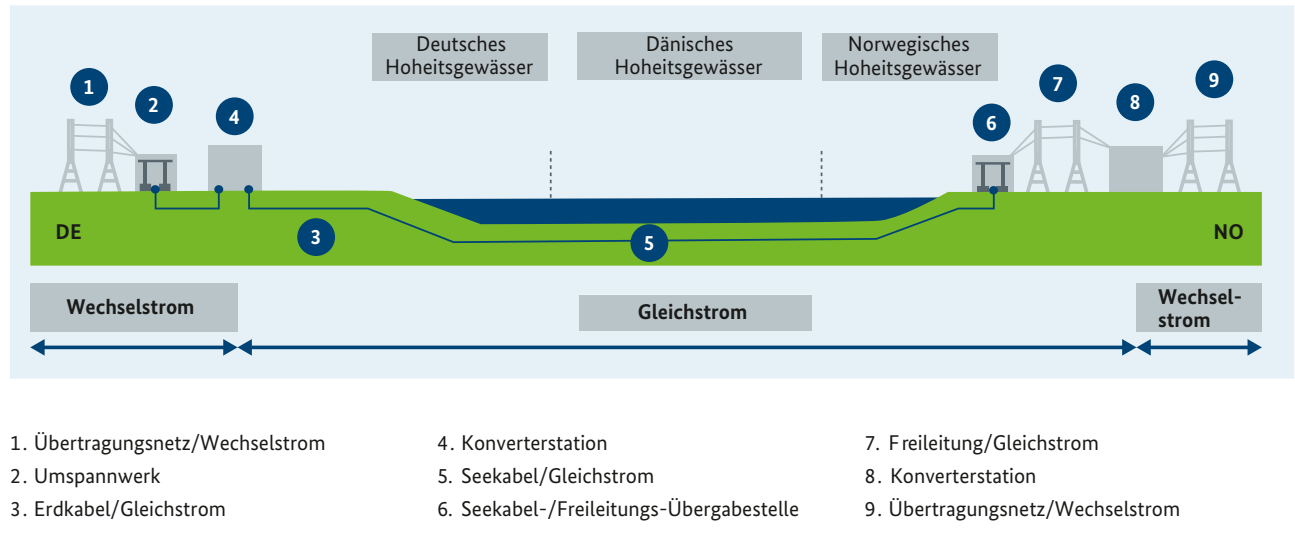
Quelle: TenneT TSO GmbH

Der Investitionsentscheidung ist ein jahrelanger intensiver Austausch zwischen Unternehmen und Ministerien vorausgegangen, in dem sich die Bundesregierung immer wieder für den Bau des Seekabels starkgemacht und im Jahr 2012 die KfW gebeten hat, sich an dem Projekt auf deutscher Seite zu beteiligen. Folgende Genehmigungen waren außerdem auf deutscher Seite erforderlich: die Genehmigung der Investition durch die Bundesnetzagentur, die Planfeststellung in Schleswig-Holstein sowie die Genehmigungen des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie und des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie. Nachdem diese im Sommer 2014 vorlagen, erteilte auch die norwegische Regierung mit Kabinettsbeschluss vom 13. Oktober 2014 gegenüber Statnett die beiden für Errichtung und Betrieb des Kabels in Norwegen notwendigen Lizenzen.

Nach den Analysen, die im Vorfeld von den beteiligten Unternehmen erstellt wurden, ergibt sich in beiden Ländern durch den Stromhandel über das Kabel ein langfristiger sozio-ökonomischer Nutzen.

Dabei werden beim Stromaustausch die Strompreisdifferenzen zwischen den Märkten ausgenutzt. Norwegen bezieht

Technischer Aufbau



Quelle: TenneT TSO GmbH

seinen Strom zu nahezu 100 Prozent aus heimischer Wasserkraft. Die Strompreise werden daher in Norwegen auch in Zukunft relativ konstant sein. Auf dem deutschen Strommarkt sind aufgrund des wachsenden Anteils an erneuerbaren Energien, insbesondere Wind- und Photovoltaikstrom, zunehmend schwankende Strompreise zu erwarten. Zum Beispiel wird in Starkwindsituationen der Preis an der deutschen Strombörse geringer sein als an der norwegischen Börse – in dieser Situation würde NordLink Strom Richtung Norwegen exportieren. Auf diese Weise kann in Deutschland günstig erzeugter Strom aus Windenergie nach Norwegen geleitet, dort mit Hilfe von Wasserkraft gespeichert und zu Zeiten hohen Strombedarfs dann umgekehrt wieder nach Deutschland „reimportiert“ werden. In Situationen hohen Verbrauchs und ohne Windenergieeinspeisung dagegen wären die deutschen Preise deutlich höher als in Norwegen, sodass in dieser Situation günstigerer Strom aus Norwegen importiert werden könnte.

Das NordLink-Kabel wird Bestandteil des Übertragungsnetzes in der TenneT-Regelzone und unterliegt damit auch der staatlichen Netzregulierung. Kosten für Bau und Betrieb des Stromnetzes, also auch für NordLink, werden allen Stromverbrauchern über die von der Bundesnetzagentur genehmigten Netznutzungsentgelte in Rechnung gestellt. Sollten – wie prognostiziert – beim späteren Betrieb von NordLink die Einnahmen die Kosten übersteigen, kommt diese Differenz dann den Stromverbrauchern über günstigere Netznutzungsentgelte zugute.

NordLink ist im deutschen Netzentwicklungsplan sowie im Bundesbedarfsplan enthalten und damit als eines der vorrangigsten Ausbauprojekte der Energiewende identifiziert. Darüber hinaus wurde es von der Europäischen Union als Projekt „von gemeinsamem Interesse“ gemäß den Leitlinien für transeuropäische Energie-Infrastruktur eingestuft – das unterstreicht die hohe Bedeutung des Projekts auch für den europäischen Strombinnenmarkt.

Kontakt: Dr.-Ing. Arne Genz
Referat: Nationale und europäische Stromnetze,
Stromnetzplanung

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

April 2015	
08.04.	Auftragseingang in der Industrie (Februar)
09.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
14.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
14. – 16.04.	Informeller Umwelt- und Energierat in Riga
17.04.	Treffen der G20-Finanzminister
21.04.	Investitionskongress „Handlungsoptionen zur Stärkung von Investitionen in Deutschland und Europa“ im BMWi
22.04.	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung
24./25.04.	Informeller ECOFIN in Riga
Ende April	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Mai 2015	
05. – 07.05.	Steuerschätzung
07.05.	Handelsministerrat in Brüssel
07.05.	Auftragseingang in der Industrie (März)
08.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
11./12.05.	Eurogruppe / ECOFIN in Brüssel
13.05.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
28./29.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Brüssel
Ende Mai	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juni 2015	
05.06.	Auftragseingang in der Industrie (April)
08.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
08.06.	Energierat in Luxemburg
09./10.06.	Informelles Treffen der für Kohäsionspolitik verantwortlichen Minister in Riga
11.06.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
12.06.	Telekommunikationsrat in Luxemburg
18./19.06.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26.06.	Europäischer Rat in Brüssel
Ende Juni	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

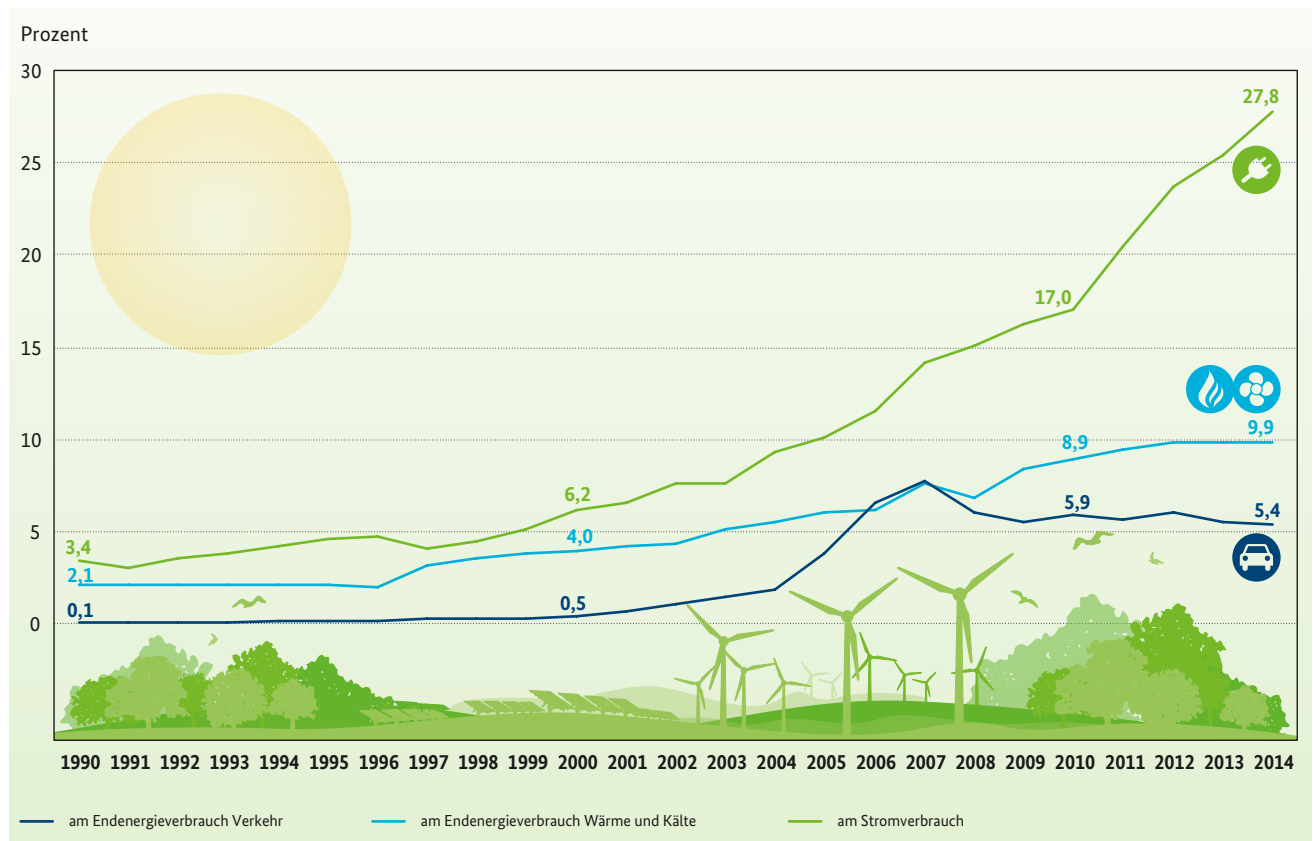


Grafik des Monats

Die erneuerbaren Energien ...

... haben in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen enorm an Bedeutung gewonnen. Der Motor beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei der Strombereich. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch ist – nicht zuletzt wegen des kräftigen Ausbaus der Windenergienutzung – auch im Jahr 2014 spürbar auf 27,8 Prozent angestiegen. Aber auch der Anteil der erneuerbaren Energien im Wärmebereich (z. B. Wärmeerzeugung aus Biomasse und Solarthermie) zeigt seit Jahren einen Aufwärtstrend. Im Verkehrsbereich werden aktuell 5,4 Prozent des Endenergieverbrauchs durch erneuerbare Energien (z. B. Biodiesel und Biomethan) gedeckt.

Entwicklung der Anteile erneuerbarer Energien in verschiedenen Bereichen



Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat), die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die Bilanz der erneuerbaren Energien vorgelegt hat.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft befindet sich wieder im Aufschwung. Die konjunkturelle Schwächephase des vergangenen Sommers ist überwunden.
- ▶ Die Industriekonjunktur hat sich belebt. Indikatoren für Auftragseingänge, Produktion und Umsatz bleiben trotz gedämpfter und teilweise negativer Januar-Daten in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Der milde Winter hat der Bauwirtschaft zusätzliche Impulse verliehen.
- ▶ Die positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt halten an. Dies sorgt für steigende Einkommen und stützt den privaten Konsum.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zu Jahresbeginn wieder im Aufschwung.¹ Die konjunkturelle Schwächephase des vergangenen Sommerhalbjahrs ist überwunden. Im Jahresschlussquartal 2014 nahm das Bruttoinlandsprodukt überraschend stark um 0,7% zu.² Auch im Gesamtjahr 2014 hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung mit einem Anstieg um 1,6% insgesamt gut behauptet. Zur Belebung am Jahresende hat das Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren beigetragen. Die deutsche Wirtschaft ist allgemein in einer guten Verfassung. Die Unternehmen insgesamt sind international wettbewerbsfähig und solide finanziert. Zudem hat sich die Binnennachfrage nicht zuletzt dank des robusten Arbeitsmarktes in einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld als stabil erwiesen. Zwar bestehen geopolitische Konflikte fort, die Unsicherheit und die Risiken, die von ihnen ausgehen, werden von der Wirtschaft mittlerweile aber offenbar wieder geringer eingeschätzt. Hinzu kamen stimulierende Faktoren, wie vor allem der Rückgang der Ölpreise, der schwache Euro und die expansive Geldpolitik, die nicht zuletzt die Börsen beflügelt. Die Stimmungskennzeichen haben sich daher wieder aufgehellt. Die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte sind positiv. Der milde Winter hat zu Jahresbeginn ebenfalls stützend gewirkt und der Bauwirtschaft Impulse verliehen. Insgesamt wird sich der Aufschwung im Frühjahr fortsetzen. Die relativ schwache Produktion des Verarbeitenden Gewerbes im Januar warnt allerdings davor, die Erwartungen zu hoch zu schrauben, denn das außenwirtschaftliche Umfeld ist nach wie vor schwierig.

Die globale Wirtschaft entfaltet weiterhin wenig Dynamik. Die Weltindustrieproduktion erhöhte sich im letzten Jahresviertel 2014 gegenüber dem Sommerhalbjahr etwas beschleunigt mit einer Rate von ungefähr 1% gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum in den Schwellenländern blieb ungewöhnlich verhalten und fiel insgesamt nicht höher aus als in den entwickelten Volkswirtschaften. Ein moderates, aber stabiles Wachstum war allein in Asien zu verzeichnen. In den Industriestaaten waren die Wachstumsimpulse zuletzt regional wieder etwas breiter verteilt. Neben den Vereinigten Staaten fiel die wirtschaftliche Aktivität auch im Euroraum und in Japan spürbar höher aus. Insgesamt erwartet der IWF, dass die Weltwirtschaft im laufenden Jahr angesichts der vielfältigen strukturellen Herausforderungen wenig beschleunigt um etwa 3,5% wachsen wird.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Januar schwächer, nachdem er in den Vormonaten zum Teil kräftig zugelegt hatte, sodass die positive Grundtendenz erhalten blieb. Im Januar 2015 wurden saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen 2,1% weniger Waren als im Vormonat exportiert. Die Wareneinfuhren nahmen gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,3% ab. Im Dreimonatsvergleich sind aber sowohl die Auslandsumsätze als auch die Auslandsbestellungen spürbar gestiegen, wobei die stärksten Impulse aus den Ländern des Euroraums kamen. Für die kommenden Monate haben sich die Exporterwartungen der Unternehmen weiter aufgehellt. Dazu dürfte auch die Euroabwertung beigetragen haben, die zu einer spürbaren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit führt.

Die Schwächephase in der Industrie ist überwunden. Die Produktion nahm im Januar aufgrund verschiedener Brückentage zwar nicht weiter zu, blieb aber – auch aufgrund deutlich nach oben revidierter Dezemberergebnisse – in der Tendenz spürbar aufwärtsgerichtet. Dies gilt insbesondere für die Investitionsgüterproduzenten. Positiv entwickelten sich auch die Industrieumsätze, die im Januar um 1,2% zunahm. Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft haben in den letzten Monaten an Dynamik gewonnen. Bei den Auftragseingängen konnte das starke Dezemberergebnis allerdings nicht gehalten werden. Die Gegenbewegung im Januar fiel mit -3,9% recht kräftig aus. Dies ändert aber nichts an der weiterhin positiven Grund-

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. März 2015 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

tendenz, wie sie die weniger schwankungsanfälligen Mehrmonatsvergleiche signalisieren. Auch die einschlägigen Stimmungsindikatoren wie das ifo Geschäftsklima hellten sich weiter auf. Die Indikatoren für das Baugewerbe zeichnen wieder ein deutlich freundlicheres Bild. Im Januar wurde die Bauproduktion auch dank des milden Winters spürbar um 5,0% ausgeweitet. Zudem wurden die Ergebnisse für die zurückliegenden Monate zum Teil deutlich nach oben revidiert. Im vierten Quartal 2014 ist die Bauproduktion beispielsweise nicht, wie zuvor ausgewiesen, um 1,0%, sondern lediglich um 0,1% zurückgegangen. Auch die rückläufige Entwicklung bei den Auftragseingängen im Bauhauptgewerbe scheint beendet. Getrieben durch den Wohnungsbau stiegen diese im Dezember bereits wieder den dritten Monat in Folge an. Angesichts der guten Rahmenbedingungen bleibt das Geschäftsklima im Baugewerbe überdurchschnittlich.

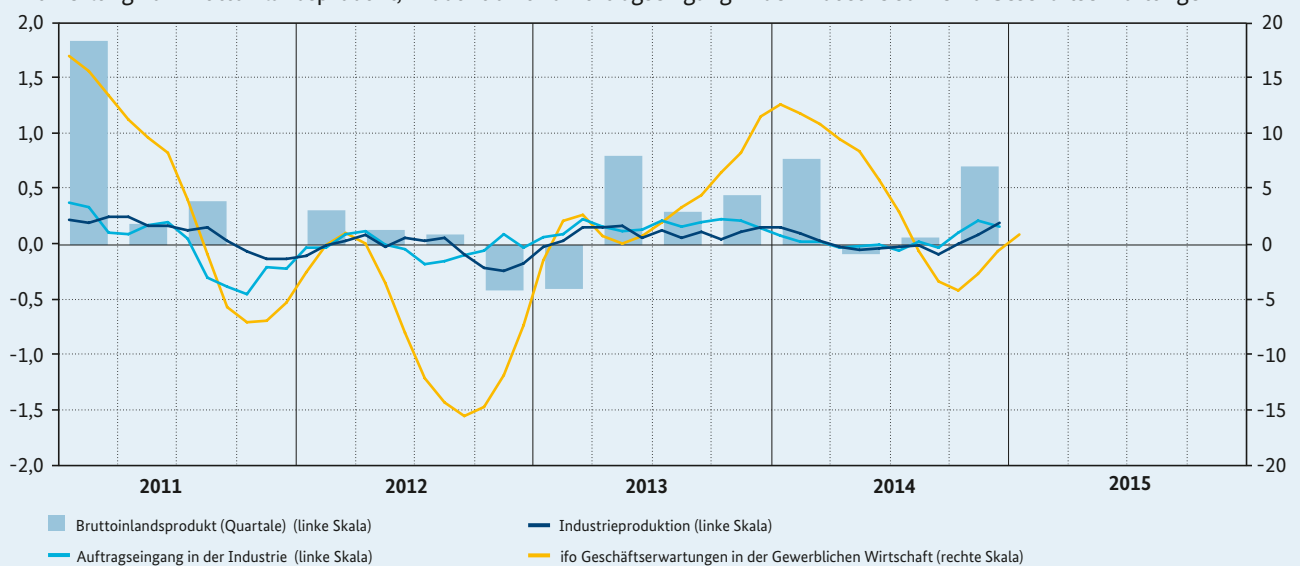
Der private Konsum hat sich in den vergangenen Quartalen als zentrale Stütze der deutschen Konjunktur erwiesen. Im letzten Jahr sind die privaten Konsumausgaben um real 1,2% gestiegen und haben damit merklich zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Die anhaltend günstige Situation am Arbeitsmarkt, verbunden mit einer soliden Einkommensentwicklung, führt zu einem deutlichen Anstieg

der verfügbaren Einkommen. Aufgrund der niedrigen Rohölpreise steigt das Verbraucherpreisniveau kaum an bzw. ist sogar rückläufig. Die privaten Haushalte verfügen gegenüber dem Vorjahr über einen deutlichen Gewinn an Kaufkraft. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) legten in den letzten Berichtsmonaten sehr kräftig zu. Aufgrund anhaltend günstiger Rahmenbedingungen rechnet die Bundesregierung mit einem beschleunigten Zuwachs der privaten Konsumausgaben im Jahr 2015 von 1,6%.

Der Arbeitsmarkt setzt seine positive Entwicklung fort. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Januar jahreszeitlich bedingt zwar wieder leicht über die 3-Millionen-Marke gestiegen, ging im Februar aber bereits wieder leicht um 15.000 Personen zurück. Saisonbereinigt entsprach dies einem Rückgang um 20.000 Personen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich im Dezember saisonbereinigt kräftig um 57.000 Personen. Die Erwerbstätigkeit legte im Januar saisonbereinigt um 42.000 Personen zu. Nach Ursprungszahlen waren damit etwa 42,5 Mio. Personen im Inland erwerbstätig, 408.000 mehr als vor einem Jahr. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt haben sich im Februar uneinheitlich entwickelt, sprechen aber insgesamt für eine weiterhin positive Entwicklung am Arbeitsmarkt.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen

BMWi-Europakonferenz „Investitionen, Wachstum und Beschäftigung – unser Weg zu einem starken Europa“



Die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 fand unter dem Motto „This time it’s different“ statt. Der Europäische Rat hat im Sommer 2014 eine „Strategische Agenda für die Europäische Union in Zeiten des Wandels“ vorgelegt. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, beschrieb seine Politischen Leitlinien als „neuen Start für Europa“. Dieses Momentum sollte bestmöglich genutzt werden, um etwas zu bewegen, die Menschen wieder mehr für Europa einzunehmen und sie wieder stärker von Europa zu überzeugen. Dafür kommt es entscheidend darauf an, über die aktuelle Tages- und Krisenpolitik hinaus den Blick auf die Einzigartigkeit des Europäischen Projekts zu richten und daraus Perspektiven und konkrete Lösungen für die Zukunft der Europäischen Union (EU) zu entwickeln.

Um diesem Gedanken Rechnung zu tragen, hat der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, am 24. Februar 2015 hochrangige Politiker, Vertreter der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie Wissenschaftler zu einer Europakonferenz eingeladen. Unter dem Titel „Investitionen, Wachstum und Beschäftigung – unser Weg zu einem starken Europa“ identifizierten die Teilnehmer Empfehlungen für die Politikgestaltung der kommenden Jahre. Dabei lag der Fokus auf den Themenfeldern Wachstum, Wirtschafts- und Währungsunion sowie der demokratischen Legitimation der EU.

Elemente einer europäischen Wachstumspolitik

Wachstum bildet die Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung. Die Europäische Union sieht sich jedoch aktuell mit mäßigem Wachstum, hoher Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen, einer Investitionsschwäche und hohen Staatsschulden konfrontiert. Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind immer noch deutlich sichtbar. Die bisherigen EU-Wachstumsstrategien konnten die Erwartungen nicht erfüllen: ein Grund, Ziele, Elemente und Effektivität der europäischen Wachstumspolitik auf den Prüfstand zu stellen.

Konkret hat die Konferenz dazu angeregt, den Aspekt „Wachstum“ im Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken und soziale Aspekte stärker in die Wachstumspolitik zu integrieren. Dazu bedürfte es verbesserter Rahmenbedingungen und Strukturreformen. Der Plan von Kommissionspräsident Juncker, zusätzliche Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro über risikogerechte Finanzierungsangebote der Europäischen Investitionsbank auszulösen, stelle einen richtigen Ansatz dar, um private Investitionen anzuregen.

Reformprioritäten in der Wirtschafts- und Währungsunion

Die letzten Jahre wurden dazu genutzt, neue Institutionen zu schaffen, wie z. B. den Europäischen Stabilitätsmechanismus, und bestehende Verfahren im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu verbessern. Trotz dieser Fortschritte muss die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) weiterentwickelt werden. Das betrifft vor allem die Verbesserung der Mobilität von Kapital und Arbeitskräften.

Auf der Konferenz wurde betont, dass glaubwürdige Regeln, innerhalb derer sich die Mitgliedstaaten individuell entwickeln können, für eine Vertiefung der WWU notwendig seien. Die Weiterentwicklung der WWU erfordere zudem eine Entschuldung sowie stärkere Anreize, um eine erneute Überschuldung zu vermeiden. Neben Struktur-reformen sollte auch das fiskalische Regelwerk der WWU überarbeitet und perspektivisch eine fiskalische Kapazität als Instrument der Investitionspolitik für die Eurozone geschaffen werden. Diskutiert wurde auch eine Europäische Arbeitslosenversicherung als möglicher fiskalischer Stabilisator im Austausch für eine gleichzeitige Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.

Institutionelle Herausforderungen für die europäische Integration

Im Zuge der Krisenpolitik der vergangenen Jahre sind notwendige Entscheidungen in der EU, insbesondere aber in der WWU, verstärkt durch die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission gefällt worden. Einerseits waren viele der zur Bewältigung der Krise ergriffenen Maßnahmen erfolgreich. Andererseits hat diese „Exekutivlastigkeit“ das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zum Teil nachhaltig beeinträchtigt. Sowohl in der aktuellen Ausgestaltung der WWU als auch bei weitergehenden Reformen stellt sich daher die Frage, ob ein Demokratiedefizit besteht und wie diesem begegnet werden kann.

Die Konferenzteilnehmer sprachen sich vor diesem Hintergrund für eine Stärkung der demokratischen Legitimation aus und mahnten, den richtigen Zeitpunkt für notwendige politische bzw. vertragliche Veränderungen nicht zu verpassen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten z. B. in einem Konvent im Vorfeld weiterer Vertragsänderungen und Integrationschritte frühzeitig eingebunden werden. Diskutiert



wurden darüber hinaus konkrete Möglichkeiten, die demokratische Legitimation wirtschaftspolitischer Entscheidungen in der Eurozone zu stärken. Dies könnte unter anderem durch eine verstärkte Einbindung des Europäischen Parlaments und eine verbesserte Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments mit den nationalen Parlamenten erreicht werden.

Weiterführende Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf folgender Website:



http://bit.ly/BMWi_Europakonferenz_2015

Kontakt: Sekretariat Projektgruppe Europa,
Mariana Gross
Referat: Grundsatzfragen, Koordinierung,
Weisungsgebung, EP

Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt

Die Verordnung zur Pilotausschreibung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist in Kraft getreten

Das Bundeskabinett hat am 28. Januar 2015 die Verordnung zur Einführung von Ausschreibungen der finanziellen Förderung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen verabschiedet. Am 11. Februar 2015 ist die Verordnung im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und anschließend in Kraft getreten. Damit ist der erste Schritt zur Umstellung der Förderung von gesetzlich festgelegten Förderhöhen hin zu wettbewerblichen Ausschreibungen vollzogen. Eine Pilotausschreibung dient dazu, Erfahrungen in der Praxis zu sammeln und auf dieser Basis im Jahr 2016 eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf den Weg zu bringen. Ziel der Novelle ist es, die Förderhöhen für erneuerbare Energien künftig grundsätzlich über Ausschreibungen zu ermitteln.



Warum steht eine Umstellung der Förderung erneuerbarer Energien an?

Der Anteil erneuerbarer Energien an der deutschen Stromversorgung soll auf 40 bis 45 Prozent bis zum Jahr 2025 und auf 55 bis 60 Prozent bis 2035 steigen. Dieser Pfad stellt die Grundlage für einen stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien dar. Dabei wird im geltenden Fördersystem des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) die Höhe der finanziellen Förderung für jede Technologie gesetzlich festgelegt. Dies schafft auf der einen Seite eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit, weist aber auch den Nachteil auf,

dass bei der Festlegung der Förderhöhe die tatsächlichen Stromerzeugungskosten der Anlagen nicht bekannt sind. Die ermittelte Förderhöhe muss sich daher auf Erfahrungen und Prognosen stützen, die sich nachträglich als falsch erweisen können. Zudem können politische Entscheidungsprozesse nicht schnell genug auf Änderungen der Anlagen- oder Finanzierungskosten reagieren, was Über- oder Unterförderungen wahrscheinlicher macht.

Eine wettbewerbliche Ermittlung der Förderhöhen durch Ausschreibungen bietet demgegenüber die Chance, dass Anlagen nur in der Höhe gefördert werden, die für einen

wirtschaftlichen Betrieb der Anlage erforderlich ist. Gleichzeitig lässt sich die Menge der geförderten Anlagen in einer Ausschreibung gut steuern. Die Bundesregierung strebt daher einen Wechsel des Förderregimes für erneuerbare Energien von gesetzlichen Festlegungen auf wettbewerbliche Ausschreibungen an, um so die im EEG 2014 festgelegten Ausbauziele für erneuerbare Energien kostengünstiger zu erreichen. Dieser Weg steht auch im Einklang mit den Vorgaben der EU-Kommission in ihren Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien. Um Erfahrungen mit dem neuen Förderinstrument zu sammeln, führt die vorliegende Artikelverordnung ein Ausschreibungsmodell für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ein („Pilotausschreibung“). Das Ausschreibungsverfahren und die Fördervoraussetzungen für die Freiflächenanlagen werden durch die Freiflächenausschreibungsverordnung geregelt.

Wichtigste Voraussetzung für das Gelingen dieser Pilotausschreibung, wie auch aller anderen Ausschreibungen, ist das Vorliegen einer Knappheitssituation auf dem jeweiligen Markt, damit die Bieter untereinander um einen Zuschlag konkurrieren. Ohne eine solche Wettbewerbssituation kann eine wettbewerbliche Ermittlung der Förderhöhe nicht erfolgreich funktionieren.

Tabelle 1: Aktuelle Fördersätze für Photovoltaik

Förderung Cent/kWh	Bis 10 kW	Bis 40 kW	Bis 1000 kW	ab 1000 kW	Frei- flächen
EEG 2014 zum 1.4.2015	12,86	12,51	11,23	9,02	9,02

Quelle: BMWi, Marktprämienmodell im EEG

Was ist das Ziel der Pilot-Verordnung?

Die Verordnung setzt die sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der EEG-Novelle 2014 beschlossene Pilotausschreibung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen um. Diese Pilotausschreibung hat das Ziel

- ▶ die Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien kostengünstig zu erreichen – unter Wahrung hoher Akzeptanz und Akteursvielfalt,
- ▶ den Zubau der Photovoltaik-Freiflächen kontinuierlich weiterzuführen und
- ▶ Erfahrungen für das künftige Ausschreibungsdesign für die anderen Erneuerbare-Energien-Technologien zu sammeln.



Was sind die wichtigsten Inhalte der Verordnung?

Die folgenden Punkte charakterisieren das Verfahren:

- ▶ Ausschreibende Stelle ist die Bundesnetzagentur. Sie wird jeweils drei Ausschreibungsrunden in den Jahren 2015, 2016 und 2017 durchführen. Die erste Ausschreibungsrunde wurde direkt nach dem Inkrafttreten der Verordnung am 11. Februar 2015 durch die Bundesnetzagentur gestartet; es können bis zum 15. April 2015 Gebote abgegeben werden. Danach ist alle vier Monate zum 1. des Monats die Durchführung einer Ausschreibungsrunde vorgesehen. Die Ausschreibungen ab dem Jahr 2018 werden im Zuge der nächsten EEG-Novelle geregelt.
- ▶ Es sollen jährlich Freiflächenanlagen in einem Umfang von durchschnittlich 400 Megawatt realisiert werden. Zu diesem Zweck werden 500 Megawatt im Jahr 2015, 400 Megawatt im Jahr 2016 und 300 Megawatt im Jahr 2017 ausgeschrieben. Werden Anlagen nicht realisiert, wird das Volumen der folgenden Ausschreibungen entsprechend angepasst.
- ▶ Im Jahr 2015 entspricht die Auswahl bebauungsfähiger Flächen dem EEG 2014. Daher können in diesem Jahr Seitenrandstreifen (110 Meter entlang Autobahnen und

Schienenwegen), Konversionsflächen und versiegelte Flächen genutzt werden. In den Jahren 2016 und 2017 wird die Flächenkulisse maßvoll erweitert: Dann können Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) genutzt und jährlich maximal zehn Freiflächenanlagen auf Ackerflächen in „benachteiligten Gebieten“ gefördert werden. Diese Gebiete haben die Bundesländer der EU-Kommission gemeldet. In Gebieten, die als „benachteiligt“ bezeichnet werden, ist die landwirtschaftliche Produktion oder Tätigkeit durch naturbedingte Nachteile behindert, also zum Beispiel durch ungünstiges Klima, abschüssige Nutzflächen in Berggebieten oder geringe Produktivität der Böden. Durch die Einschränkungen der Flächenkategorien wird sichergestellt, dass die Inanspruchnahme von Acker- und Naturschutzflächen mengenmäßig begrenzt bleibt.

- ▶ Die Maximalgröße eines Projekts ist auf zehn Megawatt beschränkt, dies entspricht einer Fläche von maximal ca. 20 Hektar pro Projekt. Zugleich wird durch geeignete Maßnahmen sichergestellt, dass sich die Projekte großflächig verteilen und nicht in einer Region konzentrieren.
- ▶ In den Ausschreibungsrunden müssen sich die Bieter mit einem konkreten Projekt bewerben, das mindestens durch einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan unterlegt ist. Zur Vermeidung missbräuchlicher Angebote müssen bei der Gebotsabgabe eine Sicherheit hinterlegt (Erstsicherheit in Höhe von vier Euro pro Kilowatt) und eine Gebühr gezahlt werden. Bei weiter fortgeschrittenen Planungen (Offenlegungs- oder Bebauungsplanbeschluss) halbiert sich die Höhe der zu hinterlegenden Erstsicherheit.
- ▶ In den Ausschreibungsrunden werden einmalige, verdeckte Gebote abgegeben. Es wird auf den „anzulegenden Wert“ für die sogenannte gleitende Marktprämie geboten. Zuschlagsentscheidend ist allein dieser Wert. Die Förderhöhe richtet sich nach dem eigenen Gebot („pay-as-bid“). Bei den Gebotsterminen zum 1. August 2015 und 1. Dezember 2015 wird ausnahmsweise das Einheitspreisverfahren („Uniform-Pricing“) angewandt, um weitere Erfahrungen mit dem Ausschreibungsdesign zu sammeln. Zusätzlich gilt ein ambitionierter Höchstpreis, der veröffentlicht wird.



- ▶ Die Bundesnetzagentur kündigt die Ausschreibungen in der Regel acht Wochen im Voraus an und die Gebote werden schnell geprüft und bezuschlagt (innerhalb von ca. zwei Wochen). Auch ein Nachrückverfahren ist vorgesehen.
- ▶ Bieter, die einen Zuschlag erhalten haben, bekommen eine Förderberechtigung, die nicht auf eine andere Person übertragen werden kann.
- ▶ Bei Zuschlag ist eine Kautions (sog. Zweitsicherheit) in Höhe von 50 Euro pro Kilowatt einzureichen. Auch hier halbiert sich der Wert bei weiter fortgeschrittenen Planungen. Die Zweitsicherheit kann in bar oder in Form einer Bürgschaft hinterlegt werden. Bei der Inbetriebnahme ist nachzuweisen, dass das Projekt auf dem bei der Gebotsabgabe angegebenen Standort errichtet wurde. Wird das Projekt auf einer anderen Fläche realisiert, sinkt die Förderhöhe um 0,3 Cent pro Kilowattstunde (Übertragungspönale).
- ▶ Die Projekte müssen innerhalb von 24 Monaten nach Zuschlagserteilung realisiert werden. Um eine möglichst hohe Realisierungsrate bei den Projekten zu erreichen, wird im Falle einer Nicht-Realisierung eine Pönale fällig. Diese Pönale entspricht der Zweitsicherheit, die nach der Zuschlagserteilung fällig wird (50 Euro pro Kilowatt).

Abbildung 1 verdeutlicht das Verfahren.

Abbildung 1: Überblick über Ausschreibungsverfahren



Wichtige Information zur ersten Ausschreibungsrunde:

Bis zum 15. April 2015 können Investoren ihre Gebote bei der Bundesnetzagentur abgeben. Die Höhe der finanziellen Förderung dieser Anlagen wird künftig nicht mehr per Gesetz festgesetzt, sondern mittels Ausschreibungen ermittelt. Gemäß § 55 Absatz 3 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist nach einer Übergangsfrist, d.h. ab dem 1. September 2015, eine finanzielle Förderung von Strom aus neu in Betrieb genommenen Freiflächenanlagen ausschließlich über eine erfolgreiche Teilnahme an den Auktionen möglich. An den Ausschreibungen kann grundsätzlich jeder teilnehmen. Es handelt sich um ein bieterbezogenes Verfahren, das heißt, ein Bieter kann seine erfolgreichen Gebote und Förderberechtigungen zwar für unterschiedliche Projekte verwenden, aber nicht veräußern. Zusätzlich besteht in den Geboten ein Projektbezug: Die Bieter müssen in den Geboten angeben, auf welchen konkreten Flächen sie beabsichtigen, die Freiflächenanlagen zu errichten. Die Gebote müssen bis zum Gebotstermin am Bonner Standort der Bundesnetzagentur eingegangen sein. Zur Gebotsabgabe sind die vorgegebenen Formulare der Bundesnetzagentur zu benutzen. Weitere Informationen zum Ausschreibungsverfahren finden Sie unter www.bundesnetzagentur.de. Fragen zu den Ausschreibungsverfahren können an ee-ausschreibungen@bnetza.de gerichtet werden.

Solarenergie in Deutschland: Markt und Preisentwicklung

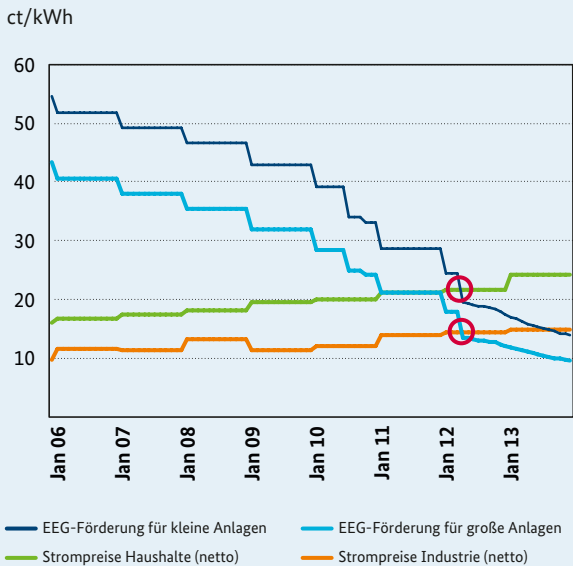
Mit Stand Ende 2014 beträgt die insgesamt installierte Leistung von Photovoltaikanlagen 38,2 Gigawatt. Die Solarstromerzeugung trägt mit rund 33 Terrawattstunden zu knapp sechs Prozent zur jährlichen Bruttostromerzeugung in Deutschland bei. Insgesamt sind rund 1,5 Millionen Photovoltaikanlagen installiert.

Im Jahr 2014 wurden knapp 1.900 Megawatt neu in Betrieb genommen, was gegenüber den Vorjahren mit bis zu 8.000 Megawatt pro Jahr einen deutlichen Rückgang bedeutet. Diese Entwicklung begründet sich in der geringeren Wirtschaftlichkeit der Anlagen aufgrund der sinkenden Förderung im EEG.

Infolge der boomenden Photovoltaikentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012 und massiver weltweiter Überkapazitäten kam es zu einem rapiden Preisverfall. Die technologische Entwicklung in der Photovoltaikindustrie hat unter Beweis gestellt, dass innerhalb weniger Jahre hohe Kostensenkungspotenziale realisiert werden konnten. Innerhalb von wenigen Jahren sind die Modulpreise um mehr als 60 Prozent gesunken.

Allerdings ist es wichtig herauszustellen, dass diese Preisentwicklung weniger das Produktionskostenniveau widerspiegelt, sondern ein Resultat der hohen Überkapazitäten

Abbildung 2: Entwicklung der EEG-Vergütung und der Strompreise (netto) seit 2006



Quelle: Forschungsvorhaben ZSW, BDEW

war. Dies führte schließlich zu einer weitreichenden Konsolidierung des weltweiten Photovoltaikmarktes.

Infolge der stark sinkenden Preise und zum Zweck der Rückführung des Zubaus in Deutschland in den Ausbaukorridor wurden die Vergütungssätze im EEG stetig gesenkt. Nachfolgende Grafik verdeutlicht, dass die EEG-Vergütung von 2006 bis heute um mehr als 70 Prozent abgesenkt wurde.

Kontakt: Cornelia Viertl

Referat: Erneuerbare Energien Technologien

(Wind, Wasser, Photovoltaik, Biomasse, Geothermie) und Hanna Schumacher und Volker Hoppenbrock

Referat: Übergreifendes Energierecht, Erneuerbare-Energien-Gesetz



Partner Indien – Perspektiven 2015

Neue Dynamik in Indien beflügelt Wirtschaftskontakte mit Deutschland

Die indische Regierung unter Premierminister Narendra Modi hat weitreichende Wirtschaftsreformen angekündigt und damit große Zuversicht in der Bevölkerung und in den Unternehmen ausgelöst. Das stark wachsende Land benötigt dringend Investitionen in Städtebau, Infrastruktur, Energie und Bildung. Bürokratische Hemmnisse sollen beseitigt werden, damit die Investitionsbereitschaft ausländischer Unternehmen steigt. Auf der Hannover Messe vom 13. bis 17. April präsentiert sich Indien als Gastland.



Regierungswechsel löst Aufbruchstimmung aus

Mit der weltweit zweitgrößten Bevölkerung und einem hohen Wirtschaftswachstum ist Indien ein attraktiver, zukunftssträchtiger Markt. Bereits heute ist das Land die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens und die zehntgrößte weltweit. Die Stimmung in Indiens Wirtschaft hat sich seit der Regierungsübernahme der National Democratic Alliance-Koalition (NDA) unter Führung der Bharatiya Janata Party (BJP) im Mai 2014 deutlich aufgehellt. Letztere erreichte unter Premierminister Narendra Modi die absolute Mehrheit. Nun wird erwartet, dass sie die angekündigten Entwicklungsziele für das Land rasch umsetzt. Im Fokus stehen die Bekämpfung der hohen Inflation, der Ausbau der maroden Infrastruktur und Investitionen in das Gesundheitswesen und das Bildungssystem. Außerdem will Modi den Regierungsapparat effizienter gestalten („Minimum Government, Maximum Governance“) und durch Wirtschafts- und Finanzreformen die Investitionsbereitschaft ausländischer Unternehmen fördern.

Indiens Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte im Finanzjahr 2013/2014 (1. April bis 31. März) real um nur 4,7 Prozent zu. Im ersten Quartal 2014/2015 zog die Dynamik leicht auf 5,7 Prozent an, getragen vor allem vom Dienstleistungssektor. Für das gesamte Finanzjahr 2014/2015 rechnen Analysten mit einem Plus von 5,5 bis 6,0 Prozent. Eine stagnierende heimische Produktion, hohe Inflationsraten und ein schlechtes Investitionsklima sind einige der Probleme, mit denen das Land in den letzten Jahren zu kämpfen hatte.

Für die weitere Entwicklung ist essenziell, dass den Ankündigungen, die hohe Erwartungen bei Firmen und Bevölkerung geweckt haben, nun konkrete Maßnahmen folgen. Analysten rechnen mit einem merklichen Anziehen der Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2015. Als problematisch könnten sich der Widerstand einzelner Regionalregierungen sowie der geringe finanzielle Spielraum im öffentlichen Haushalt erweisen. Das Haushaltsdefizit lag zuletzt bei 4,5 Prozent des BIP und soll 2014/2015 auf 4,1 Prozent gesenkt werden. Auch deshalb setzt die Umsetzung der Pläne zum Infrastrukturausbau eine hohe Beteiligung des Privatsektors voraus.

Enge Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Indien ist schon heute der viertgrößte Abnehmer deutscher Waren in Asien-Pazifik. Seit Beginn der indischen Reformpolitik 1991 hat das bilaterale Handelsvolumen rasant zugenommen. Das Volumen des deutsch-indischen Handels hat sich seitdem mehr als verdreifacht. Schätzungsweise 1.500 bis 2.000 deutsche Firmen sind mit einer Niederlassung in Indien vertreten.

In den letzten drei Jahren war der bilaterale Handel aufgrund eines geringeren Wirtschaftswachstums in Indien allerdings rückläufig. So schrumpfte das Handelsvolumen 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 Prozent auf 16,1 Milliarden Euro. Dabei gingen die deutschen Ausfuhren nach Indien um 11,5 Prozent zurück, die deutschen Einfuhren aus Indien sanken um 1,4 Prozent. In der Rangfolge bei den Ein- und Ausfuhren steht Indien jeweils auf Platz 25. Umgekehrt war Deutschland 2013 Indiens größter Handelspartner in der EU und lag im weltweiten Vergleich in Indien als Lieferant an neunter Stelle und als Abnehmer indischer Waren auf Rang acht. Die Schwerpunkte der indischen Nachfrage bilden deutsche Investitionsgüter sowie Elektrotechnik, Metallwaren, Chemieprodukte, Kfz und Kfz-Teile.

Deutschland zählt zu den wichtigsten ausländischen Investoren in Indien. Mit Direktinvestitionen in Höhe von umgerechnet 6,1 Milliarden US-Dollar (seit April 2000) belegt Deutschland nach Mauritius, Singapur, Großbritannien, Japan, den USA, den Niederlanden und Zypern den achten Platz. Schwerpunktbereiche sind die Verkehrs-, die Elektro- und die Metallbranche. Im Finanzjahr 2013/2014 betragen die Direktinvestitionen aus Deutschland 1.038 Millionen US-Dollar (2012/2013: 860 Millionen US-Dollar).

Im Fokus: Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investoren

Die neue Regierung hat erste Schritte unternommen, um die Rahmenbedingungen für in- und ausländische Firmen zu vereinfachen. Die Digitalisierung von Genehmigungsprozessen sowie Änderungen beim Arbeitsrecht wurden angestoßen und auch die Richtlinien für ausländische Direktinvestitionen im Eisenbahn-, Bau- und Verteidigungssektor wurden gelockert.

Die vielfach geforderte Vereinfachung des Landerwerbs steht jedoch ebenso aus wie die Einführung einer einheit-



lichen Waren- und Dienstleistungssteuer (Goods and Services Tax, GST). Beide Projekte hat die Regierung zwar angekündigt, stößt bislang jedoch auf Widerstand im Oberhaus, wo sie nicht über eine Mehrheit verfügt.

Die indische Regierung hat erkannt, dass Korruption und die überbordende Bürokratie wesentliche Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes darstellen und von ausländischen Investoren als entscheidende Hemmnisse empfunden werden. Darüber hinaus ergeben sich Schwierigkeiten aus einem Mangel an Know-how in der Verwaltung, langwierigen Entscheidungsprozessen und überholten Gesetzen.

Premierminister Modi ist in diesem Zusammenhang bestrebt, die Koordination zwischen den unterschiedlichen Ministerien zu verbessern und dadurch die Effizienz zu erhöhen sowie Entscheidungsprozesse zu beschleunigen. Die Einführung von E-Auktionen in Ausschreibungen soll zu mehr Transparenz und einer Steigerung der Produktivität führen.

Infrastrukturausbau bietet deutschen Unternehmen Chancen

Die Infrastruktur Indiens soll in den kommenden Jahren erneuert und massiv ausgebaut werden. Beispiel eines der ehrgeizigen Ziele ist die Errichtung von „100 Smart Cities“. Hierbei geht es um die Entwicklung von Städten, die alle modernen Annehmlichkeiten, Bildungseinrichtungen und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten sollen. Bei diesen Projekten handelt es sich sowohl um Neuvorhaben als auch um bereits bestehende Städte, die modernisiert werden.

Ein Teil der „Smart Cities“ soll am Rande großer neuer Industriekorridore entstehen, die landesweit geplant werden. Das ambitionierteste Korridorvorhaben ist der Delhi-Mumbai Industrial Corridor (DMIC), eine Wirtschaftsförderzone über 1.500 km Länge und 300 km Breite, die bis zum Jahr 2040 errichtet werden soll. Indien erhofft sich bei diesem Megaprojekt großes ausländisches Engagement beim Bau von Verkehrsinfrastruktur, Städtebau, Produktionsclustern, Logistikinfrastruktur etc. Von Deutschland wünscht sich Indien ebenfalls eine aktive Beteiligung, sodass sich bedeutende Investitions- und Absatzchancen für deutsche Firmen ergeben können. Ein weiteres interessantes Projekt ist der Ausbau der Eisenbahn als zentrales Glied in der Transportinfrastruktur.



Bei der Errichtung von „Smart Cities“ dürfte die Umwelttechnik eine wichtige Rolle spielen; ein Bereich, in dem deutsche Unternehmen durch ihre Expertise und Produkte punkten können. Aufgebaut werden müssen sowohl Systeme für das Abfall- als auch das Wassermanagement. Modi hat Ende 2014 die „Swacch Bharat Mission“ (sauberes Indien) ausgerufen und will künftig für mehr Sauberkeit, vor allem in den großen Städten, sorgen.

Auch in die Behandlung von Abwasser soll in diesem Zusammenhang investiert werden. Indiens Gewässer sind aufgrund der großen Mengen unbehandelt eingeleiteten Abwassers stark verschmutzt. Im Rahmen der neu aufgelegten „Clean Ganga Mission“ will die Regierung hier nun Abhilfe schaffen. Die Bundesregierung unterstützt Indien bei der Reinigung des Ganges zunächst durch Politikberatung im Rahmen der technischen Zusammenarbeit. Perspektivisch könnte die Unterstützung durch deutsche Expertise ein Türöffner für Engagements deutscher Firmen aus diesem Bereich sein.

Energie – ein „Megathema“ auch für Indien

Mit einer neuen „National Energy Policy“ möchte die indische Regierung die Energieversorgung des Landes verbessern. Ziel ist es, die Stromerzeugungskapazitäten durch unterschiedliche Energiequellen auszuweiten. Der Plan beinhaltet die Entwicklung der Energieinfrastruktur sowie



die Steigerung der Energieeffizienz und soll die Erzeugung umweltverträglicher machen. Vorhaben in der Öl-, Gas- und Kohleexploration und -produktion sind ebenso in Planung. Indiens Stromerzeugungskapazitäten konnten bereits in den vergangenen Jahren deutlich erhöht werden; dennoch leidet das Land immer noch unter einem beträchtlichen Versorgungsdefizit. In weiten Teilen des Subkontinents sind Stromausfälle an der Tagesordnung und etwa ein Drittel der Haushalte ist nach wie vor nicht an das Netz angeschlossen. Kohlekraftwerke stehen für rund 60 Prozent der Erzeugungskapazitäten und haben mit chronischen Lieferproblemen bei dem Rohstoff zu kämpfen. Bei Gas-kraftwerken ist die Versorgungslage ebenfalls angespannt.

Um die Stromnachfrage besser bedienen zu können, will die Regierung künftig neben Kernkraft vor allem auf erneuerbare Energien setzen. Große Wasserkraftwerke und Windenergie stehen hier für den Löwenanteil der Kapazitäten.

Besonders gefördert werden soll in den nächsten Jahren die Solarenergie. Aktuell sind lediglich knapp drei Gigawatt (GW) an das Netz angeschlossen. Indien will bis zum Jahr 2022 Solarstromkapazitäten von 100 GW und 60 GW Windstromkapazitäten aufbauen. 20 Millionen Quadratmeter Kollektorfläche sollen für die solare Warmwasserbereitung

installiert werden. Dabei dürfte sowohl auf Großanlagen (Ultra Mega Solar Power Plants) als auch auf bislang kaum verbreitete Aufdachanlagen gesetzt werden.

Auch wenn die Zielmarke mit Skepsis betrachtet werden muss, gibt sie eine klare Richtung für die weitere Entwicklung vor, aus der sich in den kommenden Jahren Chancen für deutsche Unternehmen ergeben könnten. Diese sind bereits als Ausrüstungslieferanten und Anbieter von Planungsleistungen am Markt vertreten. Die indische Regierung will die notwendigen Investitionen, die sie mit rund 100 Milliarden US-Dollar beziffert, unter anderem mit Hilfe ausländischer Investitionen stemmen.

Beim Ausbau der maroden Netze, die insbesondere den Anforderungen erneuerbarer Energien nicht gewachsen sind, engagiert sich die Bundesregierung bereits über die deutsche KfW Entwicklungsbank. Im Rahmen des „Green Energy Corridors“-Projektes hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der indischen Regierung zugesagt, diverse Vorhaben mit bis zu einer Milliarde Euro zu unterstützen. Die Ausschreibungen für das Projekt laufen bereits. Deutsches Know-how in Kombination mit Finanzierungen wird in diesem Bereich auch in den nächsten Jahren gefragt sein.

Vielfältige Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen

„Make in India“

Indien bietet ausländischen Firmen auch in anderen Bereichen gute Möglichkeiten für ein Engagement. So hat die neue Regierung mit der „Make in India“-Kampagne ein weiteres ambitioniertes Projekt angestoßen, mit dem der Anteil der lokalen Fertigung erhöht werden soll. Das verarbeitende Gewerbe trägt aktuell nur rund 13 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Dieser Anteil soll deutlich erhöht werden. Lokale Firmen werden angehalten, ihre Wertschöpfung im Inland zu erhöhen, und ausländische Unternehmen sollen weniger Produkte nach Indien einführen und stattdessen mehr vor Ort produzieren. Verbessert die Regierung das Investitionsklima und setzt sie die richtigen Anreize für eine stärkere lokale Fertigung, könnte dies zu einer höheren Investitionstätigkeit auf dem Subkontinent führen. Deutsche Maschinen- und Anlagenbauer, die bereits heute in vielen Industriezweigen zu den wichtigsten Lieferanten gehören, dürften von solch einer Entwicklung stark profitieren.

Berufliche Bildung

Voraussetzung für einen Erfolg der „Make in India“-Kampagne ist die Reduzierung des Fachkräftemangels und ein verbessertes System zur beruflichen Bildung. Schon heute arbeiten Deutschland und Indien in diesem Bereich zusammen. Modi nannte Deutschland kürzlich den „natürlichen Partner“ für die Verbesserung der beruflichen Bildung. Indien verfügt zwar über eine Vielzahl junger Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, beim Großteil handelt es sich jedoch um – zumindest formal – unqualifizierte Arbeitssuchende. Die vielgepriesene demographische Dividende könnte sich in den kommenden Jahren daher als Zeitbombe erweisen, wenn Staat und Wirtschaft nicht verstärkt in qualitativ und quantitativ ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten investieren. Das Bewusstsein für das Thema hat in der indischen Politik jedoch merklich zugenommen. Die Vorgängerregierung hatte 2009 bereits die „National Skills Policy“ aufgelegt und sich das Ziel gesetzt, bis 2020 rund 500 Millionen Jugendliche auszubilden. Diese Zahl will die neue Regierung noch einmal erhöhen und hat für 2015 ein neues „Skill India Scheme“ angekündigt und eigens ein neues Ministerium („Ministry of Skill Development and Entrepreneurship“) gegründet.



Premierminister Narendra Modi

Die indische Regierung unter Premierminister Modi hat seit 2014 großes Interesse am deutschen dualen System signalisiert und arbeitet bereits mit der Bundesregierung zusammen. Seit 2007 trifft sich jährlich die deutsch-indische „Joint Working Group on Vocational Education and Training“. iMOVE, eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, ist mit einem festen Büro in Indien vertreten.

Automobilindustrie

Die deutsche Automobilindustrie hat in Indien in eigene Werke investiert. Zwar setzen deutsche Hersteller in absoluten Zahlen noch nicht viele Fahrzeuge in Indien ab, dennoch führen sie im Premiumsegment den Markt an.

Für die nächsten Jahre wird mit einer positiven Absatzentwicklung bei Fahrzeugen gerechnet. Jedoch wird vor allem bei Klein- und Kompaktwagen der Wettbewerb hoch bleiben, was insbesondere die Volumenhersteller und ihre Zulieferer herausfordern dürfte. Um die deutsch-indische Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung sowie der Ausbildung von Fachkräften zu fördern, wurde 2009 die „Indo-German Working Group on Automotive“ gegründet. Darin ist die Industrie beider Länder vertreten.

Nahrungsmittelverarbeitung

Ein weiterer Bereich des indischen verarbeitenden Gewerbes, der bereits seit Jahren kräftig wächst und über beträchtliches Zukunftspotenzial verfügt, ist die Nahrungsmittelverarbeitung. Diese befindet sich in Indien noch relativ am Anfang. Der Großteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird bislang noch un- oder nur geringfügig verarbeitet an die Endabnehmer verkauft. Dank höherer Einkommen, einem steigenden Anteil berufstätiger Frauen, der Verbreitung moderner Einzelhandelsformate sowie zunehmend aufgeklärter Verbraucher nimmt die Nachfrage nach solchen Produkten jedoch rasant zu.

Deutsche Anbieter von Nahrungsmittelverarbeitungs- und Verpackungsmaschinen sind bereits erfolgreich am indischen Markt vertreten und sollten trotz der erstarkenden Billigkonkurrenz in bedeutendem Maße am Wachstum teilhaben können. Dies gilt insbesondere angesichts indischer Bestrebungen, die Nahrungsmittelsicherheit in der gesamten Lieferkette zu erhöhen. Dieses Thema nimmt sich unter anderem die deutsch-indische „Working Group on Quality Infrastructure for Cooperation in Standardization, Conformity Assessment and Product Safety“ an. Die Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des indischen Ministry for Consumer Affairs, Food and Public Distribution widmet sich auch weiteren Themen der Qualitätsinfrastruktur.

Die neue indische Regierung hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Agrarproduktion insgesamt zu steigern und zu professionalisieren. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind bislang überwiegend sehr klein und arbeiten nur mit sehr geringem Maschineneinsatz. Künftig sollen Kooperativen gefördert und Verarbeitungscluster aufgebaut werden, um die Anschaffung moderner Maschinen und damit eine ertragreichere und hochwertigere Produktion zu ermöglichen. Sollten diese Bemühungen erfolgreicher als unter den Vorgängerregierungen verlaufen, dürften sich nicht nur Anbietern von Nahrungsmittelverarbeitungsmaschinen, sondern auch von Landmaschinen Chancen eröffnen, die es am indischen Markt aufgrund der Struktur bislang noch schwer haben. Der Aufbau einer leistungsfähigen Kühlketteninfrastruktur ist ebenfalls von Regierungsseite angedacht und dürfte Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. Diese soll landesweit entstehen, schwerpunktmäßig jedoch in den geplanten Industriekorridoren.

Gesundheitsversorgung

Ein weiterer Schwerpunkt der indischen Regierungsarbeit ist die Gesundheitsversorgung der Milliardenbevölkerung. Das Land investiert aktuell nur rund ein Prozent des BIP in den Sektor. Dieser Anteil soll auf 2,5 Prozent ansteigen. Indien möchte die weltweit größte allgemeine staatliche Krankenversicherung einführen und die medizinische Grundversorgung ausbauen. Der Staat kümmert sich bislang fast ausschließlich um die Basisversorgung, moderne Kliniken befinden sich in der Regel in privater Hand. Geschäftschancen für deutsche Firmen dürften sich auch in den kommenden Jahren vor allem im boomenden privaten Gesundheitsmarkt ergeben.

2015 – Ein starkes Jahr deutsch-indischer Kooperation

Die deutsche und die indische Regierung sind im Jahre 2015 in besonders engem Kontakt. Bereits im Januar waren sowohl Bundesfinanzminister Schäuble als auch Bundesumweltministerin Hendricks zu Regierungsgesprächen in Indien. Im Februar tagte in Neu-Delhi außerdem das Deutsch-Indische Energieforum unter dem Co-Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, und seines indischen Amtskollegen Pradeep Kumar Sinha.

Vom 13. bis 17. April 2015 wird Indien Gastland der diesjährigen Hannover Messe sein. Premierminister Modi hat angekündigt, zu diesem Anlass mit einer großen Wirtschaftsdelegation nach Deutschland zu reisen – eine optimale Gelegenheit für die deutsche und indische Wirtschaft, ihre Kooperation zu vertiefen. Unter anderem ist auf der Hannover Messe eine Wirtschaftskonferenz geplant, die von Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Modi eröffnet werden soll.

Eine weitere Gelegenheit, auch auf Regierungsseite noch enger zusammenzuarbeiten, bieten die dritten Deutsch-Indischen Regierungskonsultationen, die voraussichtlich im Herbst 2015 in Neu-Delhi stattfinden werden.

Kontakt: Dr. Andree Buhl
Referat: Süd- und Südostasien, Australien, Neuseeland
wesentlicher Beitrag von Anna Westenberger
Germany Trade and Invest, Delhi

Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland

Das 8. Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation

Am 25. Februar 2015 hat die „Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI)“ ihr achtetes Gutachten vorgelegt. Sie bestätigt, dass die Bundesregierung die Weichen für eine effektive Innovationspolitik richtig gestellt hat, weist aber auch darauf hin, dass in Zukunft der innovative Mittelstand noch stärker in den Blick genommen werden sollte. Empfohlen wird zudem, die Ausgaben für Forschung und Innovation bis zum Jahr 2020 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen (2013: 2,85 Prozent).



Seit 2008 erstellt die Expertenkommission Forschung und Innovation¹ im Auftrag der Bundesregierung einmal im Jahr ein „Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands“. Die Gutachten enthalten regelmäßig eine wissenschaftliche Analyse zur Qualität des Innovationsstandortes Deutschland und, daraus abgeleitet, Empfehlungen für die aktuelle Forschungs- und Innovationspolitik.

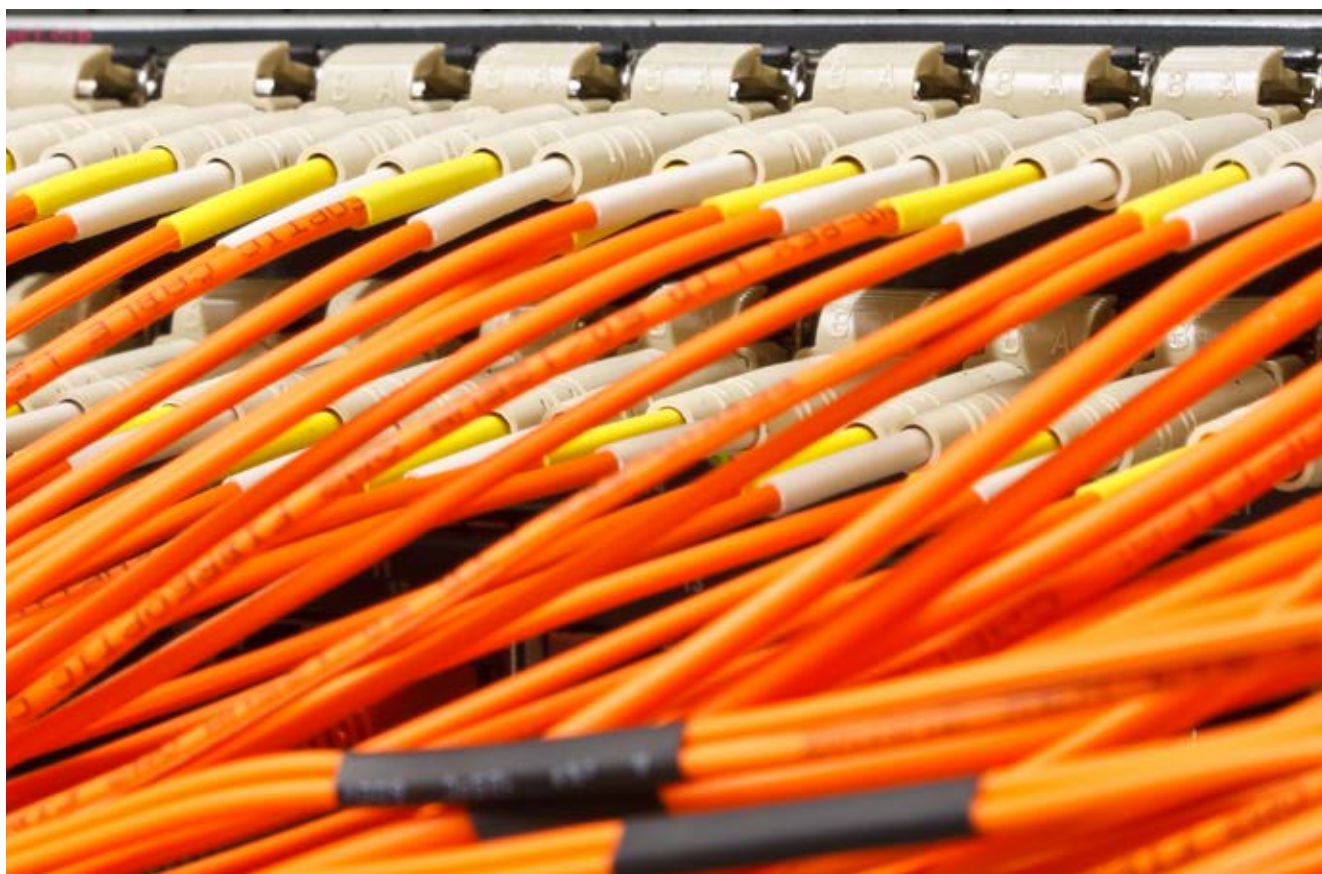
Die Expertenkommission kommt in ihrem diesjährigen Gutachten zu dem Schluss, dass unter anderem mit der Hightech-Strategie, der Digitalen Agenda und den neuen Rahmenbedingungen für den Wagniskapitalmarkt die Weichen für eine moderne Forschungs- und Innovationspolitik richtig gestellt worden sind.

Weitere Themen, mit denen sich die Kommission in ihrem aktuellen Gutachten intensiv auseinandergesetzt hat, sind der durch die Digitalisierung ausgelöste Reformbedarf im Urheberrecht sowie aktuelle Entwicklungen im Bereich der additiven Fertigung („3-D-Druck“). Die Entwicklung der Innovationsaktivitäten in deutschen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) beobachten die Gutachter mit Sorge und kündigen an, sich im kommenden Gutachten mit der Thematik näher zu beschäftigen.

Die Expertenkommission hält das Innovationsverhalten im deutschen Mittelstand mit Blick auf folgende Zahlen für bedenklich:

- Die Innovationsausgaben verharren bei den KMU mit rund 34,5 Milliarden Euro auf dem Niveau des Jahres 2007.

1 Die Expertenkommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Prof. Dietmar Harhoff (Vorsitzender), Prof. Monika Schnitzer (stellvertretende Vorsitzende), Prof. Uschi Backes-Gellner, Prof. Christoph Böhringer, Prof. Dominique Foray, Prof. Ingrid Ott.



- ▶ Die Innovationsintensität in KMU – d.h. der Anteil der Innovationsausgaben am Unternehmensumsatz – hat sich von 2,7 Prozent im Jahr 1995 auf 1,65 Prozent im Jahr 2013 nahezu halbiert.
- ▶ Der Anteil der KMU an den Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft ist seit Jahren stark rückläufig: Er ist von über 35 Prozent in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre auf 29 Prozent 2007 und auf 24 Prozent 2013 zurückgegangen.

Vor diesem Hintergrund sieht das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) wie die Expertenkommission die Notwendigkeit, die Forschungsanstrengungen des Mittelstands weiterhin staatlich zu unterstützen. Ein erster Schritt ist bereits mit der Aufstockung der Mittel für das ZIM-Programm (Zentrales Innovationsprogramm für den Mittelstand) um rund 30 Millionen Euro auf jetzt rund 543 Millionen Euro getan. Darüber hinaus wird auch in der neuen Hightech-Strategie der Bundesregierung die weitere Unterstützung des innovativen Mittelstands thematisiert. Im Rahmen einer langfristig angelegten Mittelstandsstudie wird das BMWi zudem die Innovationskraft der KMU näher untersuchen lassen.

Mit der neuen Hightech-Strategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den Innovationsstandort Deutschland weiter zu stärken. Die neue Hightech-Strategie benennt sechs prioritäre Zukunftsaufgaben – Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Nachhaltiges Wirtschaften und Energie, Innovative Arbeitswelt, Gesundes Leben, Intelligente Mobilität sowie Zivile Sicherheit – und erweitert den Innovationsbegriff um eine soziale Komponente. Zudem finden sich hier Überlegungen, wie sich die Rahmenbedingungen im deutschen Innovationssystem insgesamt verbessern lassen und wie die Gesellschaft noch stärker in forschungs- und innovationspolitische Überlegungen einbezogen werden kann.

Die EFI-Kommission begrüßt sowohl den breiten Ansatz der neuen Hightech-Strategie als auch die hier angelegte enge Zusammenarbeit der Ministerien. Das BMWi ist davon überzeugt, dass die konstituierende Sitzung des Hightech-Forums vom 17. März 2015 der Umsetzung der Strategie zusätzliche Impulse gibt.

Wie von der Expertenkommission empfohlen, strebt die Bundesregierung an, möglichst zeitnah Maßnahmen umzusetzen, um die in der Digitalen Agenda verankerten

Ziele zur flächendeckenden Versorgung mit Bandbreiten von 50 Mbit/s zu erreichen. Auch wird die Bundesregierung die Versorgung mit digitalen Infrastrukturen regelmäßig im Hinblick auf sich verändernde Bedarfe der digitalen Wirtschaft überprüfen, um eine im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Netzinfrastruktur zu gewährleisten. Mit Blick auf Industrie 4.0 wird die auf der CeBIT im März dieses Jahres vorgestellte Plattform Industrie 4.0 ihre Arbeit im April 2015 aufnehmen. Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Politik werden dort Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Industrie 4.0 erörtern. Darüber hinaus ist die Bundesregierung schon jetzt dabei, ihre Technologie- und Forschungsprogramme zu Industrie 4.0 auszubauen; speziell für den Mittelstand werden Informations- und Demonstrationzentren zu Industrie 4.0 eingerichtet.

Das BMWi stimmt der Expertenkommission darin zu, dass die Rahmenbedingungen für Wagniskapital noch weiter verbessert werden können. Einigkeit herrscht insbesondere darüber, dass sich die derzeitige Behandlung von Verlustvorträgen negativ auf die Investitionsbereitschaft von Wagniskapitalgebern auswirkt und deswegen überarbeitet werden sollte. Auch einer höheren Besteuerung der Fonds-Initiatorenvergütung (Carried Interests) stehen Gutachter und BMWi gleichermaßen ablehnend gegenüber. Dass die Gutachter das aktuelle Vorhaben der Bundesregierung begrüßen, über den Europäischen Investitionsfonds eine neue Wachstumsfazilität mit einem Volumen von 500 Millionen Euro für die Wachstumsfinanzierung von Start-up-Unternehmen aufzulegen, wird als Bestätigung der eigenen Politik gesehen. Das BMWi weist jedoch auch ausdrücklich darauf hin, dass mit der Steuerfreistellung des INVEST-Zuschusses zum 1. Januar 2015 eine erste Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapitalfonds und Business Angels erreicht werden konnte.

Das BMWi wird die einzelnen Handlungsempfehlungen, die sich aus dem achten EFI-Gutachten ergeben, im Einzelnen bewerten und nächste Schritte beschließen.

Die für die Innovationspolitik besonders relevanten Aussagen des EFI-Gutachtens lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:²

FuE-Intensität Deutschlands

Die volkswirtschaftliche FuE-Intensität – gemessen als Prozentsatz der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Relation zur Wirtschaftskraft – stellt ein wichtiges Maß zur Beurteilung von nationalen Innovationssystemen dar. Die FuE-Intensität Deutschlands lag im Jahr 2013 bei 2,85 Prozent. Das von der Bundesregierung bis 2015 angestrebte Drei-Prozent-Ziel für die FuE-Intensität kann nach Auffassung der Kommission in Deutschland noch immer erreicht werden. Allerdings weist die Expertenkommission – wie auch schon in ihren Jahresgutachten 2012 und 2013 – darauf hin, dass es sich um ein wenig ambitioniertes Ziel handelt. Andere Länder wie Schweden, Japan und Korea haben die Drei-Prozent-Marke schon lange hinter sich gelassen.

Deutschland sollte sich daher in Zukunft nicht am Drei-Prozent-Ziel oder an durchschnittlichen FuE-Ausgaben der OECD-Länder, sondern vielmehr an der FuE-Intensität der weltweiten Spitzengruppe orientieren. Damit Deutschland langfristig zu den führenden Innovationsnationen aufschließen kann, sollte für das Jahr 2020 ein ehrgeizigeres Ziel verankert werden: 3,5 Prozent des BIP für FuE sind nach Ansicht der Expertenkommission angemessen und notwendig.

Innovationsaktivitäten der KMU

Innovationen in KMU sind für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland besonders wichtig. Die Expertenkommission hat sich deshalb schon in früheren Gutachten dafür ausgesprochen, dass die Politik ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung der FuE-Aktivitäten von KMU legen sollte. Die langfristige Entwicklung der Innovationsaktivitäten in deutschen KMU gibt Anlass zur Sorge. Es ist zwar ein Wachstum bei der Beschäftigung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in KMU in Deutschland zu verzeichnen, dieses konnte allerdings in der vergangenen Dekade nicht mit dem Wachstum in Großunternehmen mithalten. Zudem sind die Innovationsaufwendungen in KMU relativ zum Umsatz im Zeitraum von 1995 bis 2012 deutlich gesunken.

2 Der Text der Zusammenfassung wurde auszugsweise aus dem Jahresgutachten 2015 der EFI entnommen.

Gegenwärtig ist noch nicht abschließend geklärt, welche Ursachen zu dieser Entwicklung geführt haben und in welcher Weise die Politik darauf reagieren sollte. Angesichts der Bedeutung von KMU für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum hält die Expertenkommission die Entwicklung der Innovationsaktivitäten in KMU grundsätzlich für bedenklich und wird sich daher in kommenden Gutachten ausführlich damit beschäftigen.

Die neue Hightech-Strategie – Innovationen für Deutschland

Die neue Hightech-Strategie wurde am 3. September 2014 vom Bundeskabinett beschlossen und der Öffentlichkeit präsentiert. Für die Umsetzung der neuen Hightech-Strategie sind zeitnah konkrete Meilensteine zu formulieren und transparent zu kommunizieren. Kontraproduktive Maßnahmenüberlagerungen mit anderen Politikbereichen sind zu vermeiden.

Die Expertenkommission mahnt, den schon früher eingeschlagenen Weg der stärkeren Bündelung von themenorientierten Fördermaßnahmen nicht wieder zu verlassen und auch innerhalb der prioritären Zukunftsaufgaben klare Zielhierarchien zu formulieren.

In der neuen Hightech-Strategie wird verstärkt Gewicht auf Transparenz und partizipative Prozesse gelegt. Bei der Verfolgung dieser Ziele sollten die zuständigen Ressorts z. B. mit internetbasierten Verfahren wie Online-Plattformen zur Ideensammlung oder Meinungsbildung experimentieren.

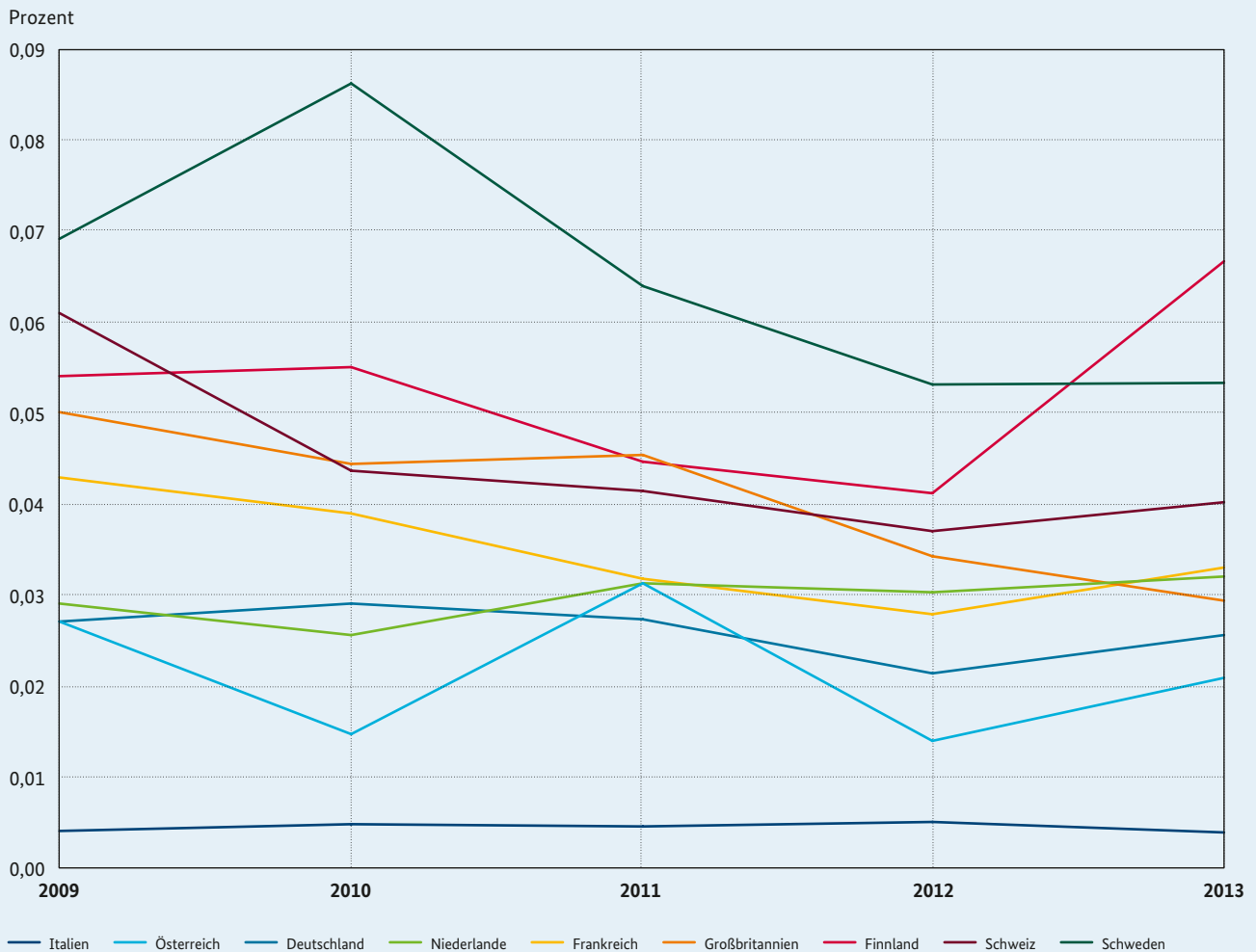
Es sollten Mechanismen für ein systematisches Monitoring der Hightech-Strategie entwickelt werden, um Fehlentwicklungen zu identifizieren und zu korrigieren. In diesem Zusammenhang sind die Festlegung von Erfolgskriterien, Evaluierungsverfahren sowie ein Konzept für mögliche Kursänderungen notwendig.

Die Digitale Agenda der Bundesregierung

Mit der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, die Weichen für eine erfolgreiche digitale Transformation von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu stellen. Die Expertenkommission begrüßt, dass die Bundesregierung mit der „Digitalen Agenda 2014 – 2017“ den Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels hohe Bedeutung beimisst.

Die zunehmende Digitalisierung der Wissens- und Informationsgesellschaft stellt dauerhaft hohe Anforderungen an die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der Internetverbindungen. Das politische Ziel der flächendeckenden Versorgung mit Bandbreiten von 50 Mbit/s muss zeitnah realisiert werden. Die Versorgung mit digitalen Infrastrukturen ist regelmäßig im Hinblick auf sich verändernde Bedarfe der Wirtschaft zu überprüfen und so anzupassen, dass eine im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Netzinfrastruktur gewährleistet wird. Die Expertenkommission hält es darüber hinaus für unerlässlich, zeitnah ein in sich schlüssiges Maßnahmenpaket zu entwickeln, aus dem hervorgeht, wie und in welchem Zeitraum die weiteren in der Digitalen Agenda genannten Vorhaben umgesetzt und finanziert werden sollen.

Zusätzlich drängt die Expertenkommission auf die Schaffung von Rechtssicherheit bezüglich des Datenschutzes, auf die Öffnung staatlich erhobener und nicht sensibler Personendaten für wissenschaftliche Analysen, den verstärkten Einsatz offener Standards in der öffentlichen Verwaltung, eine Vorreiterrolle des Staates bei der sicheren Kommunikation sensibler Daten sowie auf die Ausgestaltung des Konzepts Industrie 4.0. Die Umsetzung der Digitalen Agenda ist transparent zu dokumentieren.

Abbildung 1: Entwicklung der Wagniskapitalinvestitionen als Anteil am nationalen Bruttoinlandsprodukt 2009 bis 2013

Investitionen nach Sitz der Portfoliounternehmen.

Quelle: EVCA, Eurostat. Eigene Berechnung.

Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland

Wagniskapital ist eine wichtige Finanzierungsquelle für junge innovative Unternehmen. Der Markt für Wagniskapital ist in Deutschland jedoch deutlich weniger entwickelt als in den USA und in vielen Ländern Europas (siehe Abbildung 1). Deutschland als innovationsbasierte Ökonomie vergibt so Wachstums- und Produktivitätspotenziale. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Expertenkommission, dass die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen plant, um die Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland international wettbewerbsfähig zu gestalten.

Die Expertenkommission begrüßt insbesondere die Ankündigung der Bundesregierung, die restriktive steuerrechtliche Regelung zur Behandlung von Verlustvorträgen zu überarbeiten. Von der verschiedentlich geforderten Einführung einer generellen Steuerpflicht auf Veräußerungsgewinne bei Streubesitzanteilen an Kapitalgesellschaften sollte abgesehen werden. Ebenso sollte die Bundesregierung den Forderungen nach einer Erhöhung der Besteuerung der Fonds-Initiatorenvergütung nicht nachgeben. Beides würde Anreize für Investitionen in junge innovative Unternehmen senken. Darüber hinaus müssen die Rahmenbedingungen für Ankerinvestoren investitionsfreundlich ausgestaltet werden. Neue Einschränkungen der

Investitionsmöglichkeiten von Versicherungen und Versorgungswerken in Wagniskapitalfonds sind zu vermeiden. Das Vorhaben der Bundesregierung, über den Europäischen Investitionsfonds (EIF) einen Fonds für die Wachstumsfinanzierung deutscher Start-ups aufzulegen, sollte zeitnah umgesetzt werden.

Digitale Innovation und Reformbedarf im Urheberrecht

Vom Urheberrecht erfasst werden Werke der Literatur, der Wissenschaft und der Kunst. Mit dem Urheberrecht verbundene Aktivitäten sind ökonomisch und gesellschaftlich bedeutsam. In der ökonomischen Literatur finden sich Belege für positive Innovationsanreize durch einen zeitlich begrenzten Schutz durch das Urheberrecht. Die Nutzung digitaler Technologien erleichtert zwar illegales Kopieren bestehender Werke, senkt aber auch die Kosten der Erstellung und Verbreitung neuer kreativer Werke: Die Produktivität und Produktvielfalt in den Urheberrechtsbranchen steigt und neue Innovationsakteure, u. a. Nutzerinnovatoren, treten in den Markt. Der bestehende Rechtsrahmen trägt diesen Entwicklungen bisher nur in unzureichendem Maße Rechnung. Die Regelungen zur Rechtsdurchsetzung haben sich nicht bewährt.

Die Expertenkommission empfiehlt daher:

- ▶ Die kreative Umgestaltung von Werken sollte zulässig sein, um Anreize für Nutzerinnovationen zu setzen. So sollten Umgestaltungen durch eine „Schrankenregelung“ erlaubt werden, sofern sie einen ausreichenden inneren Abstand zum Original wahren und nicht kommerziell sind.
- ▶ Der Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen sollte vereinfacht werden. Daher sollte eine Regelung in Form einer allgemeinen „Wissenschaftsschranke“ eingeführt werden, die einen möglichst umfassenden Zugang zum Wissensbestand praxistauglich regelt. Diese sollte mit einer Vergütungspflicht einhergehen. Die derzeit komplexen Bestimmungen des deutschen Urheberrechts für den Wissenschaftsbereich sind zu vereinfachen.



- ▶ Die bestehenden Regelungen im Urheberrecht sind sehr komplex gehalten und stehen so einer verstärkten Rechtsakzeptanz entgegen. Die Expertenkommission mahnt daher eine Vereinfachung im Zuge der Reformbemühungen an. Diese muss auch durch politische Maßnahmen flankiert werden, die zur besseren Aufklärung von Nutzern führen und die Transparenz des Urheberrechts erhöhen.
- ▶ Eine Versendung von Warnhinweisen stellt als Alternative zur gängigen Abmahnpraxis eine sinnvolle Maßnahme dar, um über Rechtsverletzungen zu informieren und Transparenz zu schaffen. Ein rechtlicher Anspruch auf Erstattung der Kosten einer Abmahnung sollte an das Erfordernis geknüpft werden, dass im Vorfeld ein Warnhinweis über den Zugangsvermittler an Personen versendet wird, die das Urheberrecht verletzt haben.

Additive Fertigung („3-D-Druck“)

Additive Fertigung (AF) ist infolge ihrer vielseitigen Einsatzmöglichkeiten eine intensiv diskutierte Technologie, der ein disruptives Potenzial nachgesagt wird. Bereits heute ist AF eine wichtige technologische Grundlage in den Innovations- und Produktionsprozessen der Industrie. AF kann die industrielle Produktion in Deutschland stärken und die Verlagerung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in andere Länder begrenzen oder sogar Wertschöpfungsprozesse wieder in Deutschland verankern.

Um das Potenzial von AF in Deutschland optimal zu nutzen, empfiehlt die Expertenkommission:

- ▶ An den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollte die disziplinübergreifende Zusammenarbeit in der Forschung (z. B. mit Materialwissenschaften und Nanotechnologie) durch geeignete Maßnahmen intensiviert und der Transfer in die Praxis weiter unterstützt werden.
- ▶ Im Rahmen der Förderung von Industrie 4.0 sollte auch das Potenzial von AF verstärkt ausgelotet werden.

Abbildung 2: Additive Fertigung („3-D-Druck“)

Anwendungsbereiche in der Industrie

Im industriellen Bereich werden unterschiedlichste Materialien wie etwa Metalle, Kunststoffe, Keramik bis hin zu lebenden Zellen verwendet.





- ▶ Um Informationskosten abzubauen und Lock-in-Effekte zu überwinden, ist ggf. die Diffusion von AF-Technologien auf der Anwenderseite zu unterstützen. So sollte das Thema beispielsweise bei dem in der Digitalen Agenda angekündigten Aufbau von Kompetenzzentren zur Information und Demonstration von Best-Practice-Beispielen für Industrie 4.0 und Smart Services stärker als bisher berücksichtigt werden.
- ▶ Die Fördermaßnahmen für AF sollten in einen stringenten Gesamtrahmen eingebettet werden. Derzeit werden Fördermaßnahmen für AF vereinzelt und unsystematisch angeboten.
- ▶ Bislang noch offene Rechtsfragen zu AF – wie die der Haftung – sind zeitnah zu klären, um so die Rechtssicherheit der Innovationsakteure zu erhöhen.
- ▶ Die Bundesregierung sollte stärkere Anreize für eine Entwicklung von Qualitätsstandards sowie für Prüf- und Zertifizierungsaktivitäten im Bereich von AF-Designs, -Materialien und -Produkten setzen.

- ▶ Europäische und außereuropäische Kooperationen in Forschung und Standardisierung sollten verstärkt gefördert werden.
- ▶ Kompetenzen für die Nutzung von AF sollten im gesamten Ausbildungssystem vermittelt werden. AF-Technologien sollten nicht nur an Hochschulen, sondern auch in der beruflichen Ausbildung und an Schulen flächendeckend eingesetzt werden. Parallel dazu sind die Lehrenden und Ausbilder entsprechend zu qualifizieren.

Kontakt: Ruth Lochte
Referat: Grundsätze der Innovations- und
Technologiepolitik
und Prof. Dietmar Harhoff
Vorsitzender der EFI-Kommission

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Nimmt etwas Fahrt auf.

Die Weltwirtschaft hat nach dem verlangsamten Wachstum im Sommerhalbjahr wieder etwas mehr Fahrt aufgenommen.¹ Im vierten Quartal 2014 nahm die Weltindustrieproduktion um 1,0% zu und damit doppelt so stark wie in den beiden Vorquartalen. Dabei bleibt die Dynamik in den Schwellenländern deutlich hinter den gewohnten Wachstumsraten zurück. In den Industrieländern fiel der Anstieg der Industrieproduktion im Schlussquartal beinahe so hoch aus wie in den Schwellenländern. Dabei kamen die wichtigsten positiven Impulse aus den Vereinigten Staaten sowie aus Japan, das sich etwas von seinem Einbruch im Sommerhalbjahr erholte. Die Belebung im Euroraum gewann geringfügig an Dynamik, blieb aber zögerlich. Die Entwicklung in den Schwellenländern wird unter anderem durch die weitere Normalisierung der Entwicklung in China geprägt. Die politische Führung hat ein im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit reduziertes Wachstumsziel von etwa 7% gesetzt. Zudem befinden sich Russland und andere Schwellenländer, z. B. in Südamerika, in schwierigem Fahrwasser. Der niedrige Ölpreis stellt für viele ölexportierende Länder eine spürbare Belastung dar. Zudem ist im Laufe des Jahres mit einer weiteren Abkehr von der sehr expansiven US-Geldpolitik zu rechnen, die erneut deutliche

Kapitalbewegungen auslösen könnte. Insgesamt dürfte die Erholung der Weltwirtschaft recht zögerlich und fragil bleiben. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet laut Prognose-Update vom Januar nur mit einer leichten Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft von +3,3% im Jahr 2014 auf +3,5% im Jahr 2015 und +3,7% im Jahr 2016.

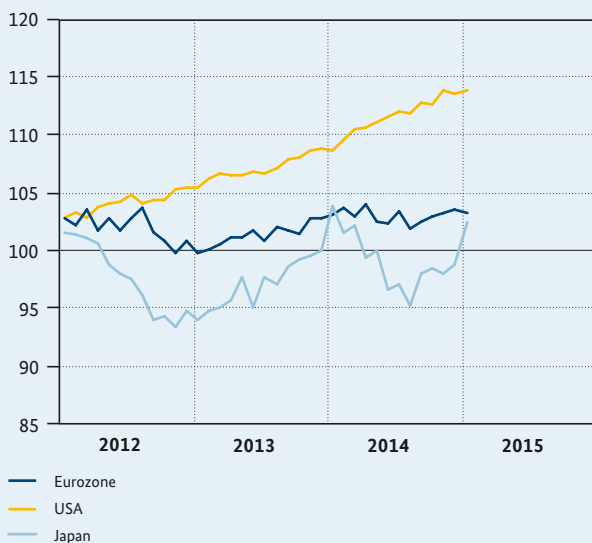
USA: Im kräftigen Aufschwung.

Die US-Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Im Jahr 2014 erhöhte sich ihr Bruttoinlandsprodukt trotz des witterungsbedingt ungünstigen Jahresbeginns um 2,4%. Im Jahresschlussquartal 2014 nahm das BIP um annualisiert 2,2% zu, nach annualisiert +5,0% im dritten Quartal. Die größten Wachstumsbeiträge kamen zuletzt von den privaten Konsumausgaben und den privaten Investitionen. Die staatlichen Ausgaben und der Außenbeitrag dämpften das Wachstum. Der private Konsum wird durch die Entwicklung des Arbeitsmarkts gestützt. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im Februar weiter kräftig um saisonbereinigt 295.000 Personen. Das Verbrauchervertrauen ging im gleichen Monat zurück, bleibt aber auf hohem Niveau und ist klar aufwärtsgerichtet. Die Industrieproduktion befindet sich im Aufwärtstrend und stieg im Januar um weitere 0,2%. Der ISM-Einkaufsmanagerindex in der Industrie schwächt sich seit einigen Monaten ab, liegt aber weiterhin über der Wachstumsschwelle. Die US-Wirtschaft bleibt damit wichtigster Wachstumstreiber unter den Industriestaaten. Der IWF erwartet für 2015 ein BIP-Wachstum von 3,6%. Für 2016 wird mit einem etwas geringeren Anstieg um 3,3% gerechnet.

Japan: Nur leichte Erholung.

Die japanische Wirtschaft stagnierte im Gesamtjahr 2014. Ihre Erholung schreitet nur zögerlich voran. Im Jahresabschlussquartal 2014 nahm das Bruttoinlandsprodukt um 0,4% gegenüber dem Vorquartal zu. Die Abschwächung in den beiden Sommerquartalen durch die Anhebung der Verbrauchsteuer im April ist noch nicht kompensiert. Die Zentralbank weitete ab November ihre quantitative Lockerung aus und die Regierung, die in den vorgezogenen Neu-

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. März 2015 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4
Euroraum	0,3	0,3	0,1	0,2	0,3
USA	0,9	-0,5	1,1	1,2	0,5
Japan	-0,3	1,3	-1,6	-0,7	0,4

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Euroraum	11,5	11,5	11,3	11,2	-
USA	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5
Japan	3,5	3,5	3,4	3,6	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Euroraum	0,4	0,3	-0,2	-0,6	-0,3
USA	1,7	1,3	0,8	-0,1	-
Japan	2,9	2,4	2,4	2,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

wahlen im Dezember bestätigt wurde, brachte weitere stimulierende Maßnahmen auf den Weg. Die Unternehmen erwarten laut TANKAN-Bericht eine weitere Erholung der industriellen Dynamik im Winterhalbjahr. Der Geschäftsklimaindex des Cabinet Office war im Februar in der Tendenz weiter aufwärtsgerichtet. Die Industrieproduktion setzte im Januar ihre Erholung fort. Die Exportdynamik hat sich seit Mitte des vergangenen Jahres im Zuge der Abwertung des Yen spürbar erhöht. Die Beschäftigungsentwicklung ist tendenziell aufwärtsgerichtet. Insgesamt spricht die Mehrheit der Indikatoren für eine Fortsetzung der Erholung. In den folgenden Monaten dürfte die konjunkturelle Grunddynamik aber gering bleiben. Der IWF rechnet laut seiner Projektion vom Januar für die Jahre 2015 und 2016 mit einem BIP-Wachstum von 0,6% bzw. 0,8%.

Euroraum: Erholung schreitet voran.

Die Erholung im Euroraum ist einen Schritt vorangekommen. Im vierten Quartal 2014 nahm das BIP leicht beschleunigt um 0,3% zu, nach Zuwächsen von +0,2% im dritten und +0,1% im zweiten Quartal. Damit stieg die Wirtschaftsleistung im Gesamtjahr 2014 um 0,9%. Die Konjunktur verläuft in den einzelnen Ländern weiterhin sehr unterschiedlich. Verhältnismäßig kräftige Impulse kamen zum Jahresende unter anderem aus Deutschland (+0,7%),

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Spanien (+0,7%), den Niederlanden (+0,5%) und Portugal (+0,5%). Italien ($\pm 0,0\%$) und Frankreich (+0,1%) stagnierten dagegen weitgehend. Die griechische und die zyprische Wirtschaft schrumpften und auch in Österreich und Finnland ging das BIP im vierten Quartal leicht zurück. Außerhalb des Euroraums setzte das Vereinigte Königreich seinen Aufschwung etwas verlangsamt fort (+0,5%). Insgesamt bleibt die konjunkturelle Erholung im Euroraum verhalten und fragil. Aufgrund der unterschiedlichen konjunkturellen Dynamik und der sich abzeichnenden unterschiedlichen Ausrichtung der Geldpolitik im Euroraum und in den Vereinigten Staaten ist der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar spürbar gefallen und hat auch gegenüber anderen Währungen nachgegeben. Die Industrieproduktion schwächte sich im Januar zwar geringfügig ab, hat aber ihren Tiefpunkt hinter sich gelassen. Auch die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging im Januar weiter auf 11,2% zurück. Dennoch bleiben die Aussichten gemischt. Das Geschäftsklima im Euroraum tritt seit letztem Sommer mehr oder weniger auf der Stelle und die jährliche Inflationsrate lag im Februar mit -0,3% noch immer im negativen Bereich. Insgesamt dürfte die Erholung im Euroraum im Verlauf des Jahres aber allmählich voranschreiten. Vor allem die niedrigen Ölpreise verleihen der Konjunktur zusätzlichen Schub. Der IWF erwartet für 2015 ein BIP-Wachstum von 1,2%. Die EU-Kommission und die EZB sind mit 1,3% bzw. 1,5% etwas zuversichtlicher. Für 2016 wird mit einer weiteren Beschleunigung gerechnet.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Deutsche Wirtschaft befindet sich wieder im Aufschwung.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zu Jahresbeginn wieder im Aufschwung.² Die konjunkturelle Schwächephase des vergangenen Sommerhalbjahrs ist überwunden. Im Jahresschlussquartal 2014 nahm das Bruttoinlandsprodukt überraschend stark um 0,7% zu.³ Auch im Gesamtjahr 2014 hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung mit einem Anstieg um 1,6% insgesamt gut behauptet. Zur Belebung am Jahresende hat das Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren beigetragen. Die deutsche Wirtschaft ist allgemein in einer guten Verfassung. Die Unternehmen insgesamt sind international wettbewerbsfähig und solide finanziert. Zudem hat sich die Binnennachfrage nicht zuletzt dank des robusten Arbeitsmarktes als stabil erwiesen. Zwar bestehen geopolitische Konflikte fort, die Unsicherheit und die Risiken, die von ihnen ausgehen, werden von der Wirtschaft mittlerweile aber offenbar wieder geringer eingeschätzt. Hinzu kamen stimulierende Faktoren, wie vor allem der Rückgang der Ölpreise, der schwache Euro und die expansive Geldpolitik, die nicht zuletzt die Börsen beflügelt. Die

Stimmungsindikatoren haben sich daher wieder aufgehellt. Die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte sind positiv. Der milde Winter hat zu Jahresbeginn ebenfalls stützend gewirkt und der Bauwirtschaft Impulse verliehen. Insgesamt wird sich der Aufschwung im Frühjahr fortsetzen. Die relativ schwache Produktion des Verarbeitenden Gewerbes im Januar warnt allerdings davor, die Erwartungen zu hoch zu schrauben, denn das außenwirtschaftliche Umfeld ist nach wie vor schwierig.

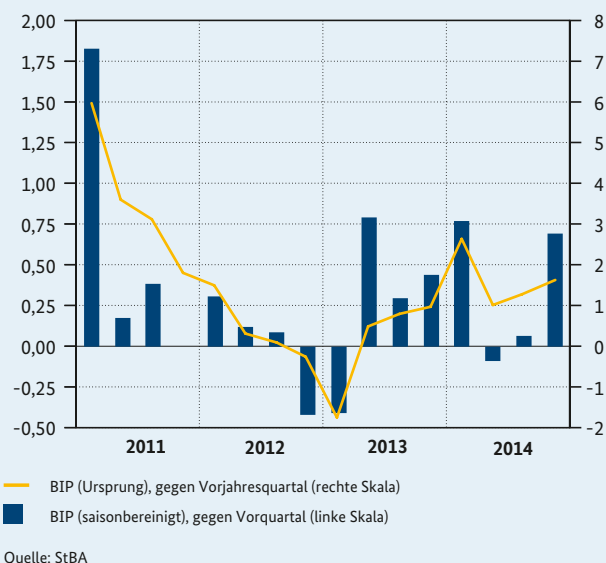
2. Produzierendes Gewerbe

Positive Industriekonjunktur setzt sich fort, wird aber im Januar durch Brückentage gedämpft.

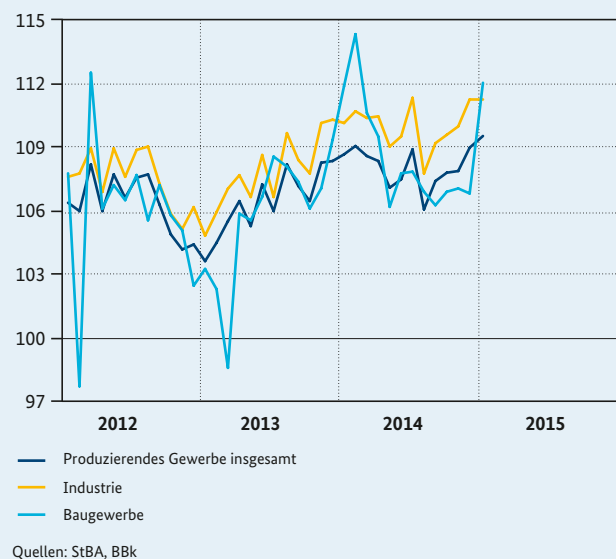
Entwicklung in der Baubranche stellt sich angesichts revidierter Daten besser dar.

Die Erholung im Produzierenden Gewerbe setzt sich fort. Im Januar stieg die Erzeugung um 0,6% und damit bereits den fünften Monat in Folge. Zudem stellt sich die Entwick-

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. März 2015 vorlagen.

³ Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

lung der letzten Monate etwas dynamischer dar als bisher angenommen, da das Dezemberergebnis deutlich von +0,1 % auf +1,0 % nach oben revidiert wurde. Insgesamt bleibt die Produktion im Produzierenden Gewerbe klar aufwärtsgerichtet.

Dies gilt auch für die Industrieproduktion. Im Januar blieb diese jedoch im Vergleich zum Vormonat unverändert. Dies liegt hauptsächlich an den Brückentagen nach Neujahr sowie – in einigen Bundesländern – vor dem Dreikönigstag, die nicht vollständig von der üblichen Kalenderbereinigung erfasst werden. Allerdings fiel die Produktion im Vormonat mit +1,2 % sehr viel kräftiger aus als die bisher veröffentlichten +0,5 %. Insgesamt zeigt sich damit weiterhin eine deutliche Aufwärtsbewegung. Im Durchschnitt der letzten drei Monate lag das Produktionsvolumen 1,8 % über dem der Vorperiode.

Industrie

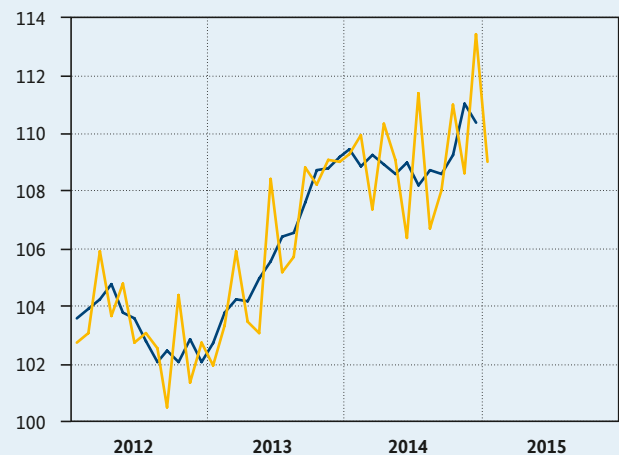
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
Produktion					
Insgesamt	-0,2	0,7	0,4	1,2	0,0
Vorleistungsgüter	-0,8	0,8	0,2	1,7	-0,4
Investitionsgüter	0,3	0,7	0,4	0,8	0,5
Konsumgüter	-0,5	0,9	0,5	1,3	-0,4
Umsätze					
Insgesamt	0,1	0,8	-0,3	0,9	1,2
Inland	-0,9	0,4	-0,1	1,7	0,0
Ausland	1,1	1,2	-0,4	0,1	2,4
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,1	2,1	-2,2	4,4	-3,9
Inland	-2,0	2,3	-4,5	5,1	-2,5
Ausland	1,7	2,0	-0,3	3,8	-4,8
Vorleistungsgüter	-1,1	2,3	-2,4	4,1	-3,8
Investitionsgüter	1,1	2,2	-2,4	5,4	-4,2
Konsumgüter	-1,7	1,2	2,2	-1,4	-0,6

Quellen: StBA, BBk

Im Januar wurde die Produktion von Investitionsgütern um 0,5 % ausgeweitet, während die Erzeugung der Vorleistungs- und Konsumgüterproduzenten um jeweils 0,4 % geringer ausfiel. Alle Bereiche blieben aber in der Tendenz klar aufwärtsgerichtet.

Auftragseingang in der Industrie (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



— Monate
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt

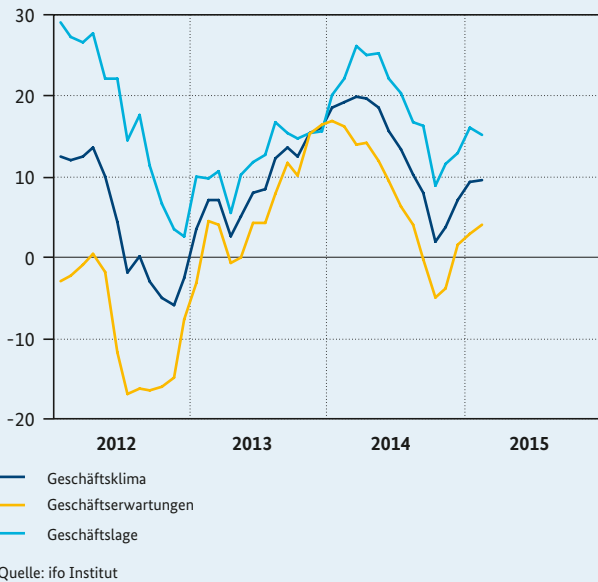
Quellen: StBA, BBk

Die Entwicklung der Industrieumsätze hat ebenfalls an Schwung gewonnen. Im Januar stiegen die Erlöse um 1,2 %, wobei der Anstieg im Bereich der Investitionsgüterindustrie besonders kräftig ausfiel. Im Dreimonatsvergleich legten die Gesamtumsätze um 1,5 % zu. Die Impulse kamen dabei sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland.

Bei der Bestelltätigkeit gab es nach dem starken Dezemberergebnis eine nicht unübliche Gegenbewegung: Im Januar ging das Volumen der Auftragseingänge recht deutlich um 3,9 % zurück. Dies war auch auf Großaufträge zurückzuführen, die im Gegensatz zum Vormonat vergleichsweise gering ausfielen. Der Rückprall machte sich vor allem im Bereich der Vorleistungs- und Investitionsgüter bemerkbar. Gleichwohl ändert dies nichts an der positiven Grundtendenz. Die Zwei- und Dreimonatsvergleiche zeigen weiterhin eine moderate Aufwärtsbewegung bei der Bestelltätigkeit an, die vor allem von einer steigenden Nachfrage aus dem Ausland, insbesondere aus dem Euroraum, profitiert.

Bei den Stimmungsindikatoren setzte sich die positive Entwicklung der letzten Monate fort. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe stieg im Februar erneut, der Anstieg fiel aber nach den vergangenen Anstiegen nur gering aus. Während sich die Erwartungen der befragten Unternehmen weiter aufhellten, wurde die aktuelle Situation etwas schlechter bewertet als noch im Januar. Insgesamt bewegt sich das Geschäftsklima aber auf einem überdurchschnitt-

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	3. Q.	4. Q.	Nov.	Dez.	Jan.
Insgesamt	-0,7	-0,1	0,2	-0,3	5,0
Bauhauptgewerbe	-0,1	1,3	0,7	1,2	1,0
Ausbaugewerbe	-1,4	-1,6	-0,4	-2,0	9,7

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	3. Q.	4. Q.	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	-2,4	-0,4	0,9	0,6	1,6
Hochbau	-1,7	4,8	4,8	-0,6	4,7
Wohnungsbau*	-10,6	15,9	7,1	-2,8	15,6
Gewerblicher*	7,2	-1,1	2,9	1,5	-3,0
Öffentlicher*	-7,3	-3,4	5,5	-1,1	2,5
Tiefbau	-3,2	-6,1	-3,8	2,0	-2,1
Straßenbau*	-4,4	-5,4	-3,4	3,3	-3,3
Gewerblicher*	-4,7	-3,0	-1,1	3,5	3,7
Öffentlicher*	0,4	-10,5	-7,1	-1,4	-8,1
Öffentlicher Bau insg.	-3,2	-6,9	-3,4	0,9	-4,1

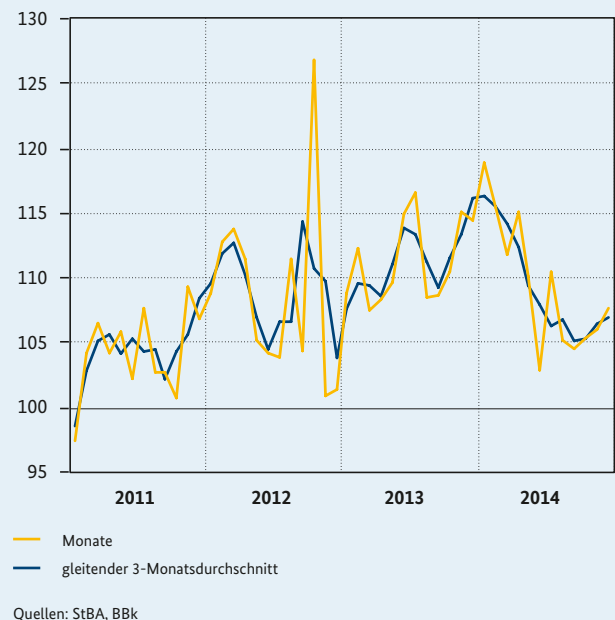
Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

lich hohen Niveau. Die ZEW-Konjunkturerwartungen stiegen im Februar den vierten Monat in Folge an und die Einschätzung der Einkaufsmanager verbesserte sich leicht.

Die Situation in der Baubranche stellt sich etwas besser dar als in den Vormonaten. Im Januar ist die Bauproduktion auch dank der milden Witterung kräftig um 5,0% gestiegen. Der Anteil der Unternehmen, die laut dem Ifo Konjunkturtest durch ungünstige Witterungsbedingungen behindert wurden, lag im Januar bei lediglich 19% und damit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von knapp 50%. Zudem wurden die Produktionsergebnisse für die Vormonate zum Teil spürbar nach oben revidiert, insbesondere im Hochbau und im Ausbaugewerbe. Demnach hatte die Bauproduktion im vierten Quartal 2014 nicht, wie zuvor gemeldet, um 1,0%, sondern lediglich um 0,1% abgenommen. Dies spricht dafür, dass die Schwächephase der Bauproduktion allmählich überwunden ist.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Darauf deutet auch die Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe hin. Im Dezember sind diese um 1,6% gestiegen und damit bereits den dritten Monat in Folge. Die deutlich rückläufige Entwicklung im vergangenen Jahr scheint damit beendet. Vor allem im Wohnungsbau stieg die Zahl der Neuaufträge im vierten Quartal wieder deutlich an. Die Auftragsreichweite ist seit etwa einhalb Jah-

ren leicht rückläufig, liegt mit 2,7 Monaten aber weiterhin deutlich über dem langfristigen Durchschnitt.

Die Stimmung in der Baubranche hat sich im Laufe des letzten Jahres etwas eingetrübt. Im Februar ist das ifo Geschäftsklima erneut leicht gesunken. Im historischen Vergleich bewegt sich der Index aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Dies zeigt, dass die Rahmenbedingungen für den Bau nach wie vor günstig sind. Das Zinsniveau ist äußerst niedrig und die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sind gut. Auch die Situation der öffentlichen Haushalte und die allgemeine konjunkturelle Erholung sprechen für eine Belebung im laufenden Jahr.

3. Privater Konsum

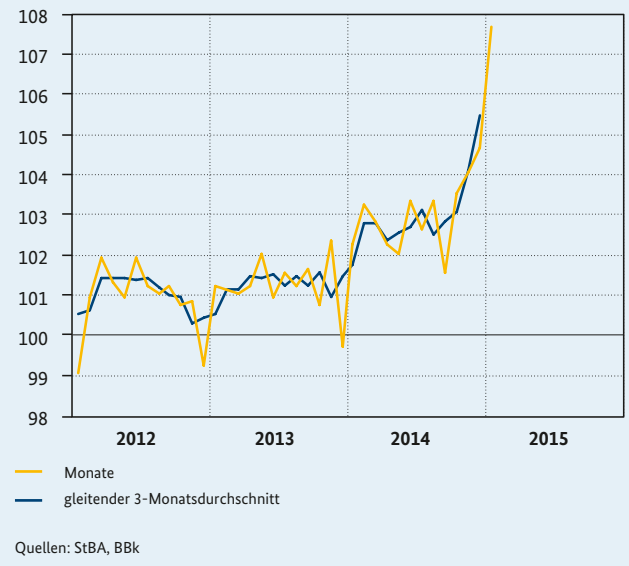
Die hohe Beschäftigung, steigende Einkommen und ein niedriges Zinsniveau stützen den privaten Konsum.

Die Anschaffungsneigung der Verbraucher erreicht den höchsten Wert seit dem Jahr 2006.

Der private Konsum hat sich in den vergangenen Quartalen als zentrale Stütze der deutschen Konjunktur erwiesen. Im letzten Jahr sind die privaten Konsumausgaben um real 1,2% gestiegen und haben damit merklich zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Die anhaltend günstige Situation am Arbeitsmarkt, verbunden mit einer soliden Einkommensentwicklung, führt zu einem deutlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen. Aufgrund der niedrigen Rohölpreise steigt das Verbraucherpreisniveau kaum an bzw. ist sogar rückläufig. Die privaten Haushalte verfügen gegenüber dem Vorjahr über einen deutlichen Gewinn an Kaufkraft. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) legten in den letzten Berichtsmonaten sehr kräftig zu. Aufgrund anhaltend günstiger Rahmenbedingungen rechnet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit einem beschleunigten Zuwachs der privaten Konsumausgaben im Jahr 2015 von 1,6%.

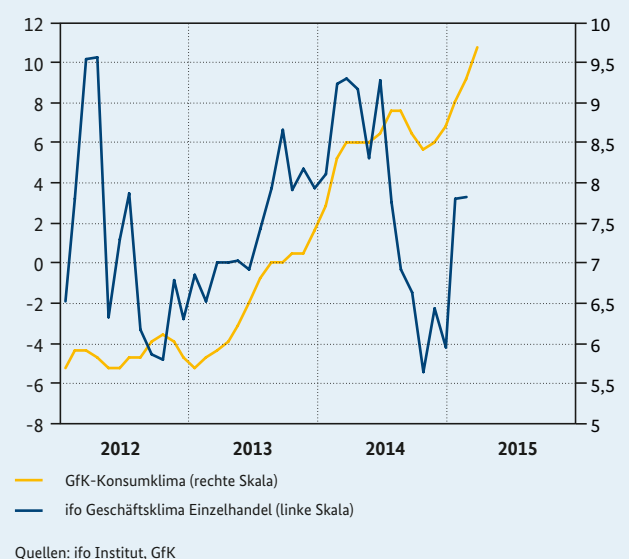
Die Umsätze im Einzelhandel nahmen preis- und saisonbereinigt seit Oktober 2014 vier Monate in Folge merklich zu. Im Januar konnten sie um 2,3% gegenüber dem Vormonat ausgeweitet werden. Bereinigt um die unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen lagen die preisbereinigten Einzelhandelsumsätze im Januar um 5,1% über dem entsprechenden Vorjahreswert. Neben Unterhaltungselektronik wurden unter anderem auch Möbel und Einrichtungsgegenstände beson-

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



ders stark nachgefragt. Auch der Absatz an Kraftstoffen lag aufgrund des stark gesunkenen Preisniveaus über dem Vorjahresniveau. Die Umsätze im Kfz-Handel, die allerdings auch gewerbliche Verkäufe einschließen, sind im Dreimonatsvergleich (Stand: Dezember) um 0,9% gestiegen. Die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen von privaten Haltern entwickelte sich im Januar – allerdings nach einem starken Dezember – eher schwach. Im Februar wurden jedoch saisonbereinigt 3,7% mehr Neufahrzeuge zugelassen als noch im Januar.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Die Stimmung im Einzelhandel hat sich in den vergangenen Monaten deutlich aufgehellt. Das ifo Geschäftsklima hat sich im Februar nach einem kräftigen Anstieg im Januar nochmals leicht verbessert. Das von der Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte Konsumklima kletterte im März auf seinen höchsten Wert seit 13 Jahren. Sowohl Einkommenserwartungen als auch die Konjunkturerwartungen der Befragten legten nochmals zu. Auch die Anschaffungsneigung der Verbraucher hat sich weiter verbessert. Sie erreichte fast die Rekordwerte vom Jahresende 2006 im Vorfeld der Anhebung des Umsatzsteuersatzes.

4. Außenwirtschaft

Aus- und Einfuhren entwickelten sich zu Jahresanfang schwächer.

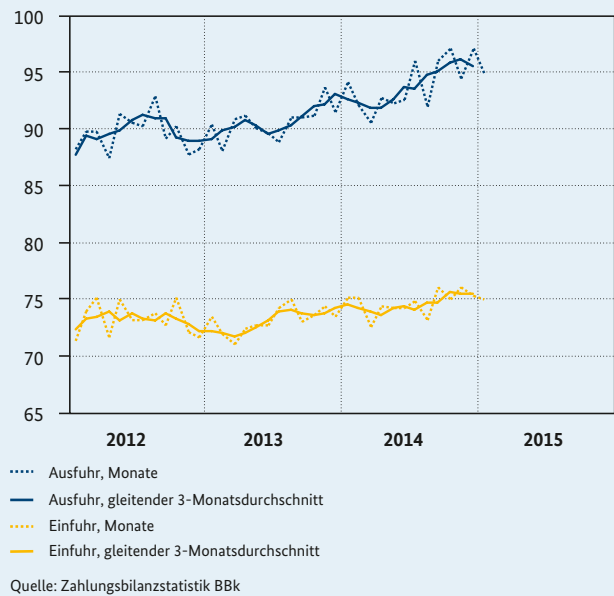
Die Perspektiven für den deutschen Außenhandel haben sich dennoch weiter aufgehellt.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Januar schwächer, nachdem er in den Vormonaten zum Teil kräftig zugelegt hatte, sodass die positive Grundtendenz erhalten blieb. Im Januar 2015 wurden saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen 2,1% weniger Waren als im Vormonat exportiert. Die Wareneinfuhren nahmen gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,3% ab. Im Dreimonatsvergleich sind aber sowohl die Auslandsumsätze als auch die Auslandsbestellungen spürbar gestiegen, wobei die stärksten Impulse aus den Ländern des Euroraums kamen. Für die kommenden Monate haben sich die Exporterwartungen der Unternehmen weiter aufgehellt. Dazu dürfte auch die Euroabwertung beigetragen haben, die zu einer spürbaren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit führt.

Im Januar gingen die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 1,5% gegenüber dem Vormonat zurück. Die Ausfuhrpreise nahmen im gleichen Zeitraum saisonbereinigt geringfügig um 0,3% zu. Nach dem kräftigen Zuwachs im Dezember waren die Ausfuhren im Januar damit auch in realer Rechnung leicht rückläufig.

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen im Januar saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen um 0,9% ab. Bedingt durch den starken Ölpreisrückgang sind die Einfuhrpreise nunmehr seit vier Monaten deutlich gesun-

Warenhandel
(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



ken, wobei der saisonbereinigte Rückgang im Januar mit -1,1% sehr deutlich war. In realer Rechnung dürfte es somit zu einem leichten Zuwachs der Einfuhren gekommen sein.

Im Handel mit Waren und Dienstleistungen ergab sich nominal im Januar ein positiver Saldo von saisonbereinigt 17,2 Mrd. Euro, nach 18,1 Mrd. Euro im Dezember. Die Leistungsbilanz, die zusätzlich die Salden der Primär- und

Außenhandel*

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,8	1,5	-2,6	2,6	-1,5
Einfuhr	0,9	1,5	0,7	-0,8	-0,9
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,4	5,3	1,6	10,0	-0,6
Eurozone	4,2	3,5	2,8	5,8	-2,8
EU Nicht-Eurozone	10,3	10,5	9,2	16,5	3,0
Drittländer	4,1	4,4	-3,0	10,5	-0,5
Einfuhr	2,1	2,2	1,9	4,1	-2,3
Eurozone	3,0	1,7	3,8	1,0	-4,5
EU Nicht-Eurozone	5,6	4,5	2,7	8,4	1,4
Drittländer	-0,9	1,4	-1,0	5,9	-1,5

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Sekundäreinkommen enthält, schloss im Januar mit einem saisonbereinigten Überschuss von 22,2 Mrd. Euro ab, nach 20,4 Mrd. Euro im Dezember. Die Erhöhung des Leistungsbilanzüberschusses resultiert vor allem aus dem markanten Rückgang der Rohölpreise und einem Anstieg des Saldos der Einnahmen und Ausgaben der Primäreinkommen.

Perspektivisch blicken die deutschen Unternehmen zuversichtlich auf das Auslandsgeschäft. Zwar gingen die Bestellungen im Januar nach einem guten Jahresabschluss deutlich zurück, allerdings haben sich die Exporterwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen den fünften Monat in Folge verbessert. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar dürfte die deutschen Ausfuhren weiterhin stärken.

5. Arbeitsmarkt

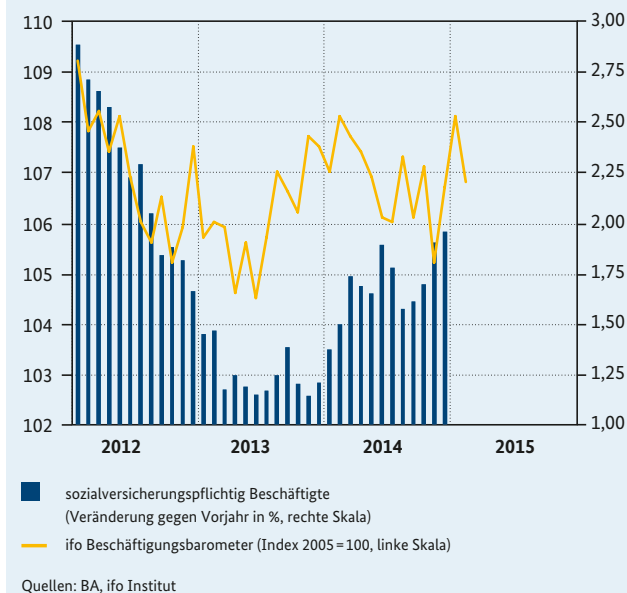
Unterstützt durch die konjunkturelle Belebung und den milden Winter nimmt die Beschäftigung saisonbereinigt kräftig zu und die Arbeitslosigkeit sinkt spürbar.

Nach einer konjunkturell bedingt etwas ruhigeren Entwicklung im letzten Sommerhalbjahr befindet sich der Arbeitsmarkt wieder im Aufwind. Die konjunkturelle Belebung im

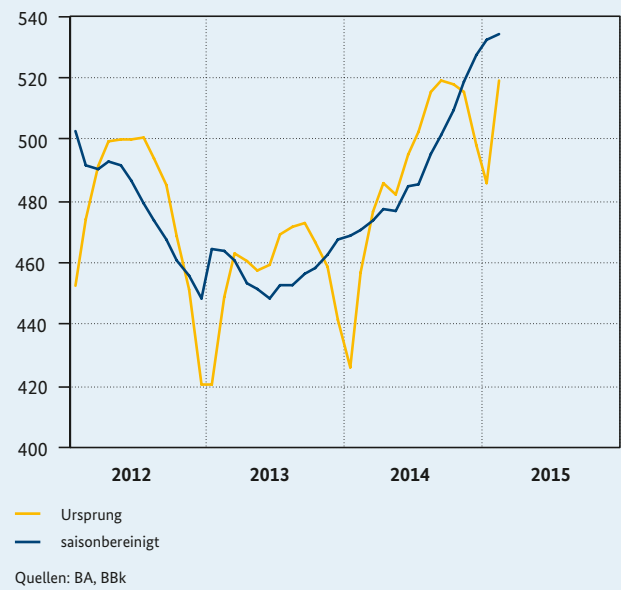
vierten Quartal und der milde Winter gaben dem Arbeitsmarkt Impulse. Saisonbereinigt nahm die Beschäftigung weiter zu und die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück. Die Indikatoren lassen für die nächsten Monate eine Fortsetzung der positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt erwarten.

Die Frühindikatoren haben sich im Februar unterschiedlich entwickelt, fallen aber insgesamt positiv aus. Das ifo Beschäftigungsbarometer bewegt sich trotz leichtem Rückgang deutlich über seinem langfristigen Durchschnittswert. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) blieb unverändert. Die Arbeitsagenturen rechnen demnach weiterhin mit einem Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)

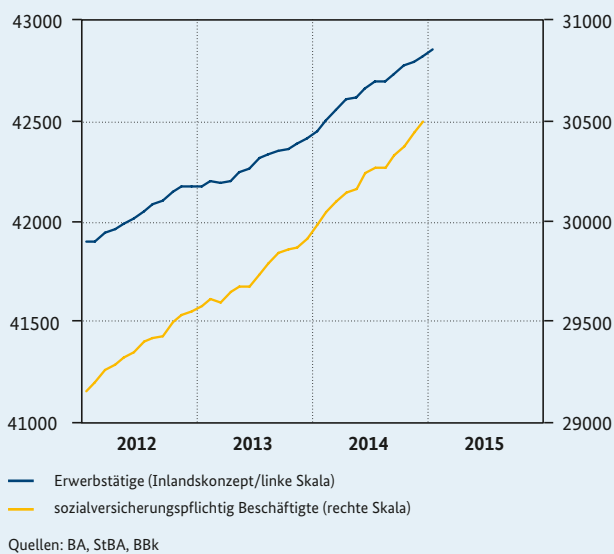


Die Zahl der offenen Stellen entwickelt sich weiter günstig. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im Februar saisonbereinigt weiter leicht. Nicht saisonbereinigt war ein Bestand von knapp 519.000 Stellen gemeldet, 63.000 mehr als vor einem Jahr. Ein Teil der Zunahme an offenen Stellen ist allerdings auch auf normale Fluktuation bei knapperem Kräfteangebot und auf die zunehmende Bedeutung flexibler Beschäftigungsformen zurückzuführen.

Die Erwerbstätigkeit im Inland ging im Dezember und Januar aus jahreszeitlichen Gründen auf 42,5 Mio. Personen zurück.

Saisonbereinigt setzte sie ihren Aufwärtstrend aber fort und erhöhte sich im Januar um 42.000 Personen, nach einem Anstieg um 25.000 im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich ihre Zahl um 408.000 Personen (Ursprungszahl).

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,860	2,738	2,764	3,032	3,017
gg. Vorjahr in 1.000	-43	-89	-110	-104	-121
gg. Vorperiode in 1.000*	2	-38	-26	-10	-20
Arbeitslosenquote	6,6	6,3	6,4	7,0	6,9

Erwerbstätige (Inland)

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio.	42,9	43,0	43,1	42,9	42,5
gg. Vorjahr in 1.000	376	412	411	404	408
gg. Vorperiode in 1.000*	80	88	15	25	42

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio.	30,4	30,6	30,7	30,7	30,5
gg. Vorjahr in 1.000	241	266	511	573	584
gg. Vorperiode in 1.000*	105	153	46	73	57

Quellen: BA, StBA, BBk

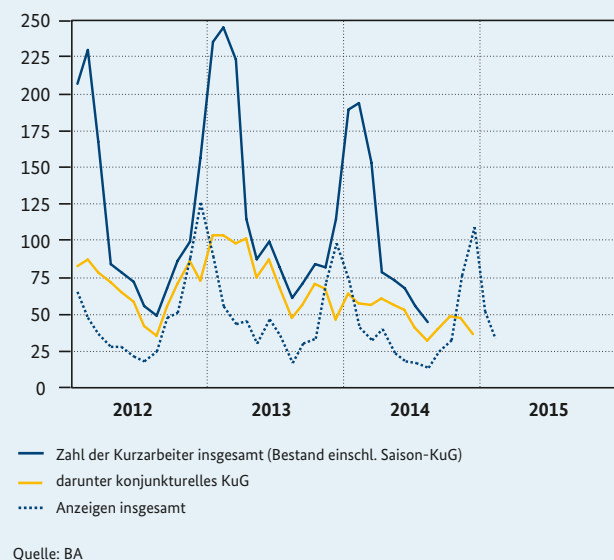
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit wird weiterhin durch einen Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Im Dezember – neuere Daten liegen nicht vor – ist diese saisonbereinigt kräftig um 57.000 Personen angestiegen. Insgesamt gingen 30,5 Mio. Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, 584.000 mehr als vor einem Jahr.

Dabei hatte der überwiegende Teil aller Branchen auf Jahresfrist Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen. Den absolut stärksten Anstieg gegenüber dem Vorjahr verbuchte im Dezember die Immobilienbranche zusammen mit den technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungen (+101.000). Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Beschäftigung um 78.000 und im Bereich Heime und Sozialwesen um 68.000.

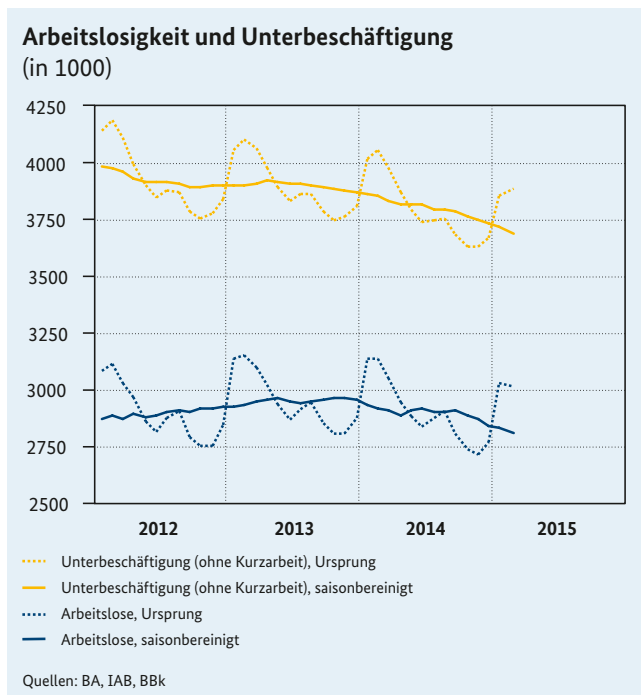
Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit spielt nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Im Dezember erhielten nach vorläufigen Daten 36.000 Personen konjunkturelles Kurzarbeitergeld, dies waren weniger als vor einem Jahr. Die Zahl neuer Anzeigen für konjunkturelle Kurzarbeit lag im Februar bei 20.000 Personen und blieb damit weiterhin unauffällig.

Kurzarbeit und Anzeigen (in 1000)

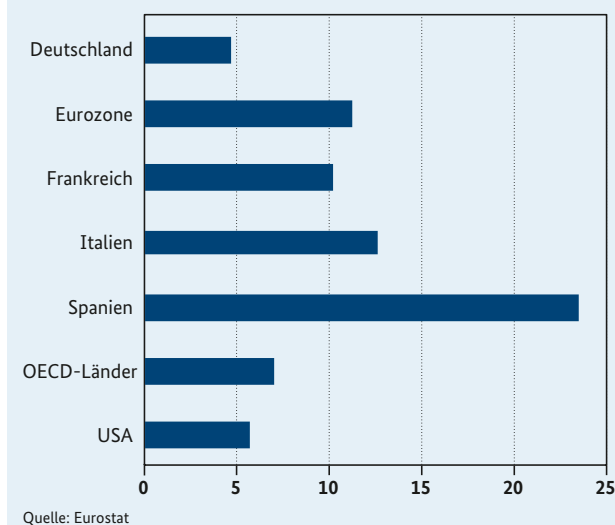


Unterstützt durch die Konjunktur und den milden Winter ist die registrierte Arbeitslosigkeit im Februar saisonbereinigt weiter um 20.000 Personen gesunken. Auch nach Ur-

sprungszahlen ging sie etwas saisonuntypisch um knapp 15.000 auf 3,017 Mio. Personen zurück. Der Vorjahresstand wurde um 121.000 Personen unterschritten. Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 6,9%. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug im Februar 1,06 Mio. Personen, 40.000 weniger als vor einem Jahr.



Internationale Erwerbslosenquoten
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Januar 2015)



Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote sank im Januar auf 4,7% (Vormonat: 4,8%). Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer. Innerhalb der EU ist Deutschland sogar das Land mit der niedrigsten Erwerbslosenquote (Stand: Dezember).

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im Februar bei 3,89 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung stärker als die Arbeitslosigkeit um 173.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 19.000 ab und setzte damit ihre günstige Entwicklung fort.

Die Beschäftigung entwickelt sich in der Tendenz weiterhin günstiger als die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung. Hierzu trägt bei, dass die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf das Erwerbspersonenpotenzial gegenwärtig vor allem durch Zuwanderung und eine gestiegene Erwerbsneigung überkompensiert werden. Das IAB geht in seiner Prognose vom September 2014 von einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2015 um 118.000 auf 45,9 Mio. Personen aus. Dies dämpft den Abbau der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus werden mit dem fortgeschrittenen Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen.

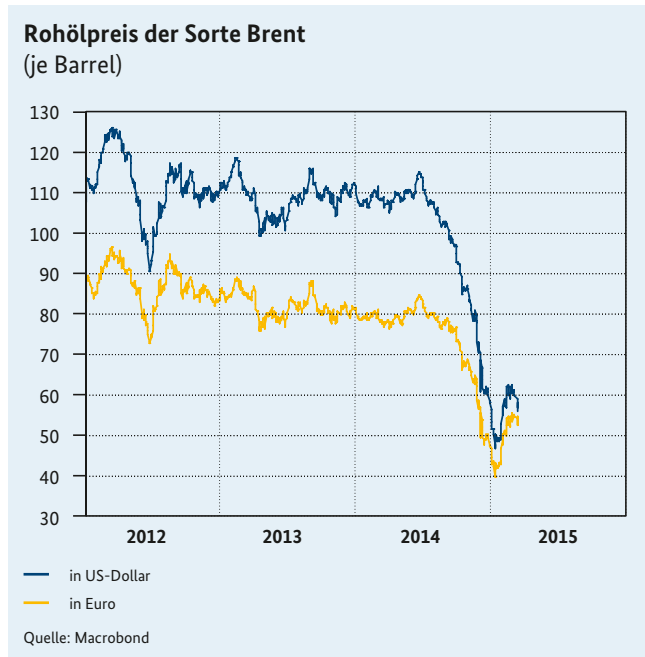
6. Preise

Die niedrigeren Rohölpreise prägen die Preisentwicklung weiterhin stark.

Die Verbraucherpreise sind leicht aufwärtsgerichtet.

Der Rückgang der Verbraucherpreise im Januar war lediglich eine Momentaufnahme. Im Februar lagen die Verbraucherpreise wieder leicht über dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung ist nach wie vor stark vom gesunkenen Niveau des Rohölpreises geprägt. Bis Anfang März pendelte der Ölpreis der Sorte Brent um die 60 US-Dollar-Marke je Barrel und lag damit rund 15 US-Dollar höher als zu Beginn des Jahres. Zuletzt schwächte er sich jedoch wieder etwas ab. Gegenüber den Höchstständen im Juni des Vorjahres

hat Rohöl ca. die Hälfte an Wert eingebüßt. In Euro gerechnet wird der Rückgang durch die Wechselkursentwicklung etwas gebremst, beträgt aber immer noch rund 40%. Nach wie vor besteht ein Überangebot am Rohölmarkt.



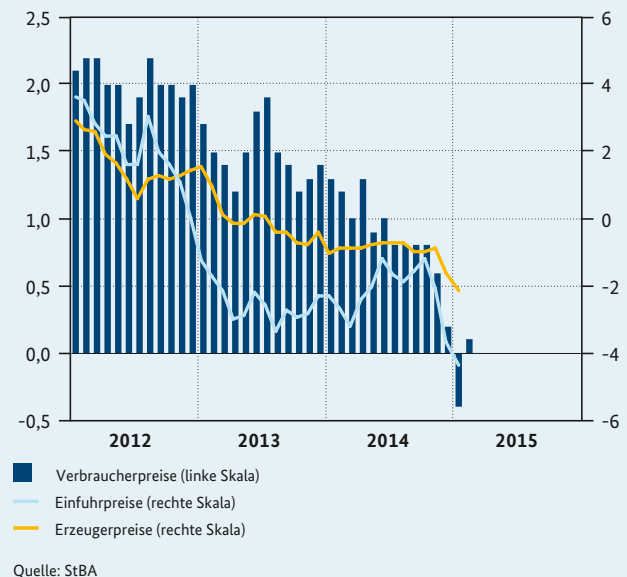
Der Rückgang der Einfuhrpreise setzte sich auch zu Jahresbeginn weiter fort. Im Vergleich zum Vormonat verringerten sich die Importpreise um 0,8%. Die Jahresrate fiel spürbar auf -4,4%. Den Ausschlag dafür gab maßgeblich der beschleunigte Rückgang bei den Einfuhrpreisen für Energie. Insbesondere Rohöl verbilligte sich im Vorjahresvergleich (-47,9%), aber auch Mineralölerzeugnisse (-37,5%) und Erdgas (-13,6%) lagen deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die Einfuhren ohne Energie verteuerten sich dagegen im Januar um 0,8% im Vergleich zum Dezember und um 1,3% im Vorjahresvergleich.

Die Ausführpreise erhöhten sich im Januar gegenüber dem Dezember um 0,5%. Auch gegenüber dem Vorjahr sind die Preise für Exportwaren angestiegen (+0,4%). Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) hat sich aufgrund der stark rückläufigen Importpreise weiter verbessert und lag im Januar um 5,0% über dem Vorjahreswert.

Die industriellen Erzeugerpreise sind im Januar gegenüber dem Dezember nochmals um 0,6% gesunken. Dabei beein-

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



flusste der Rückgang bei den Energiepreisen die Entwicklung des Gesamtindex besonders stark. Die Preise für Mineralölerzeugnisse verringerten sich merklich um 6,9% gegenüber dem Vormonat bzw. um 20,4% gegenüber dem Vorjahresmonat und sanken damit auf das Preisniveau vom Dezember 2009 ab. Im Vergleich zum Januar 2014 reduzierten sich die Preise für Industrieprodukte um 2,2%.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Jan.	Feb.	Jan.	Feb.
Insgesamt	-1,1	0,9	-0,4	0,1
Nahrungsmittel	0,5	0,8	-1,3	-0,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-5,2	4,1	-0,5	1,1
Pauschalreisen	-19,5	16,3	-3,1	2,2
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,5	0,3	2,5	2,5
Energie	-3,2	2,1	-9,0	-7,3
Haushaltsenergie	-2,0	1,4	-5,7	-4,6
Strom	-0,5	-0,1	0,2	-0,1
Gas	-0,2	0,0	-1,5	-1,3
Heizöl	-12,3	13,6	-30,8	-22,0
Kraftstoffe	-5,8	3,7	-15,4	-12,7
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,4	0,6	-	-

Quellen: StBA, BkK

Bei den Verbraucherpreisen gab es im Februar eine spürbare Gegenbewegung zum Rückgang im Januar. Sie stiegen von Januar auf Februar deutlich stärker als jahreszeitlich üblich um 0,9 %. Bei den Energiepreisen hat sich die rückläufige Entwicklung der letzten Monate nicht fortgesetzt. Sie erhöhten sich im Februar um 2,1 % zum Vormonat. Daneben gab es saisonbedingt deutliche Steigerungen bei den Preisen für Pauschalreisen (+16,3 %). Mit einem Anstieg des Preisniveaus von 0,1 % lag die Jahresteuersatzrate wieder im positiven Bereich, nachdem die Verbraucherpreise im Vormonat kurzfristig sogar unter das Vorjahresniveau gesunken waren. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) erhöhte sich auf 1,2 %.

Die Bundesregierung rechnet im weiteren Jahresverlauf mit einem moderaten Anstieg der Verbraucherpreise, wobei die gesunkenen Rohölpreise merklich dämpfend auf den Preisniveaustieg wirken.

7. Monetäre Entwicklung

Anleihekaufprogramm senkt Zinsniveau auf historische Tiefststände.

Der Euro wertet weiter gegenüber dem US-Dollar ab.

Angesichts der zögerlichen konjunkturellen Erholung im Euroraum bleibt die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) expansiv. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seit September 2014 bei 0,05 %, der Einlagenzins mit -0,20 % im negativen Bereich. Im Rahmen der neuen EZB-Programme wurde der Markt zudem mit Liquidität versorgt. Bis Mitte März wurden gedeckte Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities im Wert von gut 60 Mrd. Euro aufgekauft.⁴ Im letzten Dezember wurde außerdem die zweite gezielte längerfristige Refinanzierungsoperation (TLTRO) durchgeführt, wodurch den Geschäftsbanken im Euroraum zusätzliche Liquidität in Höhe von knapp 130 Mrd. Euro für einen Zeitraum von fast vier Jahren bereitgestellt wurde. Die EZB-Bilanz stieg zwischenzeitlich auf über 2,2 Bio. Euro, ging anschließend aber wieder etwas zurück und lag zuletzt bei 2,13 Bio. Euro (13. März). Insgesamt konnte die EZB ihre Bilanz damit seit letztem Herbst um gut 7 % ausweiten. Die EZB begann am 9. März damit,

europäische Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt zu kaufen. Einschließlich der oben genannten Programme wird ein monatliches Ankaufvolumen von 60 Mrd. Euro angestrebt. Die Staatsanleihekäufe erfolgen zu 80 % über die nationalen Notenbanken. Griechische Staatsanleihen sind von dem Anleihekaufprogramm ausgenommen und werden seitens der EZB nicht mehr als Sicherheiten anerkannt. Die Liquidität der griechischen Banken soll bis auf Weiteres durch Notfalkredite der nationalen Notenbank (ELA-Kredite) sichergestellt werden.

EZB Bilanzsumme
(in Billionen Euro)



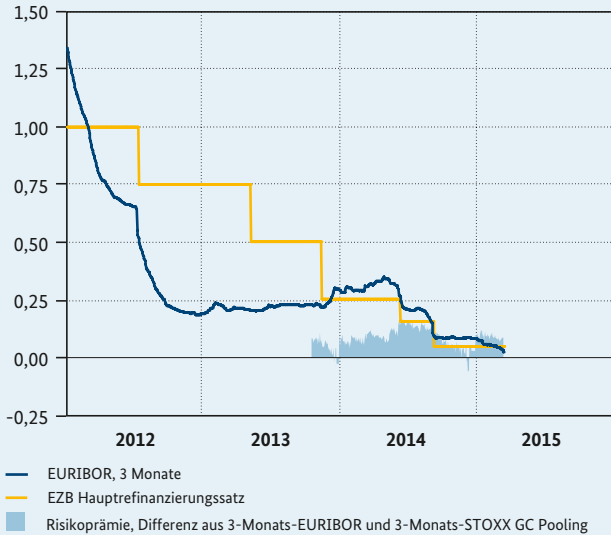
Quellen: EZB, Macrobond

Auch die US-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Bereits seit Ende 2008 liegt der Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25 %. Jedoch macht die positive konjunkturelle Entwicklung eine Normalisierung der Geldpolitik zunehmend wahrscheinlicher. Die Mitglieder des Offenmarktausschusses rechnen mehrheitlich mit einem Zinsanstieg im Laufe des Jahres. Bereits im Oktober endete das Wertpapierankaufprogramm. Seit 2008 wurde die Zentralbankbilanz im Rahmen einer umfangreichen quantitativen Lockerung auf 4,5 Bio. US-Dollar ausgeweitet und damit mehr als vervierfacht. Im Zuge der schrittweisen Normalisierung hat sich die Bilanz der Zentralbank seit Beginn dieses Jahres nicht weiter erhöht.

⁴ Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und dem dritten Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3) am 13. März 2015 in der EZB-Bilanz enthalten waren.

Geldmarktsätze in der Eurozone

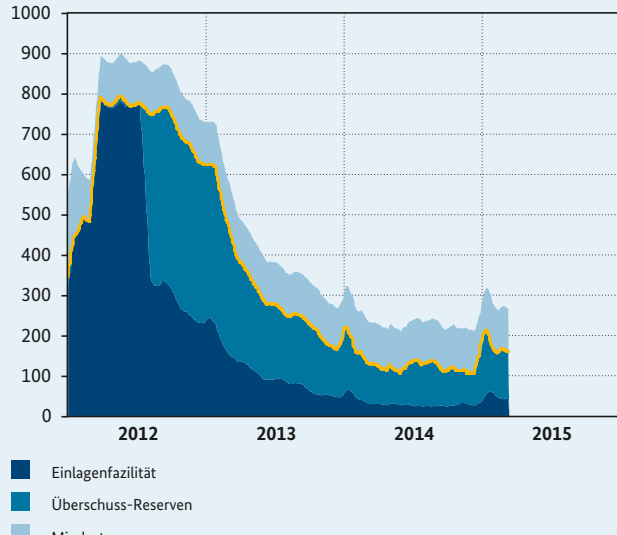
(in %)



Quelle: Macrobond

Liquidität im Eurobankensystem

(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Quellen: EZB, Macrobond

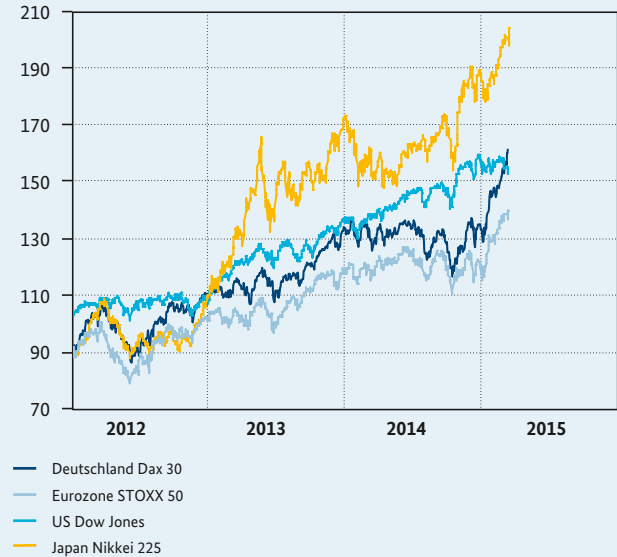
Der europäische Interbankenmarkt hat sich etwas erholt. Die Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten ist bei leichten Schwankungen seit etwa einem Jahr relativ stabil. Auch der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankenkredite hat sich leicht verringert und lag zuletzt knapp unter 5 Basispunkten. Die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität der Banken hat sich nach dem Anstieg Ende 2014 wieder auf ein Niveau von 165 Mrd. Euro im Februar verringert. Die negativen Einlagezinsen für Geschäftsbanken dürften zunehmend die Bereitschaft der Banken einschränken, Liquidität bei der EZB vorzuhalten.

Die europäischen Aktienmärkte haben sich im Berichtszeitraum recht dynamisch entwickelt. Der europäische STOXX 600 nahm kräftig um 5,8%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum um 7,0% zu. Der deutsche DAX 30 konnte ebenfalls um 9,0% zulegen. An den internationalen Märkten stieg der japanische Nikkei-Index um 7,1%. Der US-amerikanische S&P 500 nahm hingegen um 1,7% ab.

Der Euro hat im Vergleich zur US-Währung noch einmal an Wert verloren und notiert aktuell so niedrig wie seit Ende 2003 nicht mehr. Mitte März lag er bei 1,05 US-Dollar pro Euro. Im Frühjahr 2014 hatte der Wert noch knapp 1,40 US-Dollar betragen. Auch gegenüber dem japanischen Yen hat der Euro seit Anfang Januar um ca. 10 % abgewertet.

Aktienindizes

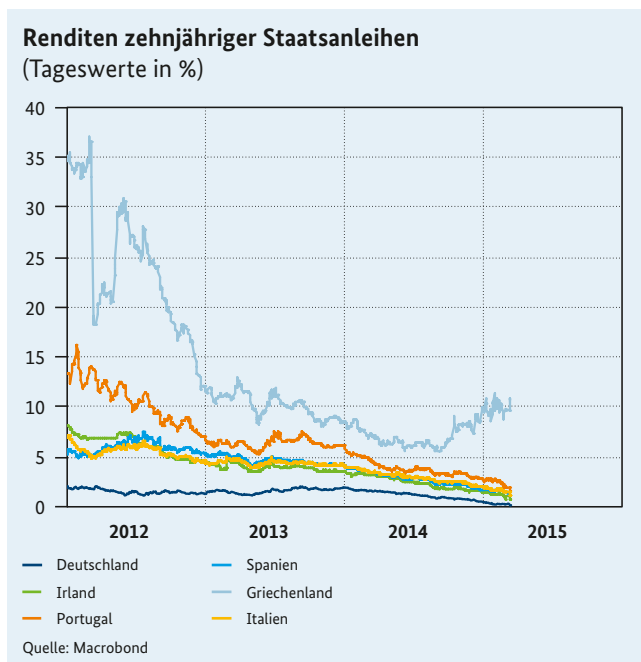
(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



Quellen: Macrobond, eigene Berechnung

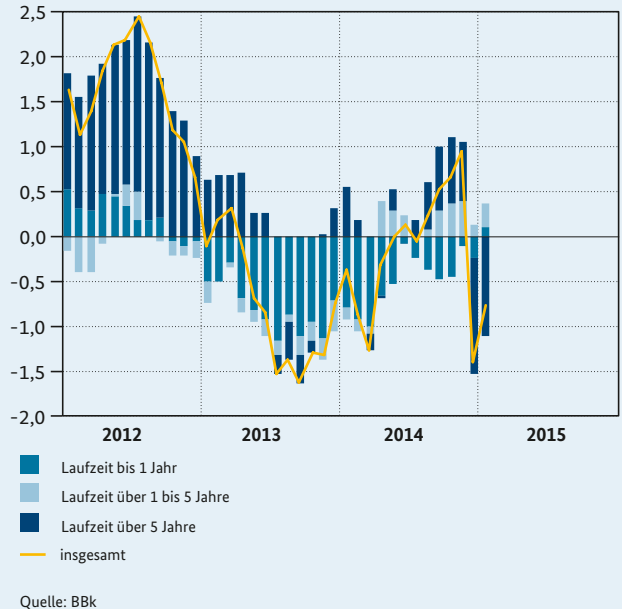
Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen haben sich in den meisten europäischen Staaten weiter verringert, nicht zuletzt aufgrund des Ankaufprogramms der EZB. In

Deutschland haben die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen zwischenzeitlich ein Rekordtief von 0,2% erreicht. Die Renditen griechischer Staatsanleihen sind dagegen angesichts der unvorhersehbaren politischen Entwicklung angestiegen und liegen nun nahe bei 11%. Dies ist ein Vielfaches dessen, was andere Staaten wie Portugal (1,6%), Spanien (1,2%) oder Italien (1,2%) für die Aufnahme von Staatsschulden leisten müssen. Die Zinsniveaus dieser Staaten sind auf historische Tiefststände gefallen.



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im Januar 0,8% unter dem Niveau des Vorjahres. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen auf Jahresfrist um 1,6% zu. Wichtigste Triebfeder war hierbei die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,0%).

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum hat sich weiter beschleunigt. Im Januar stieg die Jahresrate auf 4,1% und damit den höchsten Wert seit über zwei Jahren. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 9,0% gestiegen ist. Dies spiegelt die Liquiditätspräferenz und die geringen Kosten der Geldhaltung aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wider. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau bleibt die monetäre Dynamik aber dennoch verhalten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

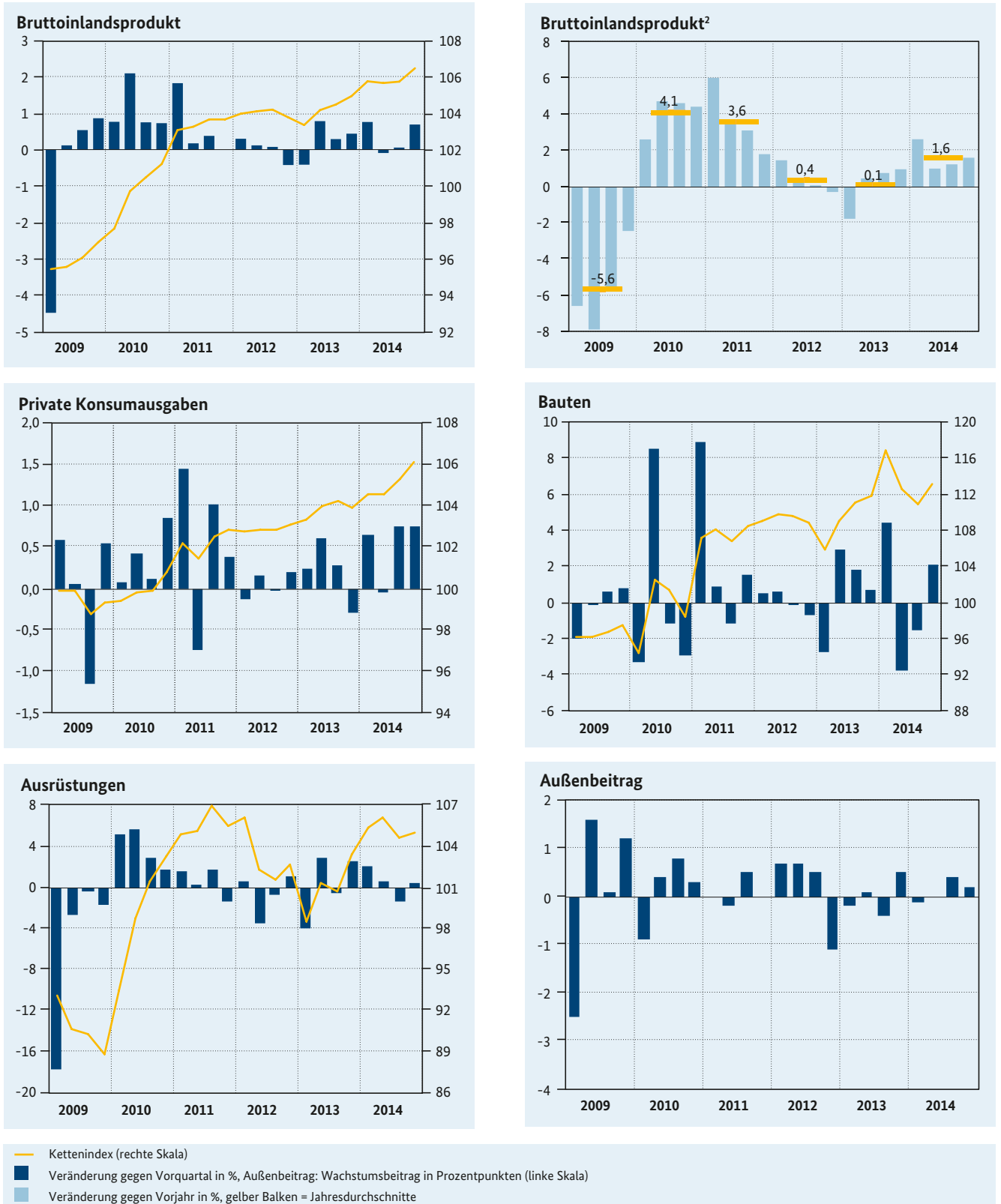
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2012			2013				2014			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7
Inländische Verwendung	- 0,6	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	0,0	+ 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 0,5
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,6	0,0	+ 0,8	+ 0,8
Konsumausgaben des Staates	+ 0,7	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,8	- 0,2	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 3,0	- 1,7	- 1,2	+ 1,2
Ausrüstungen	- 3,5	- 0,7	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	- 1,4	+ 0,4
Bauten	+ 0,6	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,5	- 3,7	- 1,5	+ 2,1
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Exporte	+ 1,2	+ 1,0	- 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,7	- 0,4	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,3
Importe	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,7	- 0,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,6	- 0,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 0,5
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2	+ 0,2
Ausrüstungen	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1	0,0
Bauten	+ 0,1	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,6	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,6	- 0,2
Außenbeitrag	+ 0,7	+ 0,5	- 1,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 0,5	- 0,1	0,0	+ 0,4	+ 0,2
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %⁶											
							2013	2014			
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,0
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 3,4	+ 1,2	+ 9,1	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,8
Ausrüstungen	-21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 4,3	+ 0,1	+ 7,9	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,4
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 3,6	+ 2,2	+13,2	+ 1,5	- 0,1	+ 1,8
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,9	+ 4,3	+ 3,9	+ 2,2	+ 4,6	+ 4,7
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,4	+ 4,9	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2012			2013			2014				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	0,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,4	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,5
Baugewerbe	+ 0,2	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 4,0	- 3,1	- 1,5	+ 2,9
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,3	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,4	- 0,7	+ 0,2	+ 0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 2,5	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,1	- 2,3	+ 0,3	+ 0,4
Unternehmensdienstleister	- 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,1	+ 0,9

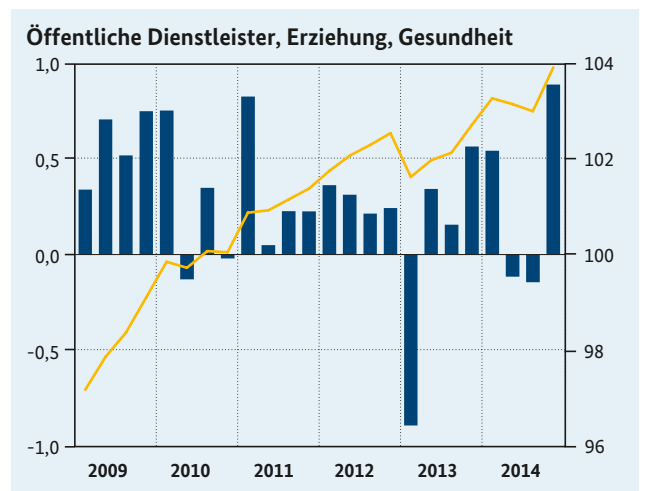
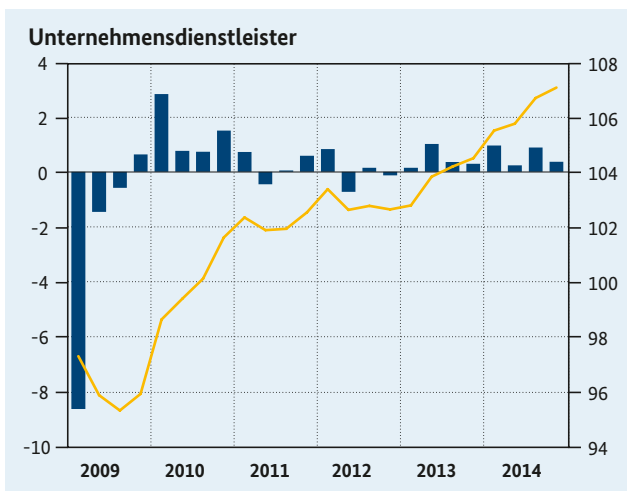
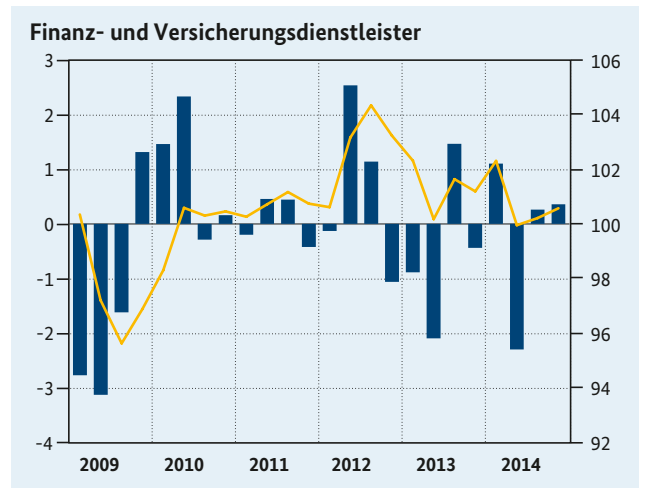
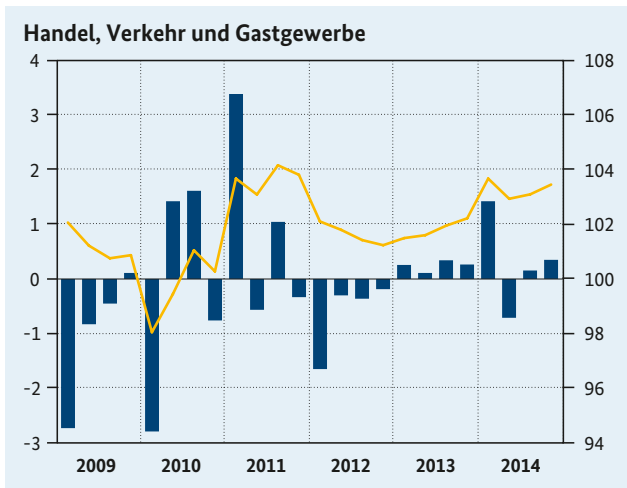
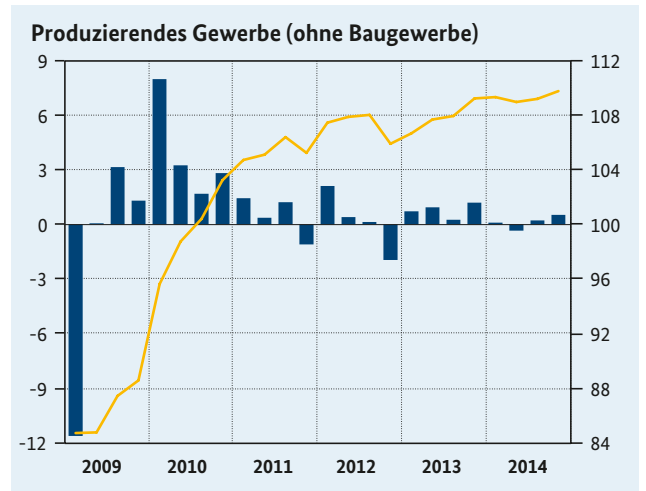
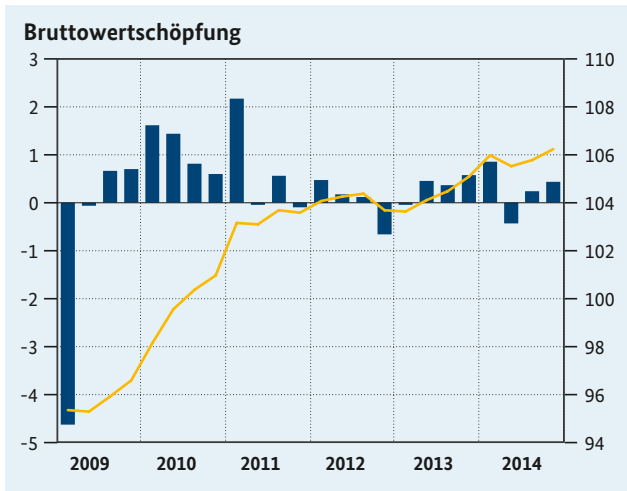
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2013						2014				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
Arbeitsvolumen ⁴	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,5	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,7
Arbeitsproduktivität ⁵	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3
Lohnstückkosten ⁷	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,7
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,2
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	03/2015	+ 1,9	+ 1,7
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2015	+ 1,8	+ 2,0
IWH/KE	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	03/2015	+ 2,0	+ 1,6
EU	Europäische Kommission	02/2015	+ 1,5	+ 2,0
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2015	+ 1,5	-
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2015	+ 1,3	+ 1,5
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,4	+ 1,7
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰	11/2014	+ 1,3	+ 1,9
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2014	+ 1,2	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; 10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

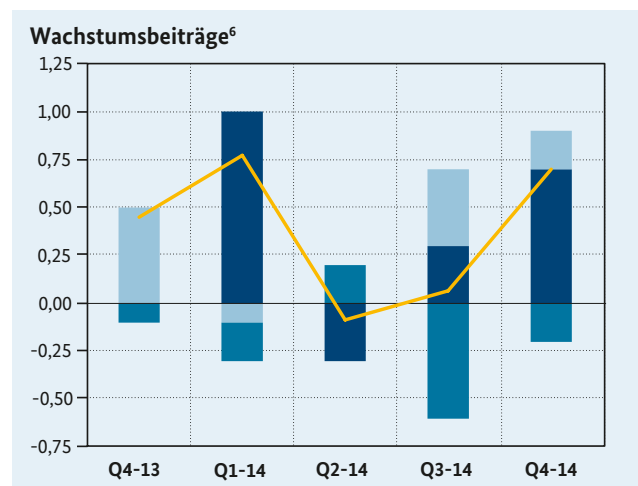
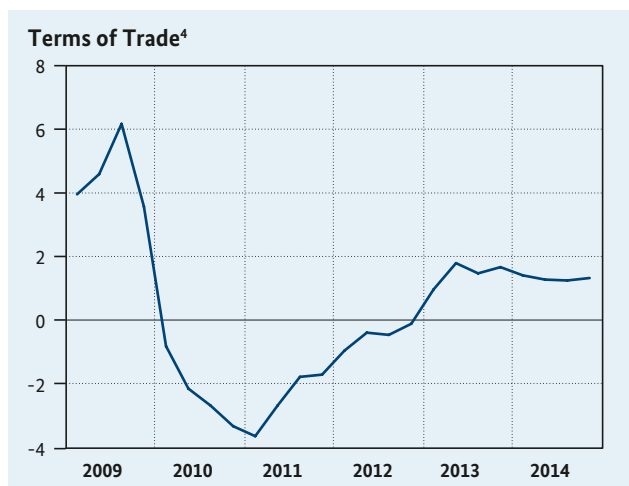
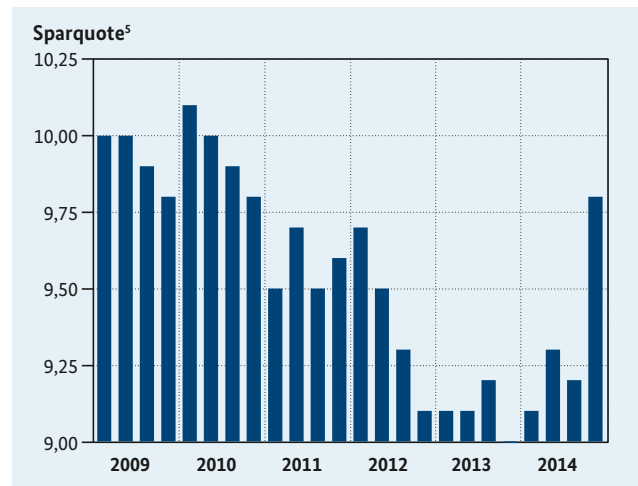
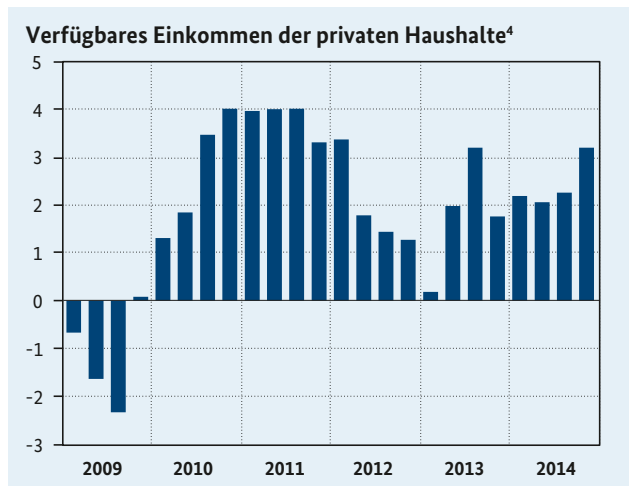
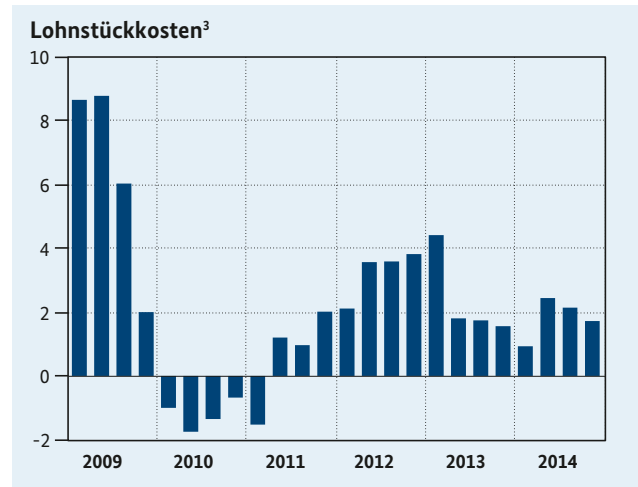
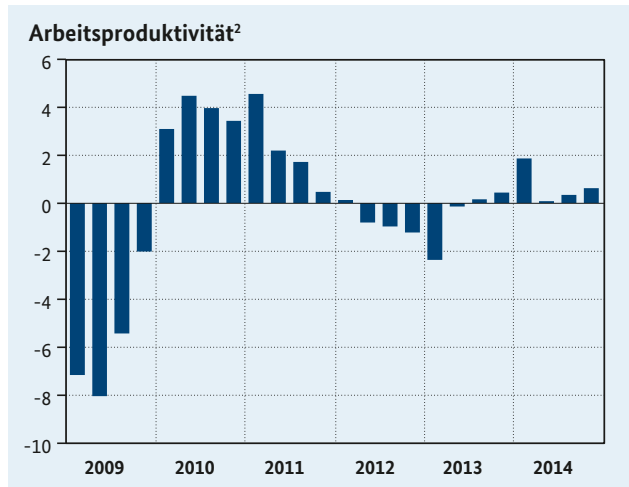


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2012				2013				2014					
	2011	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.		
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gegen Vorperiode in %																	
Deutschland	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7		
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,6	- 0,8	- 0,5	+ 0,9	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3		
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,7	- 0,5	0,0	+ 1,3	- 0,1	- 0,2	0,0	- 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4		
Japan	- 0,5	+ 1,8	+ 1,6	0,0	+ 1,1	- 0,4	- 0,5	- 0,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,4	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	- 0,7	+ 0,4		
USA	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5		
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5		
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴																	
Deutschland	+ 6,1	+ 6,9	+ 6,6	+ 7,8	+ 6,5	+ 7,0	+ 7,4	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,1	+ 8,4	+ 8,2		
Eurozone (EZ 19) ²	+ 0,1	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3		
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,7	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,6	- 0,5	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9		
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5		
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,3	-	- 3,1	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 2,4	- 2,3	- 2,3	-		
China	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3		
					2014												2015	
	2012	2013	2014	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.		
Arbeitslosenquoten⁵	in %																	
Deutschland	5,4	5,2	5,0	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8	4,7	-		
Eurozone (EZ 19) ²	11,3	12,0	11,6	11,8	11,7	11,6	11,6	11,6	11,6	11,5	11,5	11,5	11,5	11,3	11,2	-		
Europäische Union (EU 28) ³	10,5	10,8	10,2	10,5	10,4	10,3	10,3	10,2	10,2	10,1	10,0	10,0	10,0	9,9	9,8	-		
Japan	4,3	4,0	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,7	3,7	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	3,6	-		
USA	8,1	7,4	6,2	6,7	6,6	6,2	6,3	6,1	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5		
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-		
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %																	
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	- 0,1		
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3		
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	-		
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	-		
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	-		
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4		

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

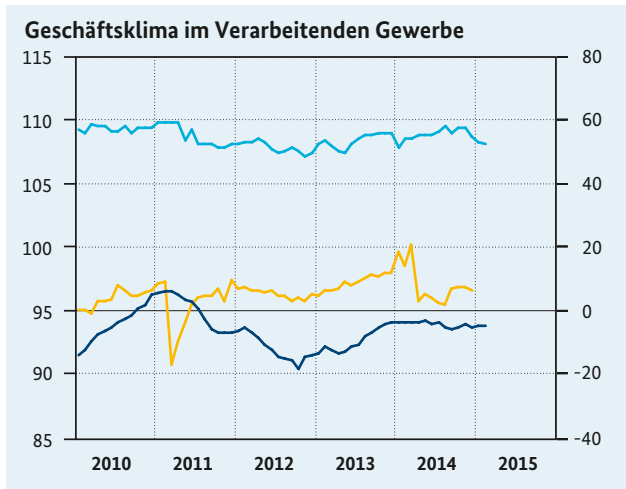
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2014				2015						
	2012	2013	2014	2. Vj.	3.Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	
Welt														
OECD & major six CLI ¹	99,8	99,9	99,9	99,8	99,8	99,9	-	99,9	99,9	99,9	100,0	-	-	
CPB Welt Industrieproduktion ²	119,3	122,1	126,2	125,7	126,4	127,6	-	127,1	127,7	128,1	-	-	-	
CPB Welthandel ²	128,2	131,6	136,0	134,5	137,1	138,7	-	138,8	138,0	139,2	-	-	-	
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	5039	4759	3936	-	4202	3743	3233	2990	3184	-	
Eurozone														
Vertrauensindikator für die Industrie ³	-11,7	-9,3	-4,2	-3,6	-4,8	-4,8	-	-5,0	-4,3	-5,2	-4,8	-4,7	-	
Industrieproduktion ⁴	102,0	101,3	103,0	102,9	102,6	103,2	-	102,9	103,2	103,5	103,2	-	-	
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	2,2	1,8	1,5	-	1,6	1,5	1,3	1,1	1,1	-	
Konsumentenvertrauen ⁵	-22,1	-18,6	-10,0	-7,7	-9,9	-11,2	-	-11,1	-11,6	-10,9	-8,5	-6,7	-	
USA														
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,7	53,8	55,7	55,5	56,9	56,9	-	57,9	57,6	55,1	53,5	52,9	-	
Industrieproduktion ⁷	97,1	99,9	104,1	103,7	104,7	105,8	-	105,1	106,3	106,0	106,2	-	-	
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,6	2,5	2,3	-	2,3	2,3	2,2	1,9	2,0	-	
Konsumentenvertrauen ⁸	67,1	73,2	86,9	83,4	90,9	92,7	-	94,1	91,0	93,1	103,8	96,4	-	
Japan														
All-Industry-Activity-Index ⁹	96,4	97,3	97,1	96,1	96,0	96,8	-	96,9	96,9	96,6	-	-	-	
Industrieproduktion ¹⁰	97,6	97,0	99,0	98,6	96,7	98,3	-	98,4	97,8	98,8	102,4	-	-	
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,6	0,5	0,4	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	
Konsumentenvertrauen ¹¹	40,0	43,6	39,3	39,1	40,9	38,5	-	38,9	37,7	38,8	39,1	40,7	-	
China														
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,8	50,7	50,7	51,3	50,4	-	50,8	50,3	50,1	49,8	49,9	-	
Industrieproduktion ¹³	+10,8	+9,7	+8,3	+8,9	+8,0	+7,6	-	+7,7	+7,2	+7,9	-	+6,8	-	
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	4,2	4,2	3,7	-	3,8	3,5	3,6	3,5	3,4	-	
Konsumentenvertrauen ¹⁴	102,4	101,2	104,4	103,9	104,5	104,9	-	103,4	105,5	105,8	105,7	109,8	-	

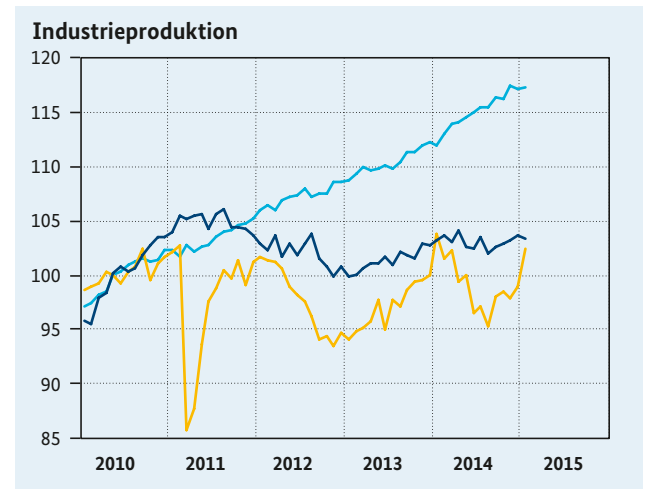
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

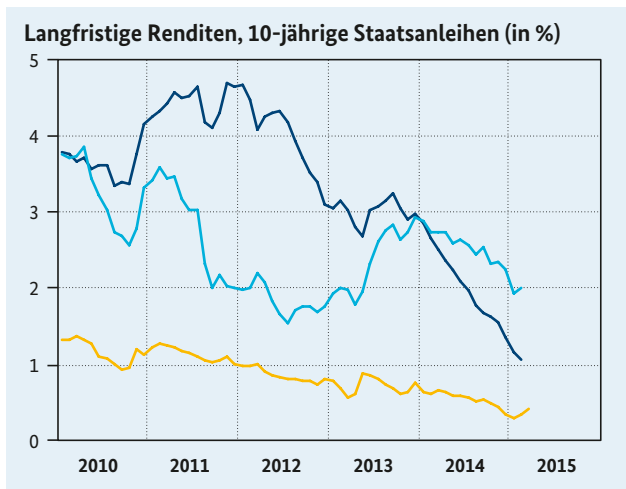
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



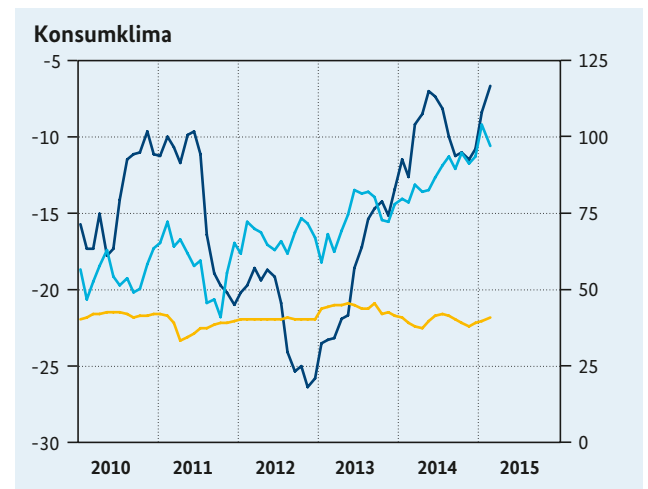
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

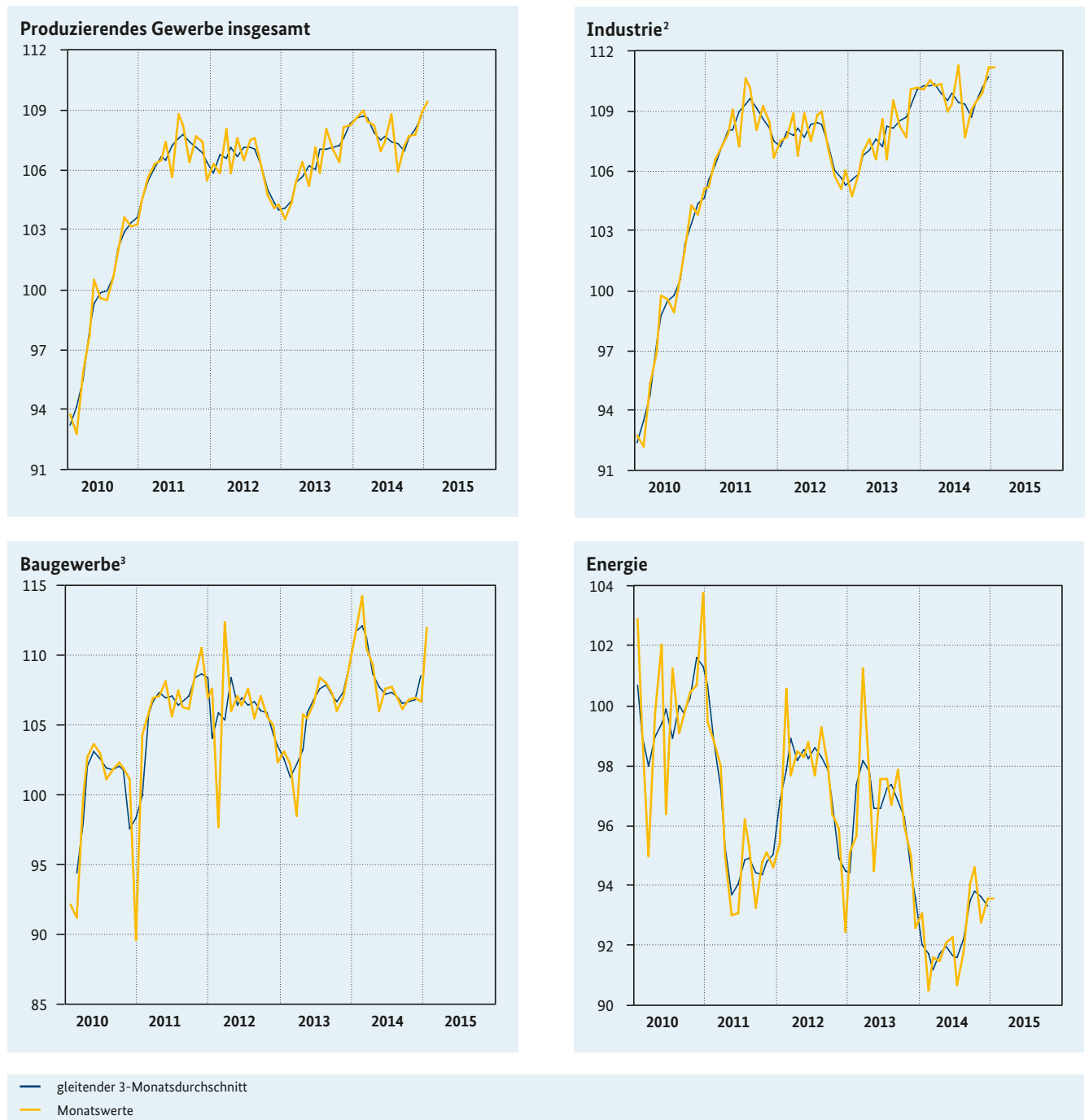
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2014				2015					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,2	106,4	107,9	108,7	107,6	107,4	108,1	106,0	107,3	107,7	107,8	108,9	109,5
	gg. Vp. in %	-0,5	0,2	1,4	1,0	-1,0	-0,2	0,7	-2,6	1,2	0,4	0,1	1,0	0,6
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,5	4,0	1,2	0,6	0,4	-1,7	0,3	1,2	-0,3	0,5	0,9
Industrie²	Index	107,4	107,8	109,9	110,3	109,6	109,4	110,2	107,7	109,1	109,5	109,9	111,2	111,2
	gg. Vp. in %	-0,6	0,4	1,9	0,9	-0,6	-0,2	0,7	-3,2	1,3	0,4	0,4	1,2	0,0
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	4,0	1,8	1,4	0,7	-1,4	0,8	1,5	-0,3	1,0	1,0
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,5	106,1	107,1	106,1	105,2	106,0	104,7	104,7	105,3	105,5	107,3	106,9
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,1	1,5	0,9	-0,9	-0,8	0,8	-1,5	0,0	0,6	0,2	1,7	-0,4
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,6	3,9	1,8	0,8	-0,2	0,7	-0,1	-0,2	-0,6	0,3	0,2
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,7	116,7	116,1	116,5	117,3	112,9	116,8	116,7	117,2	118,1	118,7
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,5	1,0	-0,5	0,3	0,7	-5,8	3,5	-0,1	0,4	0,8	0,5
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,4	4,7	1,8	1,9	1,3	-4,4	1,6	3,0	-0,2	1,4	1,8
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	102,3	102,6	102,2	101,7	102,6	102,2	100,7	101,8	102,3	103,6	103,2
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,7	0,9	-0,4	-0,5	0,9	0,1	-1,5	1,1	0,5	1,3	-0,4
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,7	2,8	1,9	1,2	0,9	1,6	0,3	1,3	0,4	0,8	0,9
Baugewerbe	Index	105,9	105,7	108,4	112,2	107,7	106,9	106,8	106,8	106,2	106,8	107,0	106,7	112,0
	gg. Vp. in %	-1,0	-0,2	2,6	4,5	-4,0	-0,7	-0,1	-0,9	-0,6	0,6	0,2	-0,3	5,0
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	14,3	1,7	-0,8	-0,6	-1,1	-1,0	0,6	-0,1	-2,5	0,7
Bauhauptgewerbe ³	Index	111,5	113,8	119,8	123,9	118,0	117,9	119,4	116,8	118,5	118,4	119,2	120,6	121,8
	gg. Vp. in %	-1,1	2,1	5,3	5,7	-4,8	-0,1	1,3	-1,3	1,5	-0,1	0,7	1,2	1,0
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	25,8	1,4	0,0	1,8	-0,9	0,8	2,4	1,6	1,2	-1,8
Ausbaugewerbe	Index	100,8	98,3	98,1	101,6	98,4	97,0	95,4	97,8	95,0	96,3	95,9	94,0	103,1
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,5	-0,2	3,0	-3,1	-1,4	-1,6	-0,4	-2,9	1,4	-0,4	-2,0	9,7
	gg. Vj. in %	-0,9	-2,6	-0,2	3,9	2,0	-1,8	-2,8	-1,5	-3,2	-1,4	-1,9	-4,8	3,6
Energie⁴	Index	97,4	96,5	92,4	91,7	92,0	92,2	93,7	91,8	94,1	94,6	92,8	93,6	93,6
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-4,2	-3,0	0,3	0,2	1,6	1,2	2,5	0,5	-1,9	0,9	0,0
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-4,1	-5,7	-4,8	-5,3	-0,9	-5,0	-3,6	-1,2	-2,2	0,8	0,4
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,9	105,7	108,7	109,0	108,2	108,3	109,2	107,9	107,9	109,1	108,8	109,8	111,1
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,2	2,8	1,4	-0,7	0,1	0,8	-1,1	0,0	1,1	-0,3	0,9	1,2
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	4,5	2,5	2,5	1,4	1,4	1,3	2,5	0,3	1,6	0,9
Inland	Index	104,8	103,2	104,7	105,7	104,8	103,9	104,3	102,9	103,3	103,8	103,7	105,5	105,5
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,5	1,4	-0,9	-0,9	0,4	-2,6	0,4	0,5	-0,1	1,7	0,0
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,5	3,3	2,1	0,3	0,0	-1,5	-0,8	0,3	-1,2	1,2	-0,9
darunter: Investitionsgüter	Index	109,5	107,6	110,9	110,9	109,9	110,6	112,1	109,2	109,8	110,9	112,7	112,6	115,2
	gg. Vp. in %	0,7	-1,7	3,1	1,8	-0,9	0,6	1,4	-3,1	0,5	1,0	1,6	-0,1	2,3
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,1	4,0	3,0	2,5	2,8	-0,8	0,1	3,7	1,7	3,0	3,3
Ausland	Index	107,0	108,5	112,9	112,4	111,8	113,0	114,4	113,2	112,8	114,7	114,2	114,3	117,1
	gg. Vp. in %	0,5	1,4	4,1	1,2	-0,5	1,1	1,2	0,3	-0,4	1,7	-0,4	0,1	2,4
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,0	5,7	2,8	4,6	2,9	4,5	3,5	4,7	1,9	2,1	2,7
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	101,3	99,7	100,4	101,5	103,6	101,9	101,1	103,5	101,3	106,1	105,8
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	4,3	0,2	0,7	1,1	2,1	0,3	-0,8	2,4	-2,1	4,7	-0,3
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	4,3	3,9	4,3	5,0	4,1	4,4	4,1	6,4	1,5	4,6	6,3
		2012	2013			2014				2015				
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,7	84,1	82,8	81,9	82,4	81,7	82,9	83,7	84,0	83,9	83,8	84,2	84,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,3	108,9	108,6	108,7	111,0	106,7	108,0	111,0	108,6	113,4	109,0
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	3,1	0,1	-0,3	0,1	2,1	-4,2	1,2	2,8	-2,2	4,4	-3,9
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,9	4,8	3,3	1,9	2,0	0,7	-0,7	2,6	-0,4	3,9	-0,1
Inland	Index	100,8	101,8	103,6	104,7	103,8	101,7	104,0	102,3	99,6	105,5	100,7	105,8	103,2
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,8	1,8	-0,9	-2,0	2,3	-1,0	-2,6	5,9	-4,5	5,1	-2,5
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,7	3,6	3,6	-1,2	0,9	-1,3	-3,7	3,1	-3,5	3,8	-0,9
Ausland	Index	105,1	109,5	113,9	112,2	112,5	114,4	116,7	110,2	114,9	115,4	115,1	119,5	113,8
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	4,0	-1,2	0,3	1,7	2,0	-6,6	4,3	0,4	-0,3	3,8	-4,8
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,9	5,8	3,0	4,5	2,7	2,5	1,4	2,3	1,9	4,0	0,4
Eurozone	Index	95,6	98,9	102,5	99,2	103,0	101,8	106,1	98,8	102,5	102,5	105,4	110,3	100,4
	gg. Vp. in %	-10,3	3,5	3,6	-4,9	3,8	-1,2	4,2	-5,2	3,7	0,0	2,8	4,6	-9,0
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	3,4	3,5	4,9	4,0	1,7	4,3	-0,7	0,3	4,3	0,5	2,0
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,8	121,9	121,4	119,0	123,1	124,1	118,2	123,5	124,4	121,8	126,0	123,2
	gg. Vp. in %	3,2	4,6	4,4	1,1	-2,0	3,4	0,8	-7,4	4,5	0,7	-2,1	3,4	-2,2
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,3	7,3	1,9	4,6	3,4	1,6	2,7	3,6	0,4	6,3	-0,7
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,3	103,0	102,1	101,0	103,3	99,9	101,2	103,6	101,1	105,2	101,2
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	2,2	0,4	-0,9	-1,1	2,3	-2,0	1,3	2,4	-2,4	4,1	-3,8
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,3	4,0	3,3	1,1	0,6	0,2	0,6	-0,4	-1,3	3,9	-1,0
Inland	Index	99,0	99,4	100,3	101,8	101,2	98,5	99,6	98,8	96,7	99,1	96,4	103,4	97,8
	gg. Vp. in %	-5,5	0,4	0,9	0,9	-0,6	-2,7	1,1	-1,1	-2,1	2,5	-2,7	7,3	-5,4
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,9	2,8	3,5	-1,2	-1,5	-0,6	-3,4	-1,2	-4,5	1,8	-3,5
Ausland	Index	100,6	101,0	104,8	104,4	103,1	104,0	107,6	101,2	106,6	109,0	106,6	107,3	105,1
	gg. Vp. in %	-3,6	0,4	3,8	-0,2	-1,2	0,9	3,5	-3,0	5,3	2,3	-2,2	0,7	-2,1
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,8	5,3	3,0	4,1	2,8	1,4	5,4	0,5	2,4	6,1	1,8
Investitionsgüter	Index	105,8	110,6	114,5	113,3	113,2	114,4	116,9	111,1	113,0	116,7	113,9	120,0	115,0
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,5	-0,1	-0,1	1,1	2,2	-6,7	1,7	3,3	-2,4	5,4	-4,2
	gg. Vj. in %	-3,5	4,5	3,4	5,1	3,1	2,5	3,0	0,3	-1,6	4,8	0,0	4,3	0,6
Inland	Index	103,3	104,9	107,4	108,3	106,9	105,5	109,1	106,2	102,9	113,0	105,4	108,8	109,2
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,4	2,7	-1,3	-1,3	3,4	-1,0	-3,1	9,8	-6,7	3,2	0,4
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,4	4,1	3,9	-1,5	3,2	-2,6	-4,3	7,7	-3,0	5,5	2,1
Ausland	Index	107,3	114,1	118,8	116,4	117,2	120,0	121,7	114,2	119,3	119,0	119,1	126,9	118,5
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	4,1	-1,6	0,7	2,4	1,4	-9,7	4,5	-0,3	0,1	6,5	-6,6
	gg. Vj. in %	-2,1	6,4	3,9	5,6	2,6	4,9	2,9	2,3	-0,1	3,3	1,7	3,7	-0,2
Konsumgüter	Index	101,9	103,5	107,3	106,7	108,2	106,4	107,7	108,3	106,9	106,7	109,0	107,5	106,9
	gg. Vp. in %	-0,8	1,6	3,7	0,1	1,4	-1,7	1,2	4,1	-1,3	-0,2	2,2	-1,4	-0,6
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,5	7,0	4,5	1,9	1,0	5,7	-0,5	1,1	-0,2	2,0	-2,0
Inland	Index	97,0	97,8	100,2	101,1	101,0	99,0	99,6	99,4	97,7	98,6	97,9	102,4	99,4
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	2,5	2,8	-0,1	-2,0	0,6	-0,6	-1,7	0,9	-0,7	4,6	-2,9
	gg. Vj. in %	-5,1	0,8	2,4	4,2	2,6	1,5	1,0	2,0	-0,4	0,8	-1,7	4,6	-2,8
Ausland	Index	106,0	108,4	113,3	111,6	114,3	112,7	114,6	115,9	114,7	113,6	118,4	111,9	113,4
	gg. Vp. in %	2,7	2,3	4,5	-1,9	2,4	-1,4	1,7	7,8	-1,0	-1,0	4,2	-5,5	1,3
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	4,5	9,3	5,9	2,4	0,8	8,8	-0,5	1,3	0,9	0,2	-1,4
Industrie ohne Großaufträge²	Index	103,4	105,0	108,3	108,7	107,0	106,9	110,7	104,9	107,4	110,7	109,4	112,0	107,9
	gg. Vp. in %	-2,8	1,5	3,1	1,7	-1,6	-0,1	3,6	-3,2	2,4	3,1	-1,2	2,4	-3,7
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,1	5,3	2,8	1,2	3,4	-0,8	0,8	3,8	1,7	4,9	-1,1

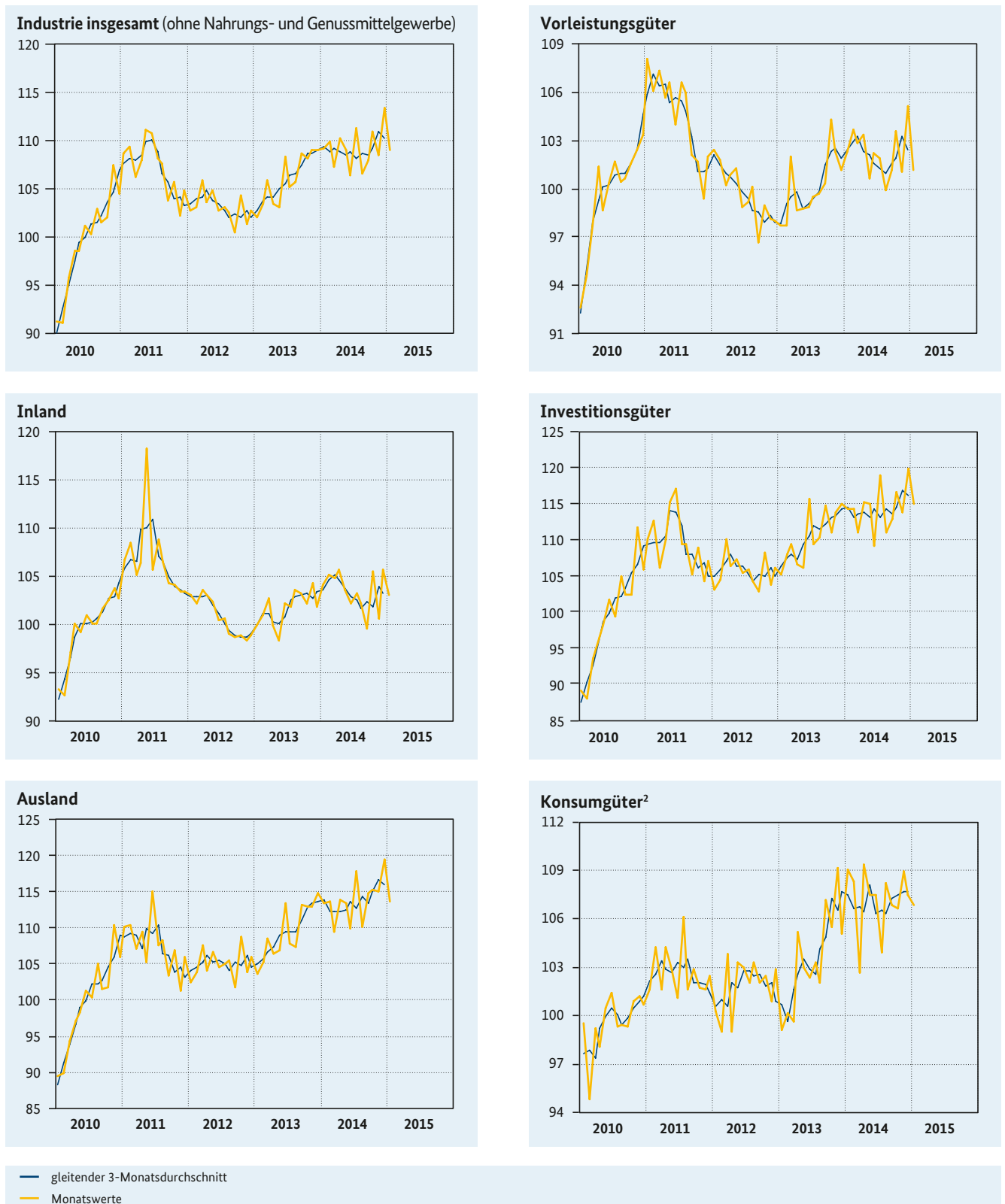
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

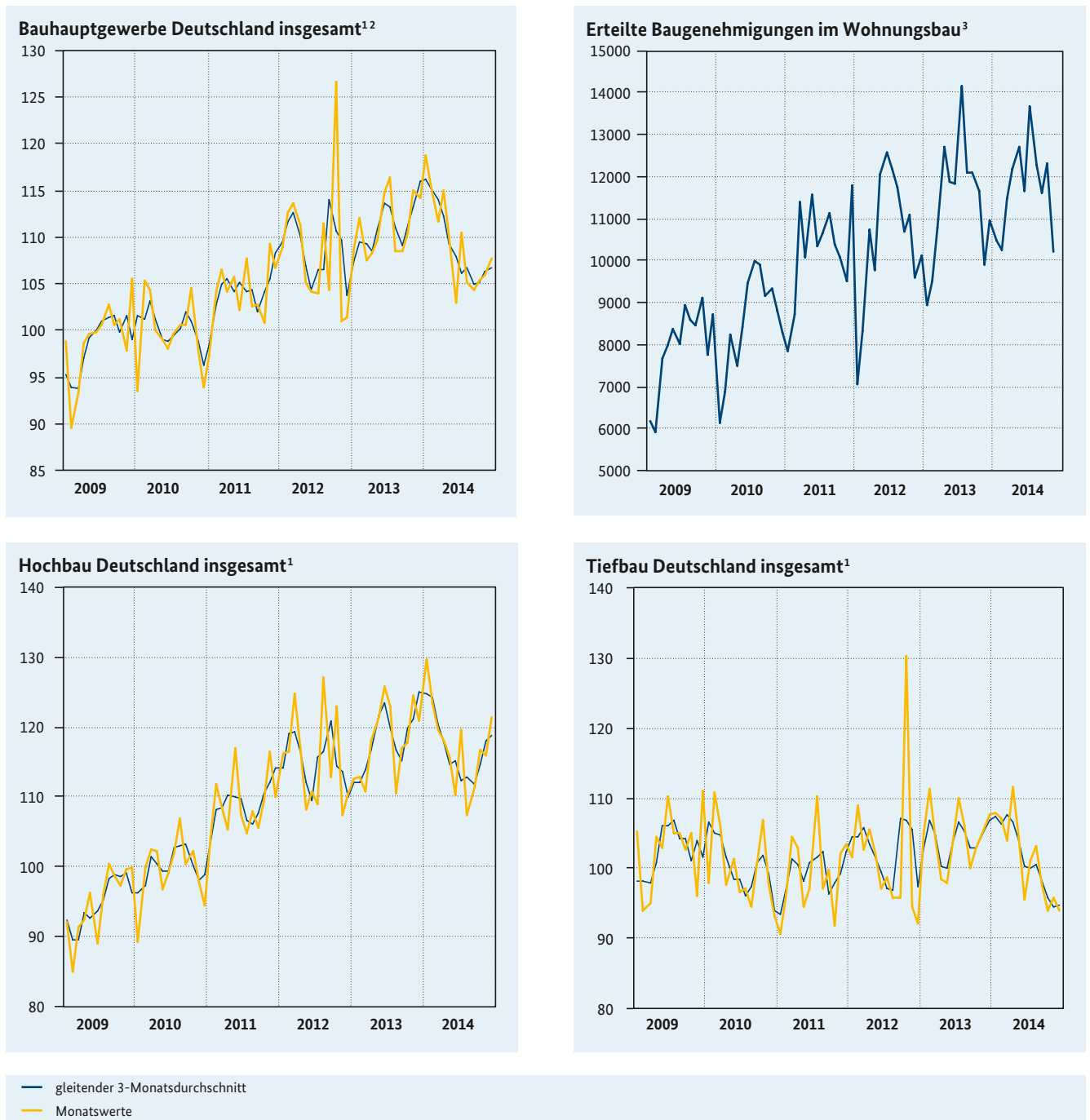
					2014				2014						
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jul	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	108,8	111,3	109,5	115,4	109,4	106,8	106,4	110,5	105,3	104,5	105,4	106,0	107,7
	gg. Vp. in %	4,4	2,3	-1,6	1,9	-5,2	-2,4	-0,4	7,3	-4,7	-0,8	0,9	0,6	1,6	
	gg. Vj. in %	4,2	2,3	-1,9	5,5	-1,6	-4,4	-6,0	-5,3	-3,1	-4,5	-4,6	-7,9	-5,5	
Hochbau		Index	115,4	118,1	117,5	124,4	114,8	112,8	118,2	119,7	107,4	111,4	116,8	116,1	121,6
	gg. Vp. in %	5,7	2,3	-0,5	2,6	-7,7	-1,7	4,8	8,5	-10,3	3,7	4,8	-0,6	4,7	
	gg. Vj. in %	5,7	2,4	-0,8	10,7	-5,9	-3,7	-2,5	-2,8	-2,8	-5,6	-0,9	-6,8	0,4	
Wohnungsbau		Index	126,1	131,1	135,2	141,3	136,3	121,8	141,2	123,8	113,9	127,8	136,9	133,0	153,7
	gg. Vp. in %	7,4	4,0	3,1	7,4	-3,5	-10,6	15,9	-3,4	-8,0	12,2	7,1	-2,8	15,6	
	gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	11,5	2,7	-9,3	7,3	-10,3	-13,7	-4,1	5,9	4,7	11,4	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,6	108,8	116,0	104,1	108,4	106,7	117,7	104,2	103,2	106,8	107,7	105,7
	gg. Vp. in %	4,7	1,5	-2,5	-0,1	-10,3	4,1	-1,6	16,0	-11,5	-1,0	3,5	0,8	-1,9	
	gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	10,2	-10,9	-0,4	-7,8	1,5	4,0	-6,5	-4,7	-12,6	-6,3	
Tiefbau		Index	102,2	104,5	101,4	106,4	104,0	100,7	94,6	101,2	103,2	97,7	94,0	95,9	93,9
	gg. Vp. in %	2,9	2,3	-3,0	0,9	-2,3	-3,2	-6,1	5,7	2,0	-5,3	-3,8	2,0	-2,1	
	gg. Vj. in %	2,5	2,1	-2,9	-0,2	3,3	-5,1	-10,3	-7,8	-3,4	-3,3	-8,9	-9,2	-12,9	
Straßenbau		Index	98,2	103,4	99,6	110,1	100,7	96,3	91,1	102,2	93,3	93,3	90,1	93,1	90,0
	gg. Vp. in %	1,8	5,3	-3,7	6,7	-8,5	-4,4	-5,4	10,2	-8,7	0,0	-3,4	3,3	-3,3	
	gg. Vj. in %	2,1	3,7	-3,3	1,8	0,2	-4,5	-12,3	1,8	-9,7	-6,4	-15,4	-6,4	-14,0	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,6	105,1	102,5	104,1	106,0	103,4	96,7	100,6	109,2	100,3	96,4	97,6	96,2
	gg. Vp. in %	3,6	0,5	-2,5	-2,4	1,8	-2,5	-6,5	3,2	8,5	-8,2	-3,9	1,2	-1,4	
	gg. Vj. in %	2,9	1,0	-2,6	-1,2	5,5	-5,4	-9,3	-13,6	0,7	-1,6	-4,9	-10,5	-12,5	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	114,1	113,0	120,4	109,5	112,1	110,0	120,1	109,0	107,1	108,6	111,0	110,4
	gg. Vp. in %	2,5	1,3	-1,0	0,7	-9,1	2,4	-1,9	14,5	-9,2	-1,7	1,4	2,2	-0,5	
	gg. Vj. in %	2,8	1,2	-1,3	10,0	-6,0	0,0	-7,9	3,7	3,2	-6,7	-6,2	-12,5	-4,7	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	97,9	100,4	95,6	99,9	98,5	95,3	88,7	95,3	98,1	92,5	89,4	90,2	86,5
	gg. Vp. in %	5,0	2,6	-4,8	0,2	-1,4	-3,2	-6,9	4,7	2,9	-5,7	-3,4	0,9	-4,1	
	gg. Vj. in %	4,4	2,4	-4,6	-3,0	1,0	-6,6	-11,1	-11,7	-4,4	-2,3	-8,4	-8,2	-17,0	
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	-	17832	20209	21008	-	7783	6859	6365	7056	5772	-
	gg. Vj. in %	3,2	8,7	-	7,2	4,4	-3,6	-	-5,1	2,6	-8,0	2,8	2,9	-	
Wohngelände		Mio. €	39266	43680	-	10414	12102	12507	-	4489	4096	3922	4114	3433	-
	gg. Vj. in %	5,3	11,2	-	13,3	5,5	1,2	-	-2,3	6,5	0,0	8,5	3,3	-	
Nichtwohngelände		Mio. €	31129	32809	-	7418	8107	8501	-	3294	2764	2443	2942	2340	-
	gg. Vj. in %	0,6	5,4	-	-0,2	2,7	-9,9	-	-8,6	-2,6	-18,4	-4,1	2,5	-	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	-	5688	6064	6526	-	2573	2044	1908	2300	1740	-
	gg. Vj. in %	2,5	0,4	-	13,6	3,7	-4,1	-	0,8	2,3	-15,2	6,8	1,1	-	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	-	1731	2044	1975	-	721	720	535	642	600	-
	gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-	-28,7	-0,2	-25,0	-	-31,5	-14,4	-27,9	-29,8	6,8	-	
Wohngelände (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	-	32,3	36,7	37,7	-	13,7	12,3	11,7	12,3	10,3	-
	gg. Vj. in %	2,0	8,5	-	10,2	0,4	-2,0	-	-3,4	1,6	-4,0	5,5	3,2	-	
	gg. Vp. in %	2,4	8,9	-	7,4	-3,1	0,1	-	4,7	-0,1	-5,2	6,2	-2,9	-	
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	63,7	75,0	78,6	77,7	79,2	78,9	78,1	76,1	66,8	59,3
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	24,7	2,7	3,0	4,0	4,0	3,0	3,0	6,0	19,0	51,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	14,6	13,2	6,4	2,2	3,9	0,1	2,4	4,2	6,6	6,7
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,4	16,4	18,1	11,6	7,4	9,7	5,6	7,7	8,8	12,4	11,6
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,2	11,8	8,3	-0,6	-2,7	-4,8	-5,2	-2,7	-0,3	1,0	1,9
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	19,1	17,8	10,4	4,2	7,8	1,8	3,7	7,1	9,3	9,5
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,9	22,7	24,1	17,7	11,0	16,1	8,7	11,4	12,8	16,0	15,1
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	15,6	11,8	3,4	-2,4	-0,3	-4,9	-3,8	1,5	2,8	4,0
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	2,6	8,0	13,5	19,8	17,0	11,7	5,5	8,6	3,0	4,6	8,9	10,1	11,2
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	23,2	24,1	20,8	12,8	18,4	12,5	12,8	13,0	15,1	15,3
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	16,5	10,1	3,0	-1,5	-0,8	-6,1	-3,3	4,9	5,3	7,1
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	21,8	23,6	11,8	3,0	8,1	1,6	2,7	4,8	10,9	8,6
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	24,8	29,1	19,4	8,3	16,6	6,1	8,7	10,2	16,0	13,2
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	18,9	18,3	4,4	-2,2	-0,1	-2,9	-3,2	-0,4	6,0	4,1
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	5,6	8,7	7,6	13,4	9,5	5,9	1,8	5,1	-1,3	1,6	5,1	4,9	6,3
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	19,1	17,0	11,1	10,4	11,9	4,5	12,2	14,6	14,8	16,1
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	7,7	2,2	0,9	-6,5	-1,5	-7,1	-8,5	-4,0	-4,6	-3,2
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,1	-3,1	0,1	-4,6	-3,9	-3,8	-3,0	-3,1	-3,2	-5,2	-5,6	-5,8
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-1,0	-3,0	-4,6	-4,5	-4,6	-3,4	-4,7	-5,4	-6,4	-6,2
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,4	-2,8	1,1	-6,2	-3,1	-3,2	-1,3	-2,7	-1,8	-5,0	-4,8	-5,4
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,9	16,7	22,6	23,5	23,4	20,7	22,8	19,2	23,6	18,9	25,8	24,6	22,7
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,4	32,8	34,5	31,2	31,0	28,4	33,2	27,4	32,4	31,9	27,2
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	14,6	12,8	10,8	14,8	10,4	14,4	10,6	19,5	17,5	18,4
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	47,5	63,1	43,8	5,5	25,4	3,2	3,3	10,0	22,4	45,5
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	54,7	35,4	14,2	14,3	6,9	-3,6	11,5	34,9	48,4	53,0

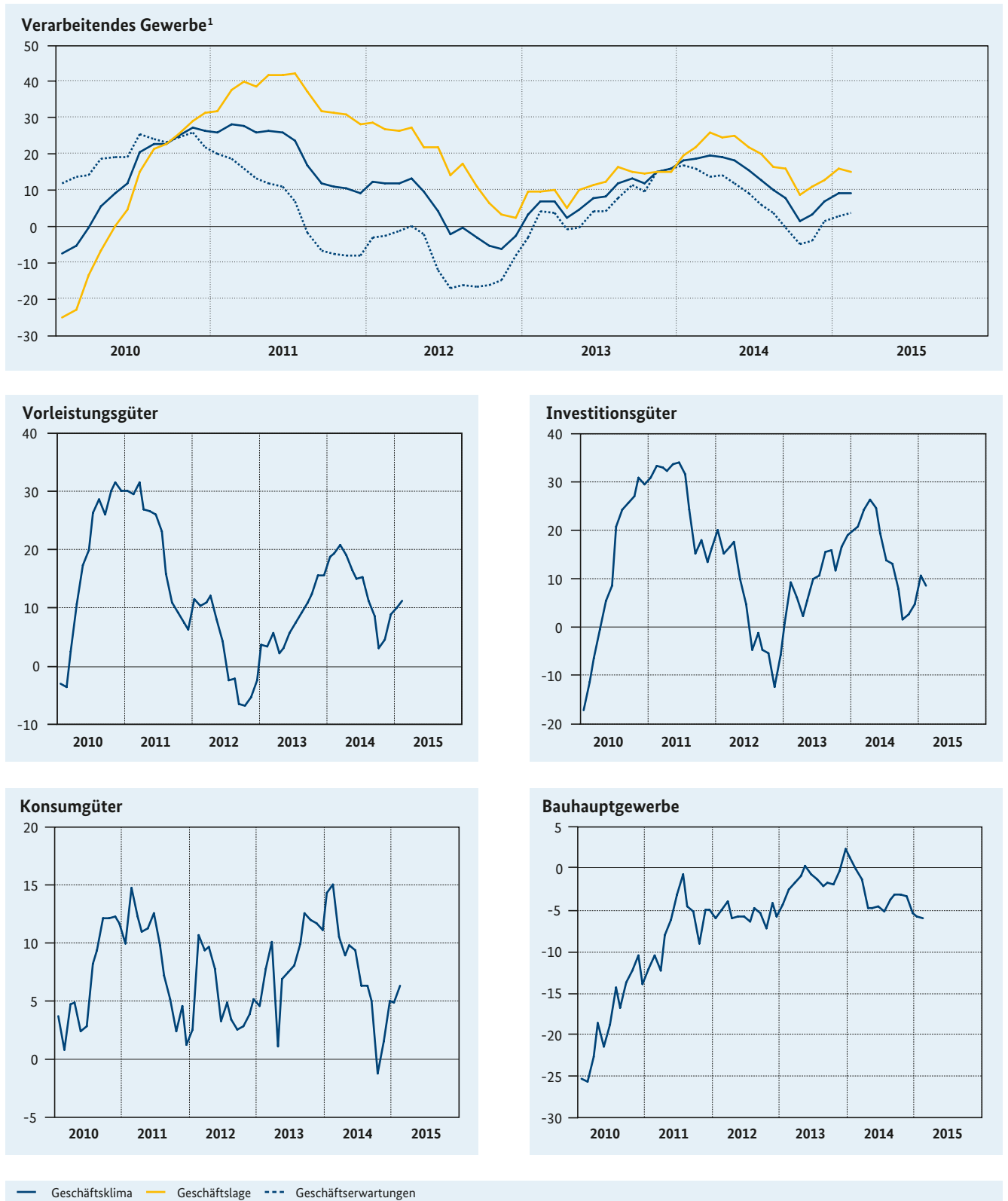
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

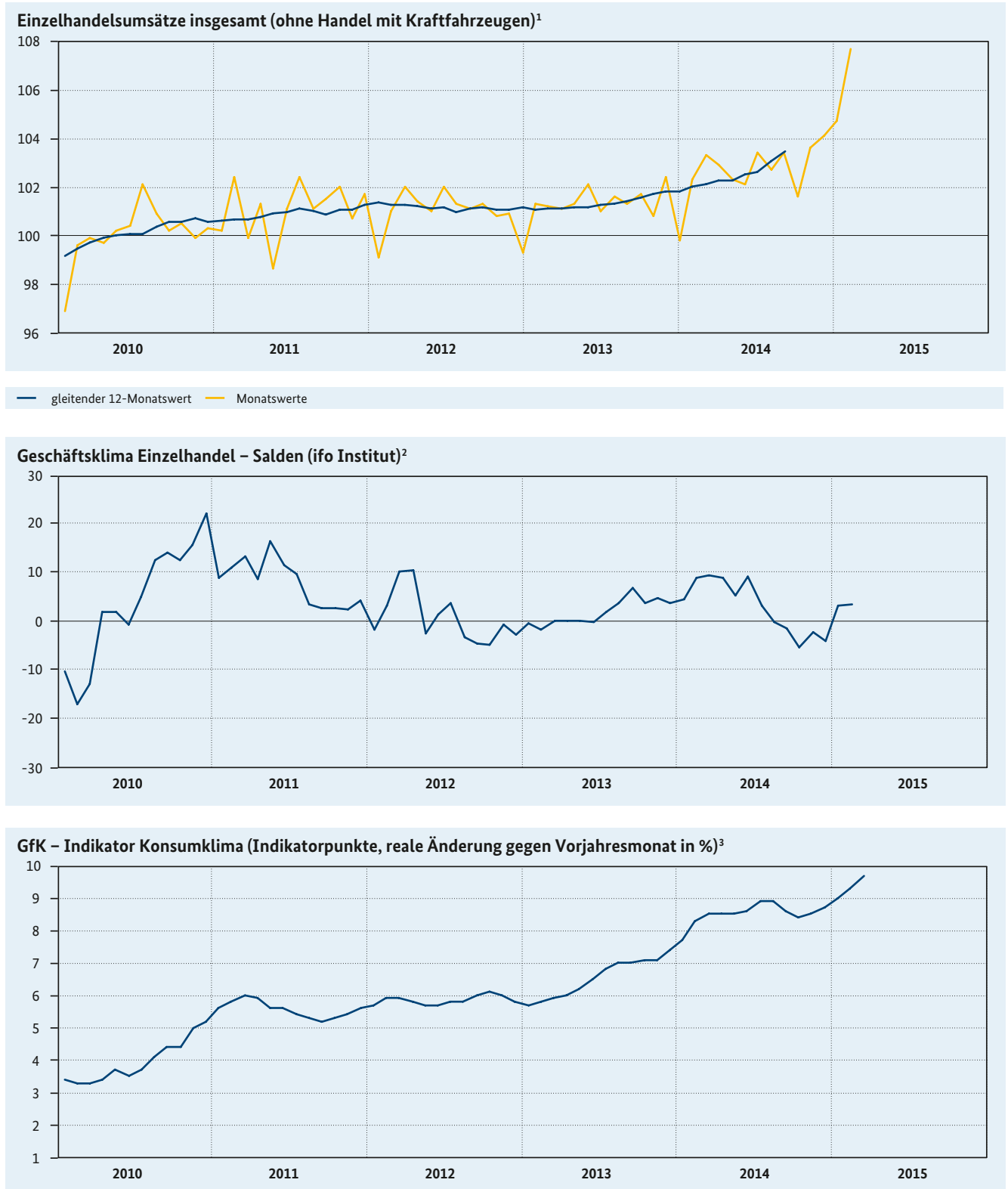
					2012		2013		2014					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,8	105,0	102,8	103,1	103,3	103,9	104,2	103,9	104,6	104,5	105,3	106,1
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,8	1,2	0,0	0,2	0,2	0,6	0,3	-0,3	0,6	0,0	0,8	0,8
	gg. Vj. in %	0,7	0,8	1,2	0,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	1,0	0,8	1,1	1,7
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1652	1681	1722	413	414	417	420	423	422	426	428	432	438
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,0	1,8	2,4	0,1	0,4	0,6	0,8	0,8	-0,3	1,0	0,3	1,1	1,3
	gg. Vj. in %	2,0	1,8	2,4	1,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,2	2,1	2,3	3,2
Einzelhandelsumsätze¹														
		2012	2013	2014	2014		2015		2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Einzelhandel	Index	100,9	101,3	103,1	102,7	102,7	104,3	-	103,7	104,0	105,1	107,5	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	-0,2	0,4	1,8	-0,2	0,0	1,6	-	2,0	0,3	1,1	2,3	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,9	1,1	1,1	3,3	-	2,6	1,8	5,2	5,1	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,5	102,9	102,2	103,1	-	102,9	103,1	103,3	105,3	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,2	0,9	-0,7	0,9	-	0,4	0,2	0,2	1,9	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,4	2,3	0,4	2,2	-	1,7	0,5	4,0	4,2	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,0	98,8	99,9	99,3	99,7	98,0	-	96,2	99,5	98,3	102,6	-	-
	gg. Vp. In %	-1,6	-0,2	1,1	-3,3	0,4	-1,7	-	2,6	3,4	-1,2	4,4	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,2	0,9	-0,7	-0,8	0,0	-	-1,8	-1,4	2,9	1,3	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,7	117,5	122,4	121,1	122,9	127,9	-	126,7	128,8	128,2	131,3	-	-
	gg. Vp. In %	6,3	1,6	4,2	2,9	1,5	4,1	-	1,0	1,7	-0,5	2,4	-	-
	gg. Vj. in %	5,9	1,6	4,6	4,5	3,9	9,4	-	7,9	9,9	10,0	11,2	-	-
Möbel, Raumausrüstung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,8	99,7	99,5	98,9	98,3	100,1	-	99,2	100,2	101,0	104,0	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-3,0	-0,2	-1,6	-0,6	1,8	-	1,1	1,0	0,8	3,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	-0,2	-2,0	-1,3	1,7	-	0,1	0,8	4,2	4,4	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	103,3	102,1	105,0	104,2	104,5	105,4	-	104,6	103,8	107,7	-	-	-
	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	2,8	-1,6	0,3	0,9	-	1,1	-0,8	3,8	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	2,7	1,8	2,2	1,0	-	0,5	-0,1	3,1	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,2	100,7	101,8	100,8	102,1	102,2	-	102,9	103,4	100,3	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-1,5	1,1	-1,1	1,3	0,1	-	0,6	0,5	-3,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	1,0	0,8	0,5	1,2	-	1,6	1,9	0,1	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3083	2952	3037	827	743	755	-	275	250	230	211	223	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	-0,3	4,1	2,7	-	3,7	-1,8	6,7	2,6	6,6	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	313	273	254	-	96	82	77	66	74	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	-6,6	-2,5	-3,6	-	-5,1	-9,4	5,5	-9,1	-2,4	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	104,1	105,7	106,6	106,5	107,0	106,7	-	106,7	106,7	106,7	105,5	106,5	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	1,1	0,8	0,5	-	0,8	0,6	0,2	-0,4	0,1	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	0,8	0,4	-0,2	-	0,7	0,0	-1,2	-1,3	-0,4	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5	-	1,6	1,4	1,4	1,3	1,3	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-0,1	-0,8	-2,3	-	-1,6	-1,4	-3,8	-5,7	-4,6	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-0,1	-0,7	-1,5	-	-0,5	-0,8	-3,3	-4,5	-3,6	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	0,6	1,8	2,9	7,7	0,4	-4,0	-	-5,4	-2,3	-4,2	3,2	3,3	-
Geschäftslage	Salden	8,2	5,9	8,9	14,8	8,1	0,7	-	-1,1	-1,1	4,2	11,4	10,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,3	-2,9	0,8	-7,0	-8,5	-	-9,7	-3,5	-12,3	-4,7	-3,9	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,5	8,8	8,5	9,3	8,4	8,5	8,7	9,0	9,3	9,7
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	40,0	48,7	50,4	48,1	47,8	-	46,0	47,8	49,7	52,9	56,3	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	189	184	223	53	51	60	59	19,3	20,1	22,0	17,0	20,4	22,2
	gg. Vp. in %	16,1	-2,6	20,9	-2,0	-4,4	18,8	-1,1	-6,6	4,2	9,2	-22,6	20,2	8,4
Warenhandel	in Mrd. €	198	210	231	54	55	60	62	18,9	19,9	22,1	18,4	21,8	20,0
	gg. Vp. in %	23,3	5,9	10,2	-1,9	1,8	8,8	4,0	-10,9	5,5	11,3	-17,0	18,6	-8,0
Ausfuhr	in Mrd. €	1077	1088	1127	277	278	284	289	92,0	96,1	97,2	94,4	97,1	95,0
	gg. Vp. in %	5,0	1,0	3,6	0,1	0,4	2,3	1,6	-4,2	4,4	1,2	-2,8	2,8	-2,2
Einfuhr	in Mrd. €	879	878	896	223	223	224	226	73,2	76,2	75,1	76,1	75,3	75,0
	gg. Vp. in %	1,6	-0,1	2,1	0,6	0,0	0,7	1,0	-2,3	4,1	-1,5	1,3	-1,0	-0,5
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-39	-9	-9	-10	-12	-3,7	-3,4	-4,1	-3,9	-3,7	-2,8
	gg. Vp. in %	10,1	26,6	-11,6	-21,3	-0,5	16,0	15,0	19,6	-6,0	18,0	-3,2	-6,1	-23,3
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	52	52	52	53	17,2	17,5	17,6	17,4	17,6	18,0
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	2,4	0,5	-0,5	0,8	-1,6	1,6	0,6	-1,0	1,3	2,0
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	249	61	61	62	64	20,9	20,9	21,7	21,4	21,3	20,8
	gg. Vp. in %	7,7	7,9	1,4	-1,9	0,4	1,9	3,1	1,6	0,3	3,4	-1,4	-0,1	-2,4
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	57	64	15	14	17	17	5,5	6,2	5,9	5,9	5,2	8,0
	gg. Vp. in %	-4,4	-15,4	12,4	-7,9	-5,4	19,5	-2,2	-1,6	12,0	-5,3	0,0	-10,6	52,8
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-38	-33	-8	-10	-7	-8	-1,4	-2,5	-2,0	-3,3	-2,9	-3,0
	gg. Vp. in %	13,4	-7,4	-12,8	16,6	33,3	-31,6	16,5	-53,3	77,5	-22,2	67,9	-12,5	5,6

Außenhandel nach Ländern²

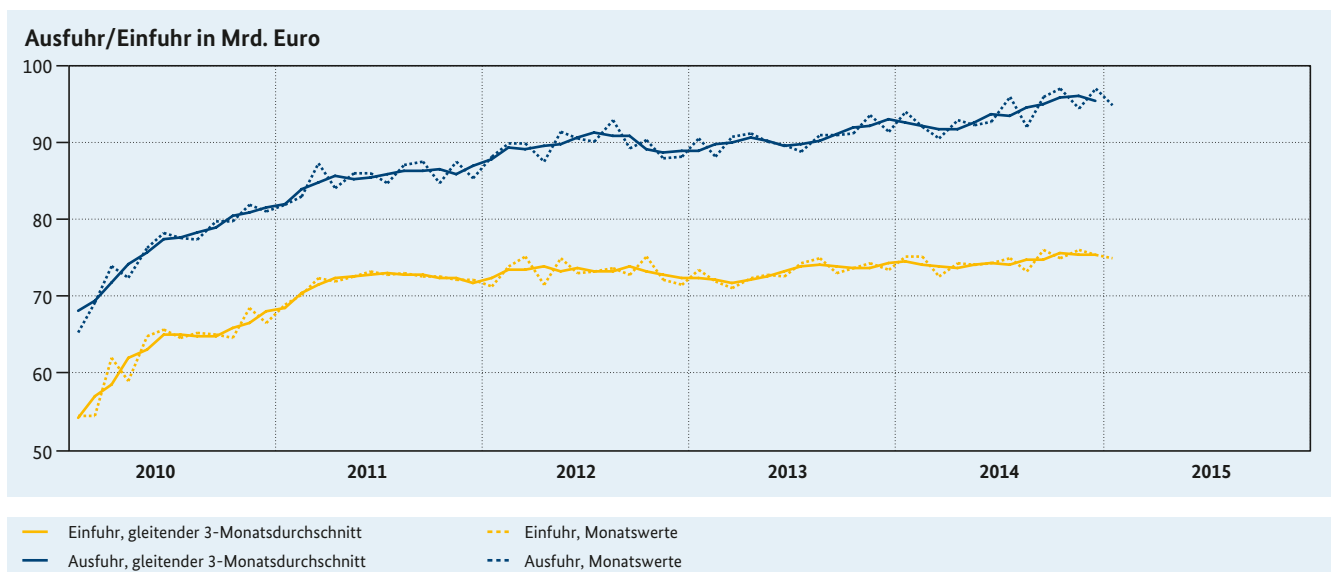
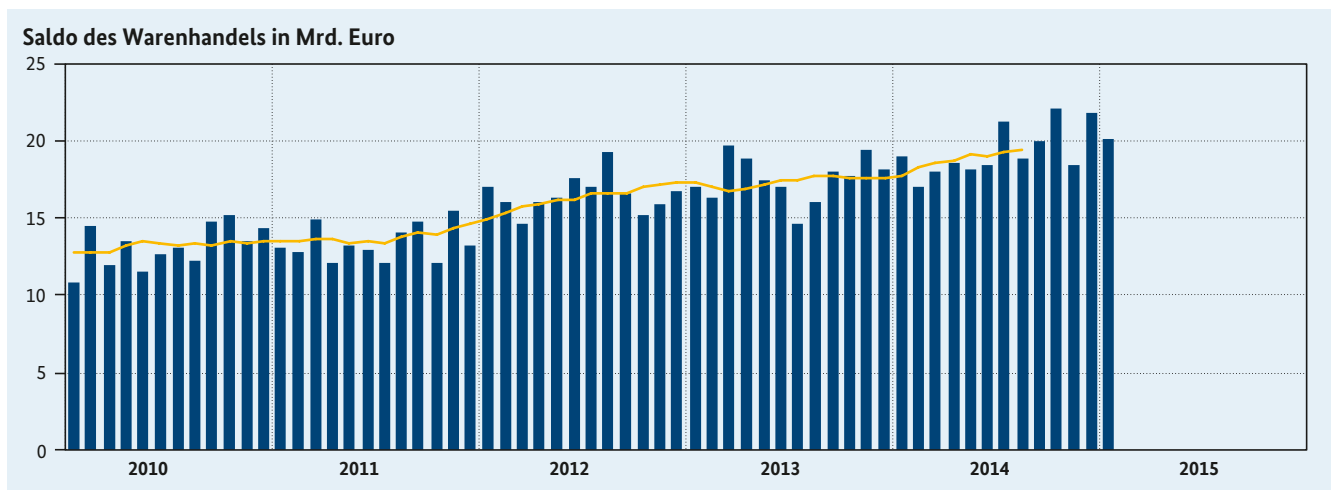
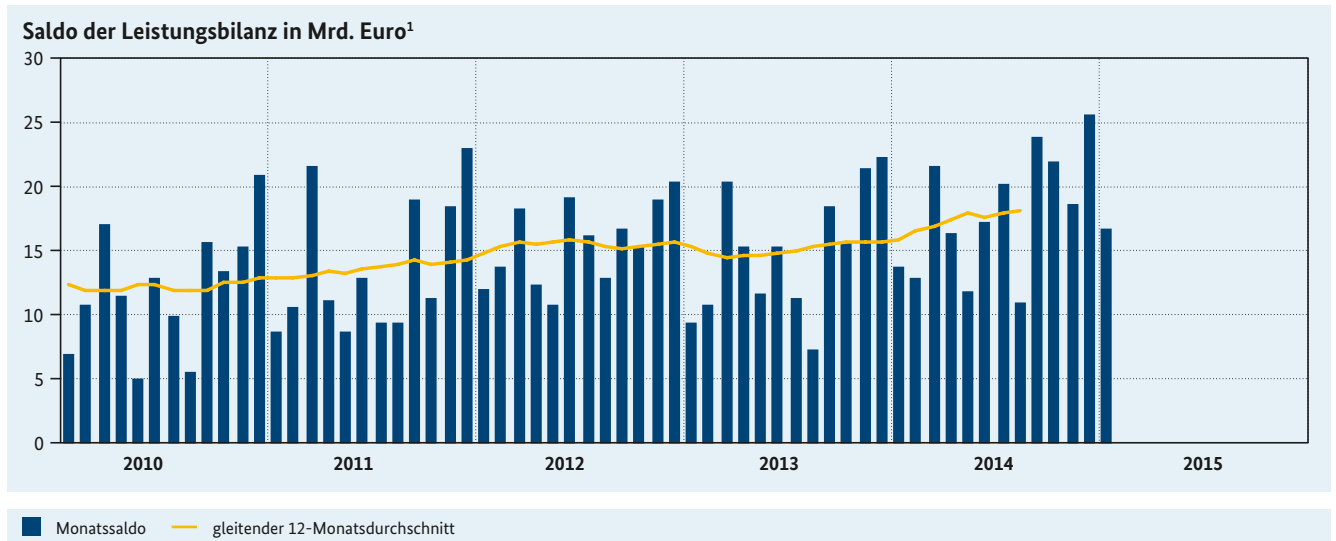
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	278	278	287	290	83,9	102,3	103,9	96,0	90,1	89,9
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	2,6	1,5	5,4	5,3	-1,1	8,3	5,0	1,6	10,0	-0,6
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	165	163	163	167	47,7	58,7	59,7	56,2	50,8	54,1
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	5,0	4,2	6,4	6,0	1,9	7,1	4,0	5,1	9,5	-0,7
Eurozone ¹	in Mrd. €	407	403	417	106	104	102	105	29,4	36,8	37,7	35,3	32,0	34,2
	gg. Vj. in %	-	-0,8	3,3	2,6	2,8	4,2	3,5	1,0	4,2	2,3	2,8	5,8	-2,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	241	59	59	61	62	18,3	21,9	22,0	20,9	18,8	19,9
	gg. Vj. in %	-	2,0	9,3	9,5	6,8	10,3	10,5	3,4	12,3	7,0	9,2	16,5	3,0
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	114	116	124	123	36,2	43,6	44,2	39,8	39,3	35,8
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	-0,6	-2,1	4,1	4,4	-4,9	10,0	6,3	-3,0	10,5	-0,5
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	231	227	228	231	70,0	80,3	81,9	78,1	71,2	74,0
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,1	3,5	0,5	2,1	2,2	-2,4	8,0	0,8	1,9	4,1	-2,3
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	151	150	147	152	44,3	52,3	54,0	51,5	46,4	47,0
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,7	5,6	2,8	3,8	2,6	0,1	8,4	1,2	3,4	3,2	-2,7
Eurozone	in Mrd. €	402	402	413	104	104	101	104	30,5	35,9	36,8	35,2	31,7	32,2
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,7	5,2	1,0	3,0	1,7	0,7	8,9	0,4	3,8	1,0	-4,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	187	46	47	46	48	13,8	16,4	17,2	16,3	14,7	14,8
	gg. Vj. in %	-	3,3	5,8	6,5	6,8	5,6	4,5	-1,2	7,5	3,0	2,7	8,4	1,4
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	80	77	81	79	25,7	28,0	27,9	26,6	24,7	27,1
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,9	-0,3	-3,6	-0,9	1,4	-6,5	7,1	-0,1	-1,1	6,0	-1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

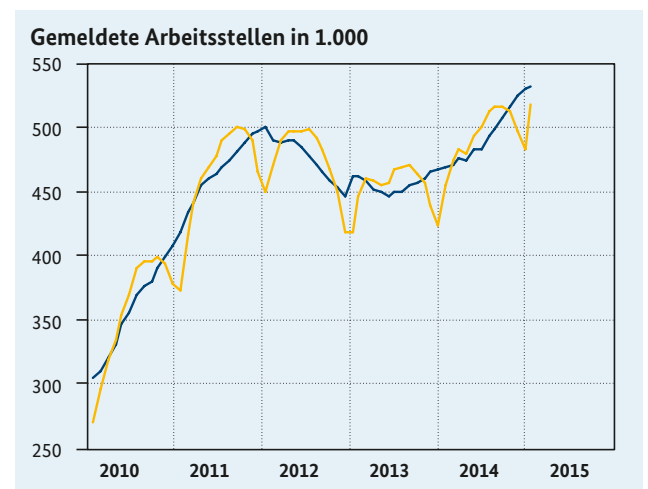
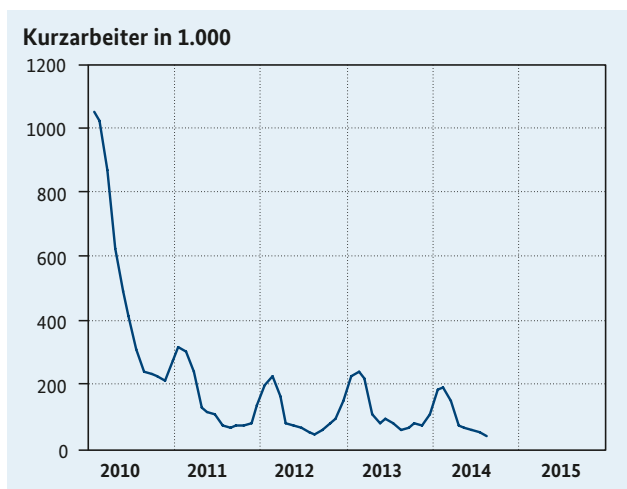
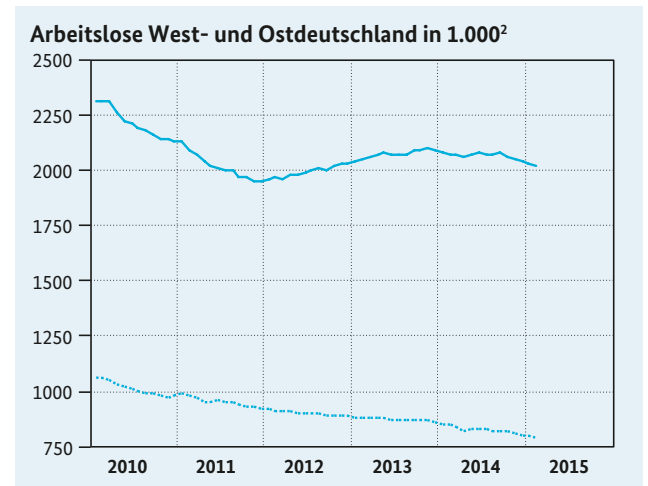
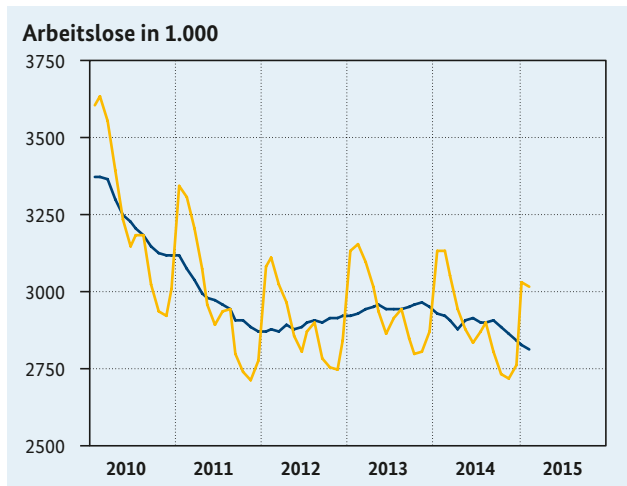
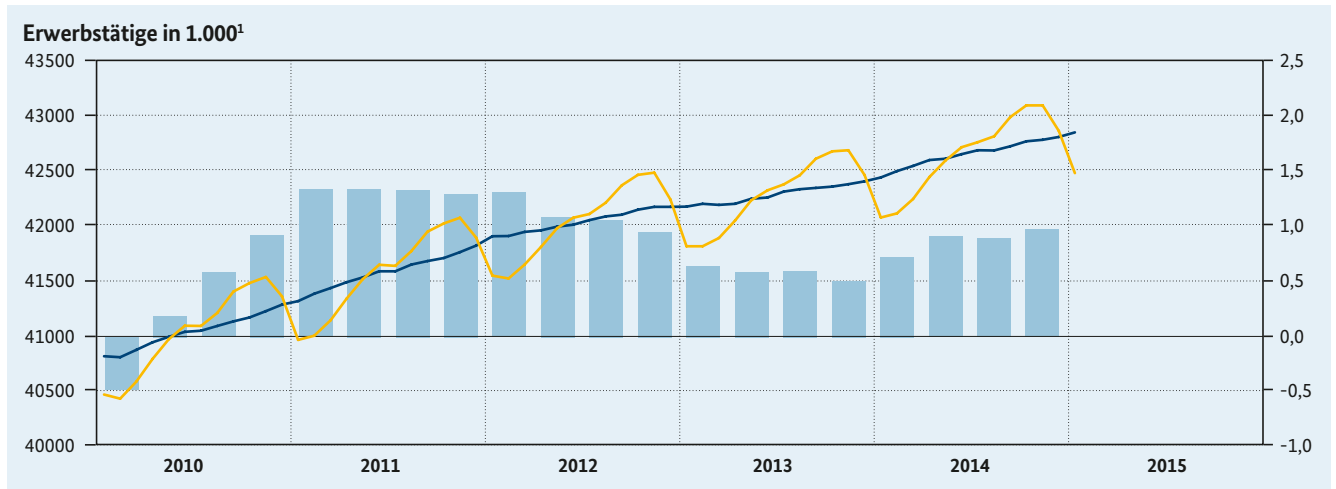
					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42033	42281	42652	42141	42586	42858	43023	42993	43100	43101	42867	42479	-
	gg. Vj. in Tsd.	+462	+248	+370	+307	+387	+376	+412	+382	+420	+411	+404	+408	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30231	29817	30120	30361	30627	30650	30692	30722	30468	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+504	+450	+515	+493	+556	+485	+511	+573	+584	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2088	2266	2048	2033	2005	2045	2009	2100	1906	2055	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-94	-109	-117	-81	-68	-65	-92	+25	-137	-250	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,4	4,9	4,9	4,8	4,9	4,8	5,0	4,5	4,9	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	3109	2886	2860	2738	2808	2733	2717	2764	3032	3017
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-21	-55	-43	-89	-41	-68	-89	-110	-104	-121
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	2031	1986	1951	1892	1923	1896	1882	1897	1989	1983
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	+9	-10	-18	-44	-22	-35	-43	-53	-43	-51
SGB III	in Tsd.	902	970	933	1078	900	909	846	885	836	834	867	1043	1034
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-30	-45	-25	-46	-19	-33	-47	-57	-61	-70
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	2192	2063	2073	1970	2037	1974	1957	1980	2160	2153
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	+22	-5	-1	-39	0	-24	-39	-54	-47	-57
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	917	823	788	767	771	758	760	783	871	864
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-43	-49	-42	-50	-41	-45	-50	-56	-57	-64
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	7,2	6,6	6,6	6,3	6,5	6,3	6,3	6,4	7,0	6,9
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	6,3	5,9	5,9	5,6	5,8	5,6	5,6	5,7	6,2	6,2
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	10,9	9,7	9,3	9,1	9,1	9,0	9,0	9,3	10,3	10,2
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	688	586	641	635	614	666	612	626	773	631
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	628	660	649	649	707	741	628	580	505	645
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	58	56	37	44	39	48	47	36	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-28	-43	-31	-20	-17	-18	-21	-20	-9	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	4021	3807	3735	3649	3692	3637	3636	3673	3864	3888
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-57	-102	-107	-129	-101	-114	-131	-141	-155	-173
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	452	487	512	510	518	517	515	498	485	519
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+9	+28	+41	+55	+46	+51	+57	+57	+60	+63
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+463	+248	+370	+115	+127	+80	+88	+37	+46	+15	+25	+42	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+503	+161	+137	+105	+153	+57	+46	+73	+57	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-183	-46	-88	-16	-22	0	-53	-7	-19	-29	-31	-26	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,1	5,0	5,0	4,9	5,0	4,9	4,9	4,8	4,7	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-76	+53	-52	-41	-19	+2	-38	+8	-24	-16	-26	-10	-20
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-22	-13	+2	-13	+6	-7	-6	-13	-6	-11
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+65	-37	-19	-6	0	-25	+3	-18	-10	-13	-4	-9
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-21	-4	+7	-25	+10	-20	-10	-16	-5	-11
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-53	-27	-46	-20	-15	-5	-13	-1	-5	-6	-10	-5	-8
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,8	6,7	6,7	6,6	6,7	6,6	6,6	6,5	6,5	6,5
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	6,0	5,9	5,9	5,9	6,0	5,9	5,9	5,8	5,8	5,8
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,9	9,8	9,7	9,6	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-27	-35	-25	-45	-1	-25	-19	-17	-15	-20
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+8	+9	+15	+24	+5	+8	+9	+9	+6	+2
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	107,6	106,8	106,5	106,3	106,1	107,1	105,2	106,7	108,1	106,8
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,7	101,1	100,2	100,3	101,0	100,2	100,6	100,9	101,6	101,8	101,8
BA-X Stellenindex	Index	166,3	159,0	168,8	164,0	165,0	169,0	177,3	171,0	175,0	176,0	181,0	182,0	183,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

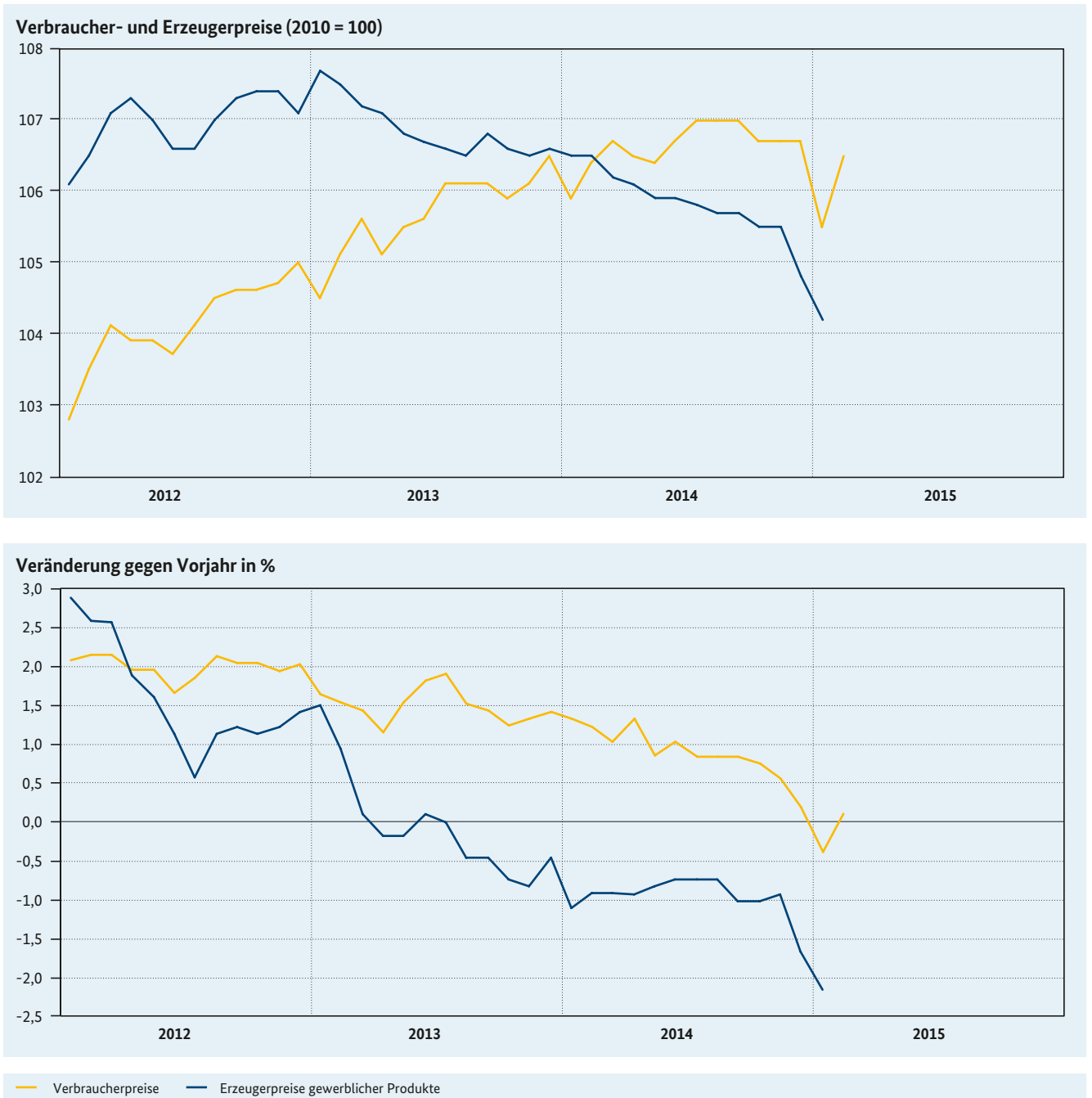
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2014				2015					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	104,1	105,7	106,6	106,3	106,5	107,0	106,7	107,0	106,7	106,7	106,7	105,5	106,5
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+1,1	+1,0	+0,8	+0,5	+0,8	+0,8	+0,6	+0,2	-0,4	+0,1
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	107,9	108,2	108,0	107,5	108,4	108,0	107,7	106,7	105,5	106,4
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	+0,7	+0,3	+0,2	-0,5	+0,3	-0,1	-0,2	-1,2	-2,0	-1,4
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	112,0	112,1	112,1	110,8	112,1	111,6	111,1	109,7	108,7	109,9
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	+0,9	+0,6	+0,2	-0,7	+0,2	+0,1	-0,2	-2,0	-2,9	-2,0
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	112,6	111,7	110,9	110,7	110,9	110,9	110,4	110,8	111,4	112,3
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	+3,0	+0,7	+0,4	-0,2	+0,9	+0,7	0,0	-1,2	-1,3	-0,4
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	120,2	120,1	120,0	117,6	120,0	118,8	118,4	115,6	113,3	114,9
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-0,6	-0,1	-0,7	-2,2	-1,1	-1,6	-1,4	-3,8	-5,7	-4,6
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	104,0	105,3	103,9	106,1	106,2	106,1	106,4	105,7	102,6	103,3
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+1,1	+0,5	+0,8	+0,5	+1,0	0,0	+0,3	+1,1	+0,3	-0,3
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	97,0	96,9	96,9	96,7	96,7	96,6	96,6	96,8	96,8	96,7
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,7	-0,7	-0,4	-0,5	-0,5	-0,7	-0,6	-0,4	-0,3	-0,3
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	104,8	105,0	106,1	106,0	105,8	105,6	105,8	106,6	105,6	106,5
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,7	+1,7	+1,5	+1,5	+1,5	+1,7	+1,4	+1,4	+1,2	+1,4
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	104,8	105,2	105,5	105,9	105,6	105,8	105,9	106,0	106,1	106,2
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5	+1,4	+1,6	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3
Insgesamt ohne Energie	Index	102,6	104,2	105,6	105,2	105,3	105,9	106,0	105,9	105,8	105,9	106,4	105,5	106,3
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,7	+1,3	+1,3	+1,0	+1,3	+1,2	+1,0	+1,0	+0,8	+1,0
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	116,1	116,9	116,6	112,5	116,5	114,8	113,5	109,1	105,6	107,8
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-2,0	-0,8	-1,9	-3,8	-2,2	-2,3	-2,5	-6,6	-9,0	-7,3
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	104,1	105,7	106,6	106,4	106,6	106,9	106,6	107,0	106,8	106,7	106,3	105,9	106,5
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+1,2	+0,9	+0,8	+0,6	+0,8	+0,8	+0,6	+0,2	-0,4	+0,1
HVPI⁴	Index	113,5	115,3	116,2	115,9	116,1	116,6	116,2	116,6	116,2	116,2	116,3	114,8	115,9
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+1,0	+1,0	+0,8	+0,4	+0,8	+0,7	+0,5	+0,1	-0,5	-0,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	107,0	106,9	105,8	106,4	106,0	105,7	105,3	105,7	105,5	105,5	104,8	104,2	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-1,0	-0,8	-0,8	-1,2	-1,0	-1,0	-0,9	-1,7	-2,2	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,7	103,5	103,6	103,4	103,6	103,6	103,4	103,1	102,7	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-1,9	-1,3	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,6	-1,1	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,3	103,4	103,5	103,7	103,6	103,7	103,7	103,7	103,9	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	109,2	109,4	109,3	108,1	109,1	108,5	108,1	107,8	107,7	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	+1,3	+1,2	+0,5	-0,8	+0,1	-0,5	-0,8	-1,1	-1,3	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,4	105,6	105,8	105,9	105,9	105,9	105,9	105,9	106,5	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,2	+1,3	+1,2	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	109,7	109,9	109,8	108,4	109,6	108,9	108,4	108,0	107,8	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	+1,3	+1,1	+0,3	-1,1	0,0	-0,6	-1,1	-1,5	-1,6	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	110,4	108,8	107,8	107,0	107,8	107,3	107,8	105,9	103,8	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-2,7	-2,7	-3,4	-3,9	-3,8	-3,6	-3,1	-4,9	-6,3	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	108,9	109,2	109,6	109,8	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+2,0	+1,7	+1,7	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	109,7	110,0	110,8	110,8	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,7	+1,2	+1,3	+1,1	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2014				2015					
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	121,6	124,1	117,4	91,9	112,4	102,7	94,1	78,9	65,5	72,4
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	-2,8	+5,4	-6,0	-24,9	-10,9	-16,6	-22,0	-36,1	-45,5	-40,9
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	108,0	116,8	100,4	98,5	95,5	97,6	99,5	98,4	94,8	92,7
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	-7,8	+3,0	-4,0	-2,7	-7,1	-3,9	-0,8	-3,2	-5,0	-14,3
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	91,1	90,0	90,5	84,5	88,6	86,1	85,1	82,3	78,4	76,1
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-7,7	-1,6	-0,8	-9,1	-3,2	-7,2	-7,9	-12,3	-15,7	-16,5
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	128,5	131,3	123,8	92,9	118,2	106,2	95,5	76,9	60,9	70,3
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	-1,7	+6,6	-6,7	-28,3	-12,1	-18,7	-25,0	-41,2	-52,0	-45,8
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	104,5	103,9	103,6	102,4	103,8	103,5	102,7	101,0	100,2	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-2,8	-1,9	-1,7	-2,4	-1,6	-1,2	-2,1	-3,7	-4,4	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	113,1	112,2	111,1	111,3	111,4	111,3	111,0	111,5	112,8	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-0,6	-1,0	-0,4	-0,3	0,0	+0,3	0,0	-1,1	+0,3	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	103,7	103,1	102,9	101,5	103,1	102,7	101,9	100,0	98,9	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-3,0	-2,0	-1,9	-2,5	-1,7	-1,4	-2,2	-3,9	-4,9	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	113,7	111,5	109,1	101,6	109,0	106,8	103,1	94,9	87,8	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-7,9	-4,6	-6,7	-11,9	-7,2	-7,3	-10,5	-17,8	-23,5	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	100,6	100,4	100,9	101,5	101,2	101,4	101,5	101,5	102,4	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	-1,1	-1,0	-0,2	+0,7	+0,1	+0,6	+0,7	+0,9	+1,7	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	103,9	103,9	104,2	104,1	104,3	104,2	104,2	103,9	104,4	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	-0,8	-0,5	0,0	+0,2	+0,1	+0,3	+0,3	+0,1	+0,4	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	99,4	100,1	100,5	101,7	100,5	100,7	101,5	102,9	104,2	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+1,9	+1,5	+1,7	+2,7	+1,7	+1,6	+2,5	+3,9	+5,0	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,37	1,37	1,33	1,25	1,29	1,27	1,25	1,23	1,16	1,14
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	+3,7	+4,9	0,0	-8,2	-3,3	-7,1	-7,6	-10,0	-14,6	-16,9
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	140,8	140,0	137,7	143,0	138,4	136,9	145,0	147,1	137,5	134,7
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+15,5	+8,5	+5,1	+4,6	+4,5	+2,6	+7,5	+3,8	-2,8	-3,3
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,83	0,81	0,79	0,79	0,79	0,79	0,79	0,79	0,77	0,74
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-2,8	-4,2	-7,1	-6,1	-6,0	-6,9	-5,6	-5,7	-7,3	-10,3
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	98,0	101,7	102,3	104,0	103,9	101,7	99,6	100,5	99,6	99,6	99,7	95,9	94,0
	gg. Vj. in %	-5,3	+3,8	+0,6	+3,1	+2,9	-0,3	-3,4	-1,6	-3,2	-3,0	-4,1	-7,3	-9,2
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,8	99,2	98,9	100,9	100,5	98,2	96,1	97,0	96,1	96,1	96,0	92,2	90,2
	gg. Vj. in %	-5,1	+3,6	-0,3	+2,4	+1,9	-1,3	-4,2	-2,5	-4,0	-3,7	-5,0	-8,3	-10,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,1	98,5	98,6	99,3	99,0	98,4	97,7	98,2	97,7	97,8	97,7	95,8	95,0
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,4	+0,1	+1,5	+0,7	-0,2	-1,4	-0,5	-1,3	-1,1	-1,7	-3,5	-4,1
56 Länder	Index	89,0	91,0	91,7	92,7	92,2	91,2	90,4	90,7	90,3	90,4	90,6	88,4	87,5
	gg. Vj. in %	-3,1	+2,3	+0,7	+2,8	+2,0	-0,2	-1,7	-0,9	-1,5	-1,5	-2,0	-4,4	-5,5

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

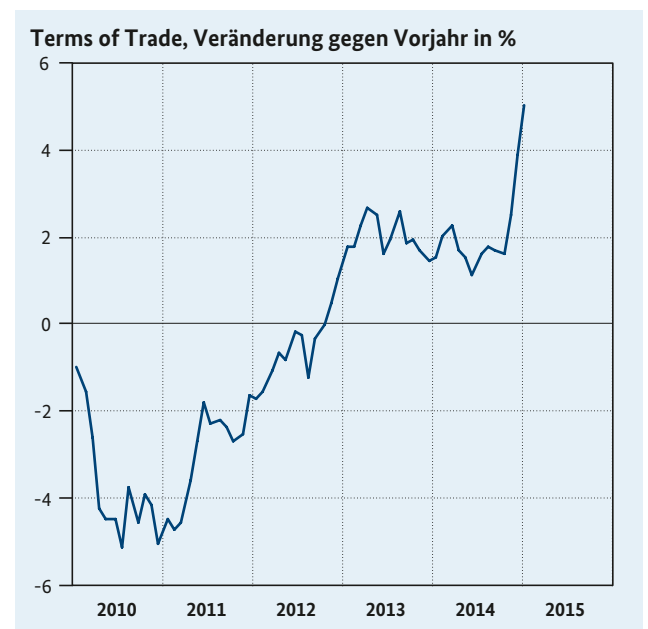
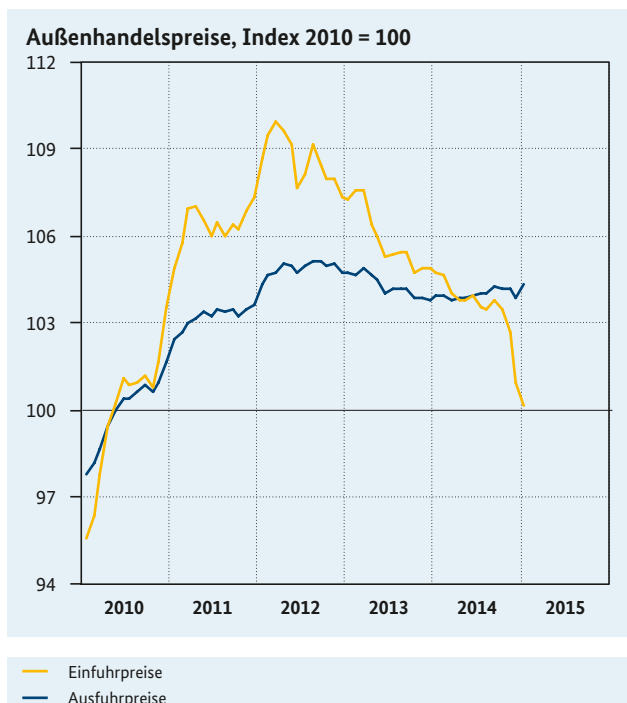
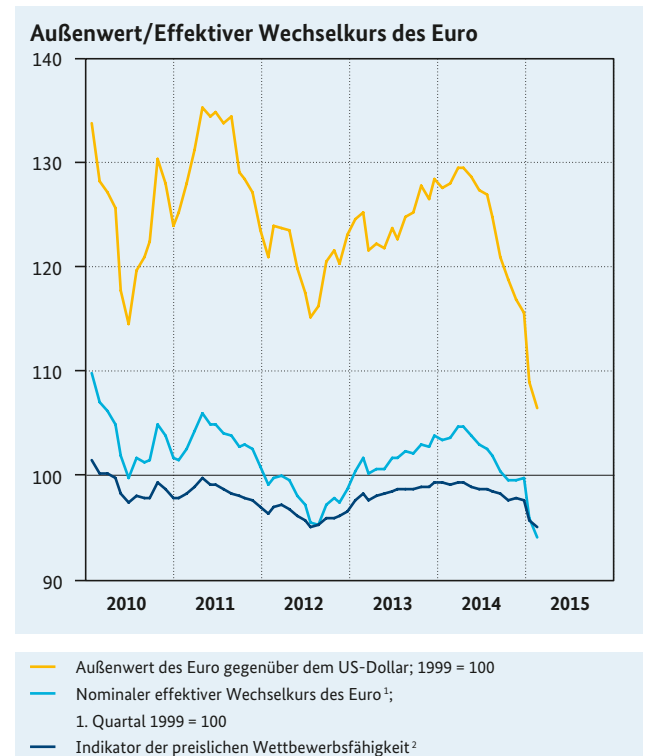
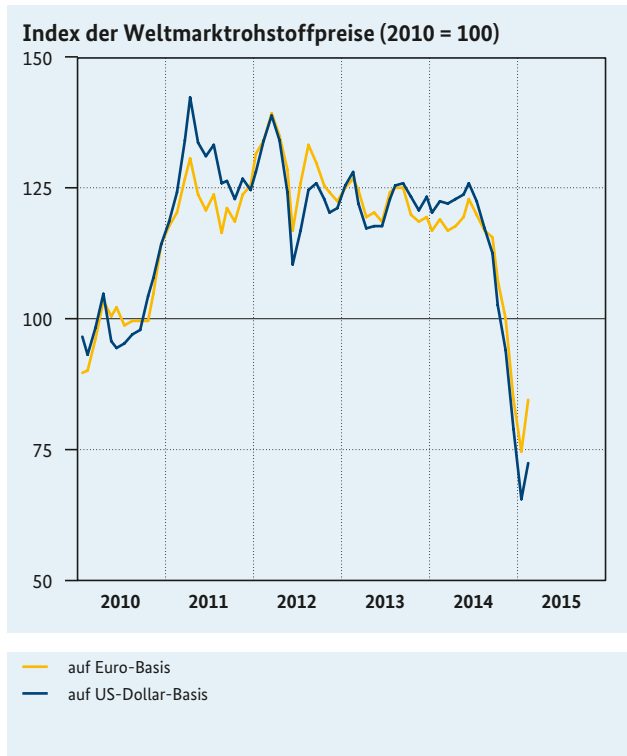
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014				2014				2015	
		2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,21	0,19	0,04	0,04	-0,01	0,02	0,04	0,06	-0,04	-0,04
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,30	0,30	0,16	0,08	0,10	0,08	0,08	0,08	0,06	0,05
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,40	0,39	0,26	0,18	0,20	0,18	0,18	0,18	0,15	0,13
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,56	0,57	0,44	0,33	0,36	0,34	0,33	0,33	0,30	0,26
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,08	0,11	0,13	0,04	0,11	0,06	0,04	0,02	0,10	0,09
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,45	0,29	0,12	0,02	0,06	0,03	0,02	0,00	-0,08	-0,16
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	1,01	0,74	0,51	0,29	0,44	0,35	0,29	0,22	0,09	0,03
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	1,61	1,35	0,99	0,70	0,92	0,79	0,72	0,59	0,39	0,30
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	6,0	5,2	5,9	7,0	6,2	6,2	6,9	7,9	9,0	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	2,3	2,1	2,7	3,2	3,0	2,7	3,3	3,6	4,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,1	1,1	2,1	3,1	2,5	2,5	3,1	3,8	4,1	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,2	1,2	2,1	3,1	2,3	2,7	3,1	3,6	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-2,4	-2,6	-1,9	-1,2	-1,9	-1,6	-1,5	-0,6	-0,2	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-2,3	-2,0	-1,4	-0,8	-1,3	-1,1	-1,0	-0,3	+0,1	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+0,9	+0,1	+0,5	+1,4	+1,8	+1,7	+1,5	+1,8	+2,0	+2,2	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,7	0,0	+0,4	+1,1	+1,5	+1,4	+1,3	+1,6	+1,5	+1,7	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	-0,8	-0,1	+0,2	+0,1	+0,5	+0,6	+0,9	-1,4	-0,8	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-5,2	-2,5	-2,1	-1,6	-2,8	-2,8	-0,6	-1,5	+0,7	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	-0,9	+2,2	+0,9	+2,1	+2,1	+2,6	+2,8	+0,9	+1,8	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	+0,3	+0,1	+0,7	+0,1	+1,0	+1,1	+0,9	-1,8	-1,6	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,4	+1,2	+1,4	+1,4	+1,5	+1,6	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,0	+2,0	+2,1	+2,5	+2,2	+2,3	+2,3	+2,9	+3,0	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9455	9705	9555	9433	9639	8982	9490	9826	10123	10977
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	+4,1	+2,6	-1,5	-1,3	+3,9	-6,8	+5,7	+3,5	+3,0	+8,4
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3091	3213	3172	3106	3233	3030	3126	3162	3204	3454
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	+2,3	+3,9	-1,3	-2,1	+4,7	-6,3	+3,2	+1,1	+1,3	+7,8
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	1835	1901	1976	2013	1994	1937	2046	2055	2029	2083
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+3,6	+3,6	+4,0	+1,9	+1,6	-2,8	+5,6	+0,5	-1,3	+2,6
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	14994	14651	15564	16694	15960	15390	17150	17542	17287	18033
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+0,1	-2,3	+6,2	+7,3	+3,9	-3,6	+11,4	+2,3	-1,5	+4,3

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

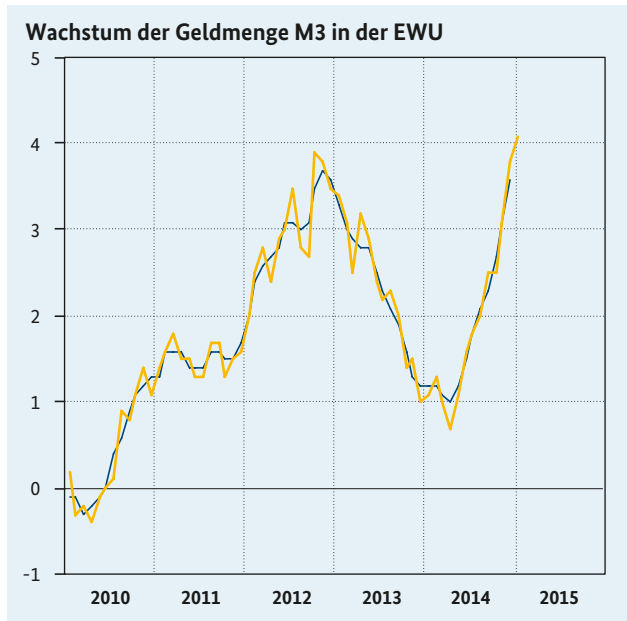
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

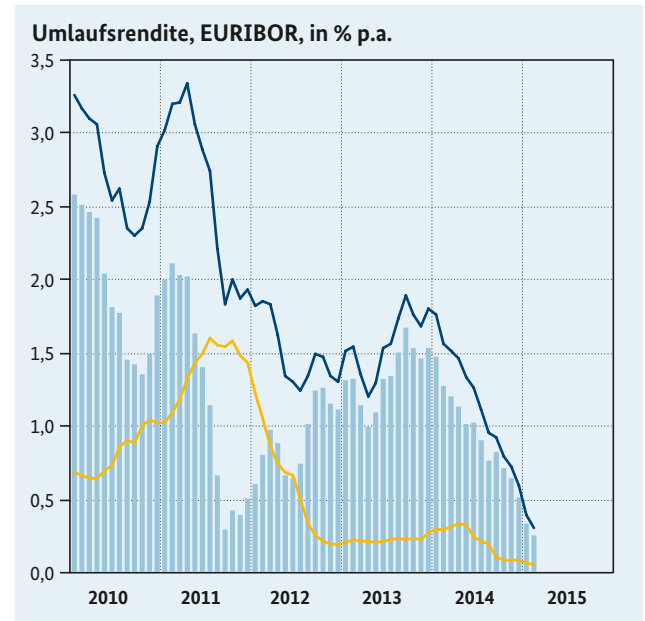
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

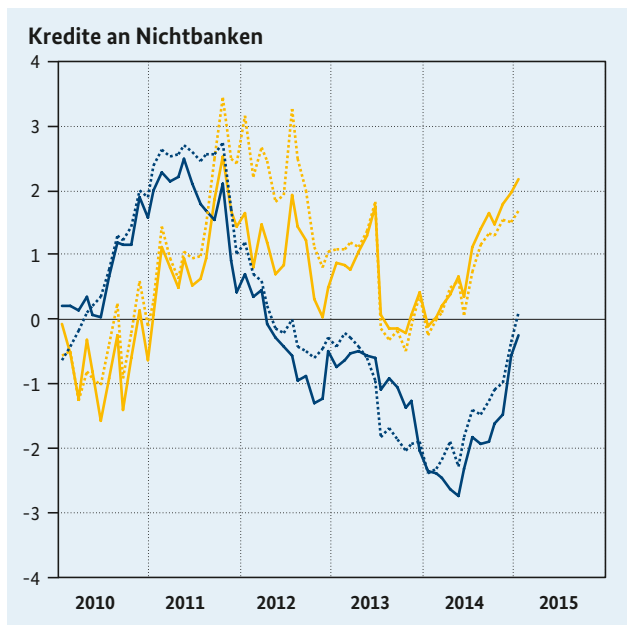
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



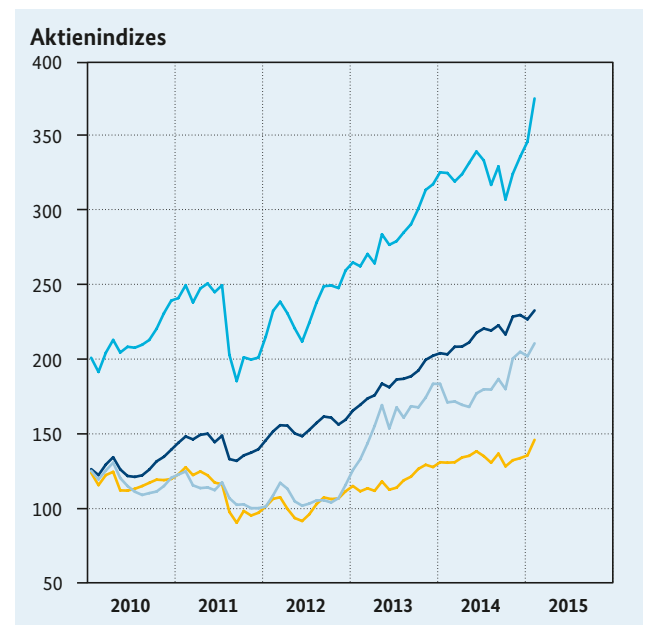
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Sekretariat Projektgruppe Europa, Mariana Gross
(Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen)

Cornelia Viertel und Hanna Schumacher und
Volker Hoppenbrock
(Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt)

Dr. Andree Buhl
(Partner Indien – Perspektiven 2015)

Ruth Lochte und Prof. Dietmar Harhoff
(Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland)

Sören Enkelmann, Jenny Hildebrandt, Mathias Kesting,
Miriam Trolldenier
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
April 2014	Bioökonomie: Mit erneuerbaren Ressourcen wirtschaften
Mai 2014	Frühjahrsprojektion der Bundesregierung: deutsche Wirtschaft – Aufschwung auf breitem Fundament Hintergründe zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss Regionale Wirtschaftspolitik Bundeskabinett hat Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet KMU im Fokus der europäischen Forschungsförderung
Juni 2014	Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) – eine Vernunftpartnerschaft des 21. Jahrhunderts Internationale Forschungskooperationen unterstützen Die unterschätzte Lücke: In Deutschland fehlen zunehmend nicht-akademische Fachkräfte
Juli 2014	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien
August 2014	Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende Neue Technologien gehen uns alle an Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen Start des EEG-Anlagenregisters
September 2014	Reform des EEG Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft
Oktober 2014	Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Kohlendioxidspeicherung – Quo vadis? Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann
November 2014	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
Dezember 2014	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur

Ausgabe	Fachartikel
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
